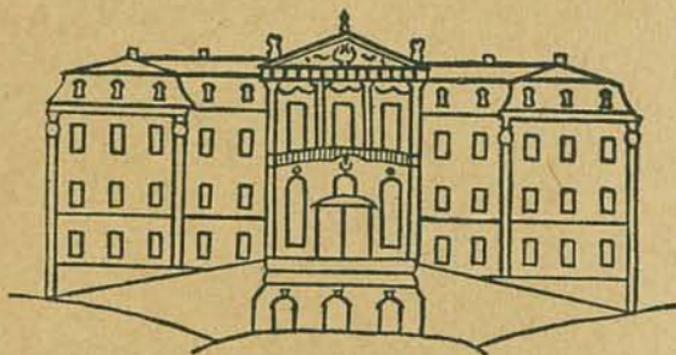


Hefte aus Burgscheidungen

Siegfried Welz

Lateinamerika tritt auf den Plan



82/83

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Siegfried Welz

Lateinamerika tritt auf den Plan

1962

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

Einleitung	5
Aus der Entwicklungsgeschichte Lateinamerikas	5
Lateinamerika unter dem Druck und der Herrschaft der USA-Imperialisten	8
Die nationale Befreiungsbewegung Lateinamerikas	17
Wo steht Lateinamerika heute?	22
Die gegenwärtige Lage in Argentinien	30
Bolivien sucht den Weg des Fortschritts	34
Die Nationale Befreiungsfront Brasiliens	35
Die demokratischen Kräfte Chiles im Vormarsch	39
Dominikanische Republik — Trujillos Spuk wurde ver- trieben	42
Ekuador — der Wind hat sich gedreht	44
El Salvador sucht den Weg zur nationalen Befreiung	47
Guatemalas Kampf für eine antiimperialistische Politik ..	49
Haiti — erste Negerrepublik der Welt	51
Honduras unter dem Diktat der USA-Imperialisten	52
Kolumbien — die Krise des oligarchischen Systems	55
Kostarika im Schlepptau der amerikanischen Imperialisten	57
Kuba auf dem Wege zum Sozialismus	58
Mexiko — die Kräfte des Sozialismus, der Demokratie und der nationalen Befreiung sammeln sich	60
Nikaragua kämpft gegen die proimperialistische Diktatur	62
Panama steht unter dem Einfluß nordamerikanischer In- teressen	64
Paraguay — es gibt keinen anderen Weg als den des Kampfes	65
Perus Nationale Befreiungsfront — ihre Rolle und Be- deutung	67
Welchen Weg wählt Uruguay?	70
Venezuela — ein Satellit der USA-Imperialisten	72
Anhang: Lateinamerika und die Kirche	74
Literaturhinweise	80

Redaktionsschluß: 30. März 1962

Einleitung

Das Erwachen des Kampfgeistes in den Völkern Lateinamerikas hat völlig neue Bedingungen entstehen lassen: In einer Reihe von Ländern sind die blutigen Diktaturen beseitigt, die mit Dollarhilfen errichtet wurden und sich auf den Bajonetten der Imperialisten hielten; das ganze System des Panamerikanismus, das die imperialistische Unterdrückung und die Ausbeutung der lateinamerikanischen Länder tarnen helfen sollte, macht eine Krise durch. Die kubanische Revolution ist das markanteste Zeichen dafür, daß der lateinamerikanischen Kontinent in eine neue Etappe des antiimperialistischen Kampfes eingetreten ist; sie spiegelt die tiefen Strömungen wider, die es in Lateinamerika gibt, und ist zugleich ein Spiegel, in dem die lateinamerikanischen Völker ihre eigene Zukunft sehen.

Die neuen Züge der lateinamerikanischen Wirklichkeit sind das natürliche Produkt der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, des Zusammenbruchs des Kolonialismus und der Herrschaft der Imperialisten — einer Epoche, die in der Erklärung der Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 erschöpfend charakterisiert worden ist.

Die vorliegende Arbeit erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll das Interesse des Lesers auf die erfolgten und sich anbahnenden tiefgreifenden Veränderungen in Lateinamerika hinlenken. Sie soll gleichzeitig über den derzeitigen Stand der nationalen Befreiungsbewegungen in den einzelnen Ländern Lateinamerikas informieren.

Aus der Entwicklungsgeschichte Lateinamerikas

„Die Unterwerfung Amerikas (durch die Spanier und Portugiesen) bedeutete die rücksichtslose Zertrümmerung der indianischen Gesellschaft und Kultur und die sinnlose Ermordung von vielen Millionen Menschen. An nackter Barbarei und Mißachtung des menschlichen Lebens, an Zerstörung historischer Kostbarkeiten und wertvoller Einrichtungen steht diese Eroberung wohl einzig da in der neueren Geschichte. Sie gehörte zu den allerschlimmsten der entsetzlichen Blutbäder, die die Geburt des kapitalistischen Weltsystems begleiten.“¹⁾

Die Kolonisierungsperiode Spaniens und Portugals in Lateinamerika dauerte etwa 325 Jahre (1492 bis 1820). „Das allen Kolonialmächten gemeinsame Hauptziel der Kolonialpolitik war, sich den Boden anzueignen und die Völker sowie die Naturschätze Amerikas im Interesse der herrschenden Klassen Europas, der Feudalherren und der Kapitalisten, aus-

¹⁾ W. Z. Foster, Geschichte beider Amerika, Berlin 1957, S. 51

zubeuten. Bei der Errichtung ihres politischen, ökonomischen und kulturellen Systems auf der ganzen Halbkugel ließen sich die Kolonisatoren einzig und allein von diesem Gedanken leiten.“²⁾

Hauptstütze der spanischen und der portugiesischen Kolonisatoren war die katholische Kirche, die, wie wir an anderer Stelle sehen werden, bis auf den heutigen Tag ein Instrument der Reaktion und der Ausbeuter zur Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft über die lateinamerikanischen Völker geblieben ist.

Lateinamerika wurde, wie alle Kolonien, ein Objekt hemmungsloser Ausbeutung. Die Wirtschaft Lateinamerikas durfte mit eiserner Ausschließlichkeit nur das anbauen und produzieren, was Spanien und Portugal für ihre eigene Wirtschaft gebrauchen oder was sie auf dem sich mehr und mehr ausweitenden Weltmarkt günstig absetzen konnten.

Die politische und ökonomische Macht und alle entsprechenden Schlüsselpositionen lagen in Händen der Großgrundbesitzer, die den Landbesitz der einheimischen Bevölkerung geraubt und unter sich aufgeteilt hatten. Die katholische Kirche selbst war der größte Grundbesitzer und hielt auch die politische Macht in ihren Händen.

Die sinnlose und mörderische Politik der Kolonisatoren führte zu einer stellenweise völligen Ausrottung der Urbevölkerung. Der dadurch einsetzende Arbeitskräftemangel wurde zum Teil durch die Übersiedlung von Neger-Sklaven aus Afrika ausgeglichen. W. Z. Foster schreibt dazu: „Das größte aller Probleme für die siegreichen europäischen Eroberer der westlichen Halbkugel, das sie jahrhundertlang beschäftigen sollte, war, die vielen Arbeitskräfte zu finden, die gebraucht wurden, um die unzähligen Bergwerke, Plantagen und Viehwirtschaften in Gang zu halten, die sie allmählich schufen. Unter dem Zwang, dieses Problem zu lösen, und mit der Gier und dem Zynismus, die für Feudalismus und Kapitalismus in gleichem Maß charakteristisch sind, brachten die Eroberer fast jede nur denkbare Form der Versklavung brutal zur Anwendung. Rothäute, Schwarze und Weiße — sie versklavten sie alle; sie machten auch keinerlei Unterschiede nach Alter oder Geschlecht. Alle, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten mußten, wurden in dieser oder jener Form versklavt, um für die neuen Herren der westlichen Halbkugel Profite zu schaffen. In den viereinhalb Jahrhunderten wurden buchstäblich Dutzende von Millionen von Arbeitern kaltherzig auf dem Altar der kapitalistischen Herrschaft geopfert. Alle Mittel zur Versklavung und Ausraubung der Bevölkerung, die die Ausbeuter sich durch die Jahrhunderte angeeignet hatten — planmäßiger Analphabetismus, die Religion, politischer Betrug und rohe Gewalt — wurden in

²⁾ ebenda, S. 99/100

den Kolonien systematisch angewandt. Das Ergebnis war, daß im Laufe der Jahrhunderte Millionen von werktätigen Menschen Opfer der Zwangsarbeit, der politischen Knechtung, des elenden Lebens und vorzeitigen Todes wurden.“

Die übelste Form der Unterjochung war jedoch die Negerklaverei, da die Spanier und Portugiesen nur auf diesem Wege den Arbeitskräftemangel steuern konnten.³⁾

Zu der im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts beginnenden Befreiungsrevolution Amerikas schreibt Rudolf Kletza in „Lateinamerika im Aufbruch“: „...Diese nationale Befreiungsrevolution Amerikas vollzog sich im wesentlichen in drei Etappen:

erstens die Revolution in den 13 englischen Kolonien in Nordamerika 1776—1783;

zweitens die Sklavenrevolution in der französischen Kolonie Haiti 1790—1803 und

drittens die Revolution in allen spanischen Kolonien und in Brasilien 1809—1825.

Man geht nicht fehl zu sagen, daß die politischen Bewegungen in den einzelnen Ländern zu einer gesamtamerikanischen Revolution verschmolzen und sich gegenseitig unterstützten. Wenn auch die einzelnen Revolutionen entsprechend der Lage in ihren Ländern nationale Eigenart hatten, so flossen sie doch in einem breiten Strom zusammen, dessen gewaltiges Bett der revolutionäre Angriff gegen das feudale System war. Die Revolutionen waren ihrem Charakter nach also bürgerliche Revolutionen. Sie behielten jedoch viele deutliche Züge des Feudalismus. Die zentrale Losung der Revolution war überall die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit. Tatsächlich führte die revolutionäre Bewegung in den meisten Ländern Lateinamerikas zur Erringung der nationalen Unabhängigkeit und im großen und ganzen zur Beseitigung des kolonialen Jochs.“

Unabhängig wurden:

- 1804 Haiti
- 1811 Paraguay und Venezuela
- 1816 Argentinien
- 1818 Chile
- 1819 Kolumbien
- 1821 Mexiko und Mittelamerika (Kostarika, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nikaragua) sowie Peru
- 1822 Brasilien und Ekuador
- 1825 Bolivien und Uruguay
- 1844 Dominikanische Republik
- 1898 Kuba

³⁾ Vgl. hierzu: S. Welz, Kubas Weg in die Freiheit, „Hefte aus Burscheidungen“ Nr. 71, S. 8

Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß die Ergebnisse der Revolutionen in der Mehrzahl nicht über die Erringung der nationalen Unabhängigkeit hinausgingen. Die Revolutionen blieben auf halbem Wege stehen, sie waren nicht stark genug, auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit herzustellen und die Agrarprobleme der Länder einer für die Bevölkerung erträglichen Lösung zuzuführen. Die im 19. und 20. Jahrhundert folgende Entwicklung wird von dieser Tatsache bestimmt und bot den führenden kapitalistischen Mächten, allen voran die USA, die Möglichkeit, die Länder Lateinamerikas ihrem ökonomischen, politischen und militärischen Einfluß zu unterwerfen und aus Lateinamerika eine Halbkolonie zu machen.

Lateinamerika unter dem Druck und der Herrschaft des USA-Imperialismus

Die USA-Imperialisten haben gemeinsam mit den einheimischen Großgrundbesitzern den lateinamerikanischen Ländern eine Wirtschaftsstruktur aufgezwungen, bei der das normale Wirtschaftsleben dieser Länder vom Export weniger Arten landwirtschaftlicher oder mineralischer Rohstoffe abhängt. Die auf diese Weise eingenommene Valuta verausgabten die lateinamerikanischen Länder zur Bezahlung des Imports an wichtigen Produktions- und Transportmitteln, Roh- und Brennstoffen sowie Nahrungsmitteln, zur Tilgung von Auslandsschulden und zur Auszahlung der Profite, die ausländische Kapitalisten aus ihren Kapitalinvestitionen ziehen. Die diesen Ländern aufgezwungene Wirtschaftsstruktur bewirkt eine einseitige Entwicklung ihrer Wirtschaft, behindert eine umfassendere Ausnutzung der Naturschätze und eine höhere Industrialisierung.

Die imperialistischen Monopole und die Grundbesitzeroligarchie hemmen in jeder Weise die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern Lateinamerikas. Nicht selten muß ein lateinamerikanisches Land seinen Import an Produkten ausländischer imperialistischer Betriebe, die in einem anderen lateinamerikanischen Land gelegen sind, in Dollar oder in Pfund Sterling bezahlen. Eben auf diese Weise wird zum Beispiel das importierte venezolanische Erdöl bezahlt.

Die nordamerikanischen Imperialisten haben die Länder Mittel- und Südamerikas zu Hauptlieferanten einiger Arten von Rohstoffen und Nahrungsmitteln gemacht. In dem Zeitraum zwischen 1951 bis 1955 gingen 51 % des lateinamerikanischen Exports nach Nordamerika. Doch im Zusammenhang mit den Krisenerscheinungen in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten hat die Regierung in Washington den Rohstoffimport aus lateinamerikanischen Ländern in den letzten Jahren durch Festsetzung von Quoten eingeschränkt. Durch diese

protektionistische Maßnahme wurde z. B. die Wirtschaft Mexikos und Perus schwer betroffen. Die Ausfuhr an Blei und Zink, die in der Wirtschaft dieser Länder eine wichtige Rolle spielen, ging um 20 % zurück. Allein im Jahre 1958 sanken die Preise für Kupfer, das 72 % des chilenischen Exports ausmacht, erneut um 13,4 %. Die Ausfuhr von Kupfer, das in den Erzbergwerken Chiles gefördert wird, ging um 20 000 t zurück. Weiter droht die Festsetzung von Quoten für die Einfuhr venezolanischen Erdöls nach den USA. Auch hier gingen in der Vergangenheit die Preise um ein Wesentliches zurück. Weiter sinken die Preise für Kaffee, der einen wichtigen Platz in der Wirtschaft einiger lateinamerikanischer Länder einnimmt (in Brasilien macht der Kaffee wertmäßig rd. 70 % des Exports, in Kolumbien 80 % und in San Salvador 90 % aus). Der durchschnittliche Preis für den brasilianischen Exportkaffee betrug vor wenigen Jahren je Sack (60 kg) rd. 66 Dollar. Inzwischen wurde dieser Preis von den amerikanischen Imperialisten auf weniger als 53 Dollar gesenkt. Insgesamt beläuft sich der durch die Kaffeepreissenkung entstandene Schaden für die lateinamerikanischen Länder auf weit mehr als eine Milliarde Dollar.

Die Vereinigten Staaten haben Großbritannien aus vielen lateinamerikanischen Ländern verdrängt, in deren Wirtschaft es früher eine dominierende Stellung einnahm. Zum Unterschied von Großbritannien und anderen europäischen Ländern sind die USA nicht nur eine große Industriemacht, sondern auch ein bedeutender Erzeuger und Exporteur von Nahrungsmitteln sowie von landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffen und haben deshalb keinen sehr akuten Bedarf an der Einfuhr dieser Rohstoffe.

Um die Positionen der eigenen Monopole im Konkurrenzkampf gegen die landwirtschaftlichen Unternehmen der lateinamerikanischen Länder zu festigen, verbietet die Regierung der USA nun schon seit einigen Jahrzehnten die Einfuhr von argentinischem Fleisch unter dem Vorwand, daß es den sanitären Anforderungen angeblich nicht genüge. Um die hohen Monopolpreise an landwirtschaftlichen Erzeugnissen aufrechtzuerhalten und die Kaufkraft des eigenen Marktes zu stützen, kauft die USA-Regierung die pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse, die zu einem höheren als dem festgesetzten Preis nicht veräußert werden dürfen. Dann wirft sie diese „landwirtschaftlichen Überschüsse“ zu Dumpingpreisen⁴⁾ in der Landeswährung auf die Auslandsmärkte. Die auf diese Weise eingenommene Landeswährung benutzt die USA-Regierung, um militärische Ausgaben und politische Korruptionen in diesen Ländern zu finanzieren sowie um die Kapitalinvestitionen der nordamerikanischen Monopole zu erhöhen. So ermöglichen es die „landwirtschaftlichen Über-

⁴⁾ Im kapitalistischen Außenhandel übliche Schleuderpreise zur Unterbietung der Konkurrenz

schüsse“ den Vereinigten Staaten, auf verschiedenen Märkten mit der Produktion einiger lateinamerikanischer Länder zu konkurrieren und damit deren Produktion zu untergraben.

Die Lage wird dadurch kompliziert, daß in den imperialistischen Ländern Europas infolge einer gewissen Entwicklung der Produktion von Fleisch, Getreide und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der Nachkriegsperiode die Tendenz aufkam, die Einfuhr dieser Waren aus anderen Ländern einzuschränken. Die Sachverständigengruppe der UN Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA), die das Problem der Schaffung eines gemeinsamen lateinamerikanischen Marktes untersuchte, wies in ihrem Bericht darauf hin, daß die Rohstofflieferungen der industriell entwickelten Staaten für den Weltmarkt relativ stärker gewachsen sind als die der nichtindustriellen Länder. Das wird darauf zurückgeführt, daß in den Industriestaaten die technischen Vervollkommnungen in der Rohstoffproduktion, vor allem in der Produktion der landwirtschaftlichen Rohstoffe, schneller eingeführt und daß dort Regierungsmaßnahmen zur Sicherung der Einkünfte in der Landwirtschaft getroffen wurden.

Das Sinken der Preise für die Rohstoffe der lateinamerikanischen Länder verschlechterte dort das Verhältnis zwischen den Export- und den Importpreisen. Da sich die Technik in der bearbeitenden Industrie schneller entwickelte als im Erzbergbau und in der Landwirtschaft, war die Menge der zur Herstellung von Industriewaren gesellschaftlich notwendigen Arbeit stärker zurückgegangen als die Menge der zur Erzeugung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Mit anderen Worten, die Selbstkosten der Industriewaren sind stärker gesunken als die Selbstkosten der Rohstoffe und Nahrungsmittel. Doch bei den Preisen ist eine entgegengesetzte Tendenz zu beobachten. Die Politik der ausländischen Industriemonopole, die hohen Preise für ihre Produktion aufrechterhalten, hat bewirkt, daß die Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel stärker gesunken sind als die Preise für die von diesen Monopolen gelieferten Industriewaren. Das ist ebenfalls eine Methode, mit der die ausländischen Monopole einen Teil ihrer Schwierigkeiten auf die wirtschaftlich schwach entwickelten Länder und auf die Bauernmassen des eigenen Landes abwälzen. Nimmt man das Jahr 1953 als 100 an, dann betrug der Index für den Wert des gesamten Exports der lateinamerikanischen Länder gegen Ende 1958 nur 94 und der Wert des Imports 106. Demnach müssen die lateinamerikanischen Länder, um die gleiche Menge Industriewaren einführen zu können, an die imperialistischen Länder eine größere Menge Rohstoffe und Nahrungsmittel verkaufen.

Der Handel mit den Vereinigten Staaten bringt den lateinamerikanischen Ländern nicht die zur Bezahlung des Imports notwendige Valuta ein. Der Passivsaldo ihrer Handelsbilanz

belief sich im Jahr 1961 auf mehr als 450 Millionen Dollar. Viele lateinamerikanische Länder waren in der Vergangenheit gezwungen, zur Bezahlung des Imports und zur Deckung des Defizits ihre ohnehin beschränkten Gold- und Valutareerven in den Vereinigten Staaten zu verausgaben. Selbst der Generalsekretär der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), den man wohl kaum der Antipathie gegen den Imperialismus verdächtigen kann, erklärte wörtlich: „Während die Preise für Exportwaren zurückgegangen sind, blieben die Preise für Importwaren die gleichen, oder sie sind sogar gestiegen.“

Die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stellt eine neue Gefahr für den lateinamerikanischen Export in die Länder dieser Gemeinschaft dar. In den vergangenen Jahren nahmen sie rund ein Siebtel des Exports der lateinamerikanischen Länder auf. Unter den Partnerländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind große Exporteure pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse.

Die imperialistischen Mächte haben also die lateinamerikanischen Länder zur Quelle billiger Rohstoffe und Nahrungsmittel gemacht. Treten jedoch wirtschaftliche Schwierigkeiten auf, dann mischen sich diese Mächte und in erster Linie die Vereinigten Staaten rigoros in die Wirtschaft der lateinamerikanischen Länder ein, drücken die ohnehin niedrigen Preise und machen sich nichts daraus, daß das neue wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen würde. Die Regierungen der imperialistischen Staaten, insbesondere der USA, wenden die härtesten politischen Maßnahmen zur Einschränkung des Imports an.

Die Regierung und die Monopole der USA nutzen die von ihnen selbst geschaffene schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage in den lateinamerikanischen Ländern im eigenen Interesse aus. Sie suchen diesen Ländern ihre Politik aufzuzwingen, die zu deren völliger Knechtung führt. Das wichtigste Instrument dieser Politik ist im allgemeinen der Internationale Währungsfonds, der trotz der Bezeichnung „international“ unter der uneingeschränkten Kontrolle der Wallstreet und des Weißen Hauses steht.

Da die Einnahmen aus dem Export nicht ausreichen, um den Import der notwendigen Waren zu gewährleisten und die Auslandsschulden zu tilgen, und die Budgets der lateinamerikanischen Staaten, wie schon gesagt, hohe Defizite aufweisen, sind ihre Regierungen gezwungen, den Internationalen Währungsfonds und die ihm verwandten Organisationen, die „Internationale Bank für Rekonstruktion und Entwicklung“ sowie die Staatsbanken der USA, um Anleihen zu ersuchen. Doch der internationale Währungsfonds, die nordamerikanischen Banken und die Regierung in Washington verweigern diese Kredite. Damit wollen sie erreichen, daß die Ausbeutung der Erdölvorkommen, die Nutzung der Betriebe der

Elektroindustrie, die Verkehrsbetriebe sowie die staatlichen Industriebetriebe Lateinamerikas in die Hände des Privatkapitals, d. h. an die nordamerikanischen Monopole übergehen.

Mit der Verweigerung der Kredite zugleich fordern die Bankiers und die Regierung der USA von den lateinamerikanischen Regierungen, daß sie eine „günstige Lage“ für ausländische Kapitalinvestitionen schaffen, d. h. daß sie die nationale Befreiungsbewegung unterdrücken und dem nordamerikanischen Monopolkapital noch größere Privilegien zum Nachteil der Entwicklung der nationalen Industrie und des Wohlstandes der Volksmassen gewähren. Der Internationale Währungsfonds und nordamerikanische wirtschaftliche Sondermissionen üben ein regelrechtes ökonomisches und politisches Diktat über die lateinamerikanischen Länder aus. Um von den USA Anleihen, Kredite und sonstige finanziell-wirtschaftliche „Hilfe“ zu erhalten, müssen die lateinamerikanischen Länder eine Reihe von Bedingungen akzeptieren, die ihnen von den nordamerikanischen Monopolen mittels des Internationalen Währungsfonds aufgezwungen werden und die im einzelnen vorsehen:

1. Abwertung der nationalen Währung durch Übergang zum Kurs des freien Devisenmarktes. In vielen lateinamerikanischen Ländern gibt es neben den verschiedenen Typen des offiziellen Kurses auch einen Kurs des freien Devisenmarktes, der durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Der Internationale Währungsfonds fordert, daß anstelle des offiziellen Kurses in den lateinamerikanischen Ländern der Kurs des freien Devisenmarktes als einziger Kurs geführt wird. Das zieht eine Abwertung ihrer Währung und verstärkte Kontrolle der USA über den Außenhandel dieser Länder nach sich. Die nordamerikanischen Monopole erhalten auf diese Weise eine größere Summe in Landeswährung für die gleiche Menge Dollar, und die lateinamerikanischen Länder müssen größere Summen in ihrer Währung ausgeben, um die gleiche Warenmenge zu importieren.

2. Schränken die Regierungen der lateinamerikanischen Länder als angebliche Kampfmaßnahme gegen die Inflation die Kredite für die nationale Industrie und den nationalen Handel ein. Die Einschränkung dieser Kredite versetzt der nationalen und der Kleinbourgeoisie einen schweren Schlag und schafft recht günstige Bedingungen, damit die nordamerikanischen Finanzgruppen die Kontrolle über die nationalen Betriebe in die Hand bekommen.

3. Lohnstopp für die Arbeiter, Erhöhung der Lebenshaltungskosten und Unterstellung der Gewerkschaftsbewegung unter die Bosse der Internationalen Regionalen Arbeiterorganisation.

4. Senkung der Ausgaben für öffentliche Dienste, vor allem durch Senkung der Löhne für Angestellte des Staatsapparates

und Erhöhung der Tarife für kommunale Dienstleistungen. Die Erhöhung der Tarife für kommunale Dienstleistungen beispielsweise läßt ebenfalls das Leben teurer werden und die Selbstkosten der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion steigen.

5. Übergabe staatlicher Betriebe in den lateinamerikanischen Ländern an das Privatkapital, in erster Linie an die nordamerikanischen Monopole. In den Jahren der Wirtschaftskonjunktur kauften die Regierungen einiger lateinamerikanischer Länder dem Auslandskapital gehörende Betriebe oder gründeten eigene nationale Verkehrs- und Industriegesellschaften. In anderen Ländern dieses Kontinents wurden einige Zweige des Bergbaus nationalisiert. Während des zweiten Weltkrieges wurden in den Ländern Lateinamerikas viele deutsche Betriebe als Entschädigung für versenkte Schiffe oder andere durch die Hitlerregierung zugefügte Verluste beschlagnahmt. Diese Betriebe wurden unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds und anderer imperialistischer Organe durch Verkauf zu niedrigen Preisen, durch Bildung gemischter Betriebe usw. dem Privatkapital, in erster Linie den Auslandsmonopolen, übergeben. Dies geschah beispielsweise in Argentinien unter der Regierung Frondizi.

6. Freie Überweisung von Profiten, Amortisationsrücklagen und Zinsen aus den nordamerikanischen Kapitalinvestitionen in Lateinamerika nach den Vereinigten Staaten. Infolgedessen fließt Kapital aus den lateinamerikanischen Ländern ab, weil die hier erzielten Profite nur zum Teil in diesen Ländern realisiert werden. Außerdem handelt es sich um Profite, Zinsen und Amortisationsrücklagen nicht von den ursprünglich investierten Kapitalien, sondern von den Kapitalien, die sich dank ihrer Anlage in Lateinamerika vermehrt haben.

Die Unternehmen der USA erzielen in Lateinamerika außerordentlich hohe Profite. Nach dem Eingeständnis des Leiters der größten nordamerikanischen Finanzgruppe in Brasilien, Balgooyen, machen die Jahresprofite der Privatbetriebe, die Kommunalbetriebe nicht eingerechnet, in Lateinamerika 40 bis 50 Prozent des investierten Kapitals aus.

Die von den Vereinigten Staaten aus den lateinamerikanischen Ländern gezogenen Profite sind weit höher als die von ihnen in diesen Ländern investierten Kapitalien. Der Vertreter Chiles in der UNO stellte fest, daß die Kapitalinvestitionen der USA in Lateinamerika im Verlaufe von nur zwei Jahren um 863 Mill. Dollar geringer waren als die Summe der Profite, die die Vereinigten Staaten aus den lateinamerikanischen Ländern herausgeholt haben. Ein Mitglied des brasilianischen Bundesparlaments erklärte, daß die Auslandsinvestitionen in Brasilien im Zeitraum von drei Jah-

ren 1 095 Mill. Dollar betragen, die im gleichen Zeitraum erzielten Gewinne dagegen 2020 Mill. Dollar.

Gleichzeitig verwenden die nordamerikanischen Kapitalisten die Kapitalien der lateinamerikanischen Länder in den Vereinigten Staaten und in den anderen Staaten der Welt. Der Chef der kubanischen Delegation auf der interamerikanischen Wirtschaftskonferenz in Buenos Aires im Jahre 1957 sagte: „Wir Lateinamerikaner haben in den Banken der Vereinigten Staaten 4 200 bis 4 500 Mill. Dollar deponiert, die diese Banken im Interesse ihrer nordamerikanischen Kunden verwenden.“

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Export- und den Importpreisen das Abfließen von Kapitalien aus den lateinamerikanischen Ländern nur noch verstärkt. Argentinien beispielweise verlor nach offiziellen Berechnungen der ECLA in den Jahren 1934 bis 1957 allein durch das ungünstige Verhältnis zwischen Export- und Importpreisen alljährlich 238 Millionen Dollar.

Der brasilianische Ökonom Aristoteles Moura errechnete an Hand verschiedener nordamerikanischer Quellen, daß das Kapital, das von USA-Unternehmern in Lateinamerika kontrolliert wird, zu etwa 36 Prozent nicht nordamerikanisch ist. Bekanntlich gestattet das „Beteiligungssystem“ dem Mutterunternehmen, die Kontrolle über viele Tochterunternehmen auszuüben. Auf diese Weise sichern sich die nordamerikanischen Monopole mit minimalem Kapital den Einfluß auf die sogenannten „nationalen“ Betriebe Lateinamerikas.

In vielen Arbeiten macht Victorio Codovilla auf die neuen Formen des Eindringens des nordamerikanischen Kapitals in die Länder Lateinamerikas aufmerksam, vor allem auf die Gründung gemischter Gesellschaften und den Export technisch veralteter Ausrüstungen aus den USA in diese Länder. Die Gründung gemischter Gesellschaften unter Teilnahme lateinamerikanischer Regierungen oder Privatunternehmen macht es den USA-Monopolen möglich, das einheimische Kapital auszunutzen und andere Vorrechte zu erwerben. So gründete zum Beispiel die Firma Kaiser aus New Orleans unter der Regierung Peron in Argentinien zusammen mit dem Luftfahrtministerium eine gemischte Gesellschaft für Kraftwagenbau. Der Beitrag der Firma Kaiser zu dieser gemischten Gesellschaft war lediglich eine technisch veraltete Maschinenausrüstung, die in Argentinien äußerst großzügig mit mehr als 100 Millionen Peso taxiert wurde. Die argentinische Regierung übergab ihrerseits dieser gemischten Gesellschaft ein in Betrieb befindliches Automobilwerk, einen Kredit in Höhe von 200 Millionen Peso und brachte Aktien der Gesellschaft im Nominalwert von mehr als 100 Millionen Peso unter. Außerdem wurde der Kaiser-Gesellschaft gestattet, in Argentinien eine große Anzahl in New Orleans gebauter

Kraftwagen zu verkaufen, obwohl die Einfuhr von Kraftwagen zu jener Zeit gesperrt war.

Nordamerikanische Monopole benutzen die in den Vereinigten Staaten veralteten Maschinenausrüstungen, um in den lateinamerikanischen Ländern neue Positionen zu erringen, die ihnen hohe Profite einbringen. Diese veralteten Ausrüstungen betrachten sie als Kapitalinvestitionen und taxieren sie mit Summen, die ihren tatsächlichen Wert weit übersteigen.

Eine andere Art der getarnten Auslieferung nationaler Reichtümer an imperialistische Monopole besteht darin, daß mit diesen Monopolen sogenannte Verträge über Dienstleistungen abgeschlossen werden. Eben das tat in Argentinien die Regierung Frondizi, indem sie mit den Filialen der Gesellschaften Standard Oil und Royal Dutch Shell Verträge über Ausbeutung von Erdölvorkommen unterzeichnete, nach denen sie riesige Summen zu zahlen hatte. Zugleich aber begann diese Gesellschaft die argentinischen Erdölfelder zu kontrollieren.

Die USA-Monopole schließen mit lateinamerikanischen Unternehmen Verträge über die Verwendung nordamerikanischer Fabrikmarken und Patente ab und bedingen sich dabei einen hohen Anteil am Profit und in der Regel auch die Mitbestimmung im Betrieb aus. Auf diesem Weg sichern sie sich auch die Unterstützung eines Teils der nationalen Bourgeoisie.

Doch die Kapitalisten der USA verzichteten auch nicht auf die alten Formen des Eindringens in Lateinamerika: den Aufkauf riesigen Grundbesitzes. So zum Beispiel kaufte Joseph Cooney, Großgrundbesitzer aus San Franzisko (Kalifornien) und Direktor von Bergbau- und Erdölunternehmen, in der argentinischen Provinz Mendoza rund eine Million Hektar große Ländereien.

Die Politik des nordamerikanischen Imperialismus ruft in den lateinamerikanischen Ländern wachsenden Widerstand der Volksmassen sowie eines Teils der nationalen Bourgeoisie und der Grundbesitzer hervor. Ein Beweis dafür sind die großen Streiks in Argentinien und anderen Ländern gegen die vom Internationalen Währungsfonds diktierte Hungerpolitik. Davon zeugte auch die breite Bewegung, die sich in Brasilien, Argentinien, Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern für die Aufrechterhaltung der staatlichen Kontrolle über die Erdölreichtümer entfaltet hatte. Das bestätigt schließlich und vor allem die Bewegung der Völker gegen die Diktatoren und Statthalter der Wallstreet und des Weißen Hauses. Die kommunistischen Parteien, die an der Spitze des Kampfes gegen den Imperialismus stehen, finden wachsende Unterstützung durch die breiten Volksmassen, dies ganz besonders nach der siegreichen Revolution auf Kuba. Die Idee der Schaffung einer Front der nationalen Befrei-

ung bemächtigt sich immer breiterer Bevölkerungsschichten, wie wir an anderer Stelle sehen werden.

Das können auch die herrschenden Kreise der lateinamerikanischen Länder nicht ignorieren. So mußte seinerzeit beispielsweise der Präsident Brasiliens die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds abbrechen, da die Volksmassen gegen die von diesem Fonds gestellten Bedingungen Protest erhoben. Die panamerikanischen Wirtschaftskonferenzen enden in der Regel mit einem Fiasko, da die lateinamerikanischen Regierungen, auch solche, die der Wallstreet hörig sind, es angesichts der wachsenden Empörung ihrer Völker nicht wagen können, die von den nordamerikanischen Imperialisten gestellten Bedingungen anzunehmen, weil dadurch die beschriebene Situation noch kritischer werden würde.

Aber nicht nur die Volksmassen, sondern auch bedeutende Schichten der nationalen Bourgeoisie und der Gutsbesitzer der lateinamerikanischen Länder fordern eine Veränderung der wirtschaftlichen Situation. Durch zahlreiche Beispiele ist auch für diese Kreise deutlich geworden, daß enge wirtschaftliche Beziehungen zu der UdSSR und den anderen Staaten des sozialistischen Weltsystems vorteilhaft sind. Man erinnert sich dabei ganz besonders an die großzügigen Vereinbarungen zwischen der UdSSR und Kuba und den an Argentinien gewährten langfristigen, mit 2,5 Prozent jährlich verzinsbaren 100-Millionen-Dollar-Kredit zum Erwerb von Maschinenausrüstungen für die Erdölindustrie, der in argentinischen Produkten getilgt werden soll.

Zu einer Zeit, da das sozialistische Weltsystem den lateinamerikanischen Ländern wirksame Hilfe in der wirtschaftlichen Entwicklung, in der Erschließung der Naturschätze leistet und die Hebung des Lebensstandards der Völker fördert, ist der Imperialismus außerstande, den Ländern Lateinamerikas auch nur die Stabilität unter den Bedingungen ihrer halbkolonialen Existenz zu gewährleisten. Die imperialistischen Länder schränken ihren Import aus Lateinamerika immer mehr ein, während die Finanzzentren der kapitalistischen Welt, darunter auch die Wallstreet, ihre Kredite an die lateinamerikanischen Staaten ständig verringern. Die Imperialisten handeln so, weil sie an der Entwicklung der nationalen Industrie nicht interessiert sind, was erst recht für die Schwerindustrie, die Basis für die wirtschaftliche Selbständigkeit eines jeden Landes, zutrifft. Sie haben natürlich kein Interesse an der Entwicklung solcher Industriezweige, die künftig ihren Export nach Lateinamerika beeinträchtigen könnten. Die Monopole der Westmächte und vor allem der USA sind bestrebt, die selbständige industrielle Entwicklung der lateinamerikanischen Länder mit allen Mitteln zu hemmen, um sie als riesigen Markt für den Absatz der eigenen Industrieproduktion zu behalten.

Die nationale Befreiungsbewegung Lateinamerikas

Der Kampf der Völker Lateinamerikas für die volle wirtschaftliche Unabhängigkeit zielt auf einen Komplex grundlegender Maßnahmen, die die Hauptprobleme des Programms der „nationalen Wiedergeburt“ zu lösen vermögen: radikale Agrarreform, Beseitigung der vorkapitalistischen sozialen Verhältnisse und tiefgreifende demokratische Umgestaltungen, die eine breite und rasche Entwicklung der Produktivkräfte gewährleisten. Das erfordert gleichzeitig eine aktive Teilnahme des Volkes, der breiten werktätigen Massen der Arbeiter und Bauern, der Mittelschichten, der patriotischen Intelligenz an der politischen Leitung und an der Verwaltung des Staates.

Der Charakter und die Tiefe der demokratischen Umgestaltungen sind zweifellos direkt abhängig von der Rolle der Massen, vom Grad der Beteiligung der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes an allen Beschlüssen, wie uns dies der Verlauf der kubanischen Revolution deutlich gezeigt hat. Die nationale Bourgeoisie ist fast immer bestrebt, die Aktionen des Volkes einzuengen, die Rolle der Massen bei der Verwaltung des Staates sowie bei der Leitung der Innen- und Außenpolitik einzuschränken oder gar, wenn es möglich ist, sie gänzlich davon fernzuhalten. Deshalb hängen das Ausmaß der demokratischen Maßnahmen, die Festigkeit in den Aktionen sowohl innerhalb wie außerhalb des Landes gegen den Imperialismus, gegen die überlebten Klassen und die alte sozialökonomische Struktur unmittelbar von der Rolle der Massen ab, von raschen Aktionen der Arbeiterklasse oder der führenden sozialen Kräfte dort, wo es diese Klasse noch nicht gibt. Demnach hängen sie in doppeltem Sinne von der Rolle und dem Einfluß des Proletariats ab: von seiner Fähigkeit, sich an die Spitze des Kampfes zu stellen, und von seiner politischen Initiative, die darauf gerichtet ist, die anderen führenden sozialen Schichten, in erster Linie die Bauernschaft, zusammenzuschließen.

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß es zwei Methoden für das Herangehen an die Probleme der nationaldemokratischen Revolution gibt: die revolutionäre Methode, die zur beschleunigten Lösung solcher Probleme wie die volle nationale Unabhängigkeit und die Verwirklichung demokratischer Umgestaltungen führt, und die Methode, die man, etwas frei, als die Methode der Reformen bezeichnen könnte und die zur Konservierung der Rückständigkeit, zu einer langsamen Evolution⁵⁾ im Interesse der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer zu einer antidemokratischen Einschränkung der Rolle der Arbeiterklasse, zum Weiterbestehen der Möglich-

⁵⁾ Evolution — allmählich fortschreitende Entwicklung, die an bestimmten Knotenpunkten in qualitative Veränderungen umschlägt

keit für eine Rückkehr des Imperialismus oder für die Aufrechterhaltung der Wurzeln seiner ökonomischen Herrschaft führt. Vom sozialen Gesichtspunkt aus ist das ein Weg der Leiden und der andauernden Ausbeutung der Massen.

Für die Lateinamerikaner ist Kuba das symbolische Beispiel für die erste Methode, obwohl es seine Besonderheiten hat, die ich bereits in dem „Heft aus Burgscheidungen“ Nr. 71 („Kubas Weg in die Freiheit“) ausführlich darlegte. Für Lateinamerika ist Kuba der lebendige Kontrast zu der Lage in einigen Ländern Asiens und Afrikas, wo die nationale Bourgeoisie die Aktionen der Volksmassen unterdrückt, die Arbeiterklasse verfolgt und die kommunistischen Parteien verbietet. Eine solche, oft mit einer reaktionären innenpolitischen Haltung einiger Schichten der nationalen Bourgeoisie verbundene Politik kann wiederum nicht umhin, die Außenpolitik auf den Weg der Schwankungen zu stoßen, den Kampf gegen den Imperialismus zu schwächen und die politische Unabhängigkeit zu gefährden.

Für das Proletariat stützt sich die wirksame Methode, um die Grundfragen der national-demokratischen Revolution auf das gebührende Niveau zu heben, auf die Klassenbasis, die bereits in dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ exakt umrissen wurde. Die richtige Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie vom Bündnis des Proletariats aller Länder mit den abhängigen und unterdrückten Völkern in den Ländern, die sich befreit haben, besteht gerade darin, unter Berücksichtigung der spezifischen Züge des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens der Völker Formen zu finden für den Zusammenschluß aller gesunden Kräfte der Nation, zur Sicherung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der nationalen Front, im Kampf für die entschlossene Ausrottung der Wurzeln des Imperialismus und der Überreste des Feudalismus, für die Freilegung des Weges, der letzten Endes zum Sozialismus führt.

Der soziale und ideologische Einfluß der sozialistischen Gesellschaft wird sich — in dem Maße, wie dieser Einfluß auf dem Gebiet des technischen und ökonomischen Fortschritts und auf dem Gebiet der Befreiung des Menschen in Erscheinung tritt — in entscheidender Weise auf das Bewußtsein des unglücklichsten Teils der Menschheit auswirken, auf das Bewußtsein der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Dieser Einfluß wird den Völkern helfen, die Wege zum Fortschritt ausfindig zu machen.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft ist das bindende und festigende Prinzip in der Diktatur des Proletariats. Die Koalition der Kräfte in der agrarischen und antiimperialistischen Revolution sowohl im innenpolitischen Leben des jungen Nationalstaates oder des Staates der nationalen Demokratie ist wesentlich breiter als in der demokratischen Revolution von der Art der russischen Revolution von

1905. Das resultiert aus dem nationalen Faktor: Ein Teil der einheimischen Bourgeoisie beteiligt sich an der Revolution oder neigt dazu, sich daran zu beteiligen. Doch das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft ist stets die Grundlage für die strategischen Pläne des Proletariats. Die Entwicklung der national-demokratischen Revolution, die Wirksamkeit ihres Erfolges und ihre Weiterführung hängen vom Standpunkt des Proletariats zu den Bündnissen und vor allem zu der national-demokratischen Front ab und stehen mit diesem Standpunkt in unmittelbarem Zusammenhang.

Die Frage nach der Position der verschiedenen Klassen in der nationalen Befreiungsbewegung und nach ihrem Programm lenkt unsere Aufmerksamkeit darauf, welchen Weg die freiwerdenden Völker einschlagen, um die Probleme des Zurückbleibens und der „schwachen Entwicklung“ zu lösen — den kapitalistischen oder den sozialistischen Weg.

Die gigantischen Umgestaltungen, die in so kurzer Zeit in den sozialistischen Ländern vollbracht wurden, und das Aufrücken der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in die vordersten Stellungen der internationalen Politik machten das allgemeine Gerede über die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zum Gegenstand einer Polemik, zum Material für internationale Berichte und dienten sogar zur Erfindung eigenartiger ökonomischer „Theorien“.

In dem Aufruf zur Einberufung einer Konferenz des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates in Punta del Este schlug der Präsident der USA, Kennedy, sein „Bündnis für den Fortschritt“ als das Allheilmittel vor. Die USA sind also bereit, die Entwicklung Lateinamerikas zu fördern! In Wirklichkeit unternahm der Dollarimperialismus durch sein auf die Bestechung der herrschenden Klasse berechnetes Manöver den Versuch, dem Protest der lateinamerikanischen Länder zuvorzukommen, der durch die akute Krise der sozialökonomischen Ordnung in diesen Ländern ausgelöst worden war. Das ist ein neokolonialistischer Plan für Lateinamerika, der darauf berechnet ist, seine Komplizenschaft für eine neue Aggression gegen Kuba zu erkaufen und die Länder südlich vom Rio Grande del Norte erneut in die amerikanische Weltstrategie einzubeziehen. Die Konferenz des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates erlebte ein Fiasko, unter anderem auch deshalb, weil ihr die Ereignisse an der Girón-Küste⁶⁾ vorausgegangen waren. Außerdem besteht die erste Voraussetzung für den Fortschritt Lateinamerikas gerade darin, das Joch der USA-Monopole abzuschüteln und tiefgreifende Agrarreformen durchzuführen. Diese Maßnahmen aber können nur durch revolutionäre Umgestaltungen verwirklicht werden, wie sie auf Kuba durchgeführt wurden.

⁶⁾ Girón-Küste — der Ort, an dem die nordamerikanischen Söldner im April 1961 auf Kuba landeten und zerschlagen wurden

Das soll nicht heißen, daß die Völker Lateinamerikas nicht in diesem oder jenem Land ein günstigeres Kräfteverhältnis erreichen können, das ihnen gestatten würde, eine selbständige Außenpolitik, eine Politik des Friedens, des vielseitigen Handels, beiderseitig vorteilhafter Beziehungen zum sozialistischen System, der Zusammenarbeit mit Kuba durchzuführen und in der Innenpolitik fortschrittliche wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen. Das soll, mit anderen Worten, nicht heißen, daß man nicht eine Verbesserung der gegenwärtigen Lage erkämpfen kann.

Doch die Probleme, die von den Imperialisten mit einem so unwissenschaftlichen Terminus⁷⁾ wie „schwache Entwicklung“ bezeichnet werden, sind nur zu lösen durch antiimperialistische Umgestaltungen und revolutionäre Veränderungen in den Agrarverhältnissen, die im weiteren den Übergang zum Sozialismus beinhalten und erleichtern werden. Zum Scheitern verurteilt sind die Pläne bestimmter Gruppen der Bourgeoisie, die darauf spekulieren, die Länder Lateinamerikas auf der Grundlage eines bloßen Ansporns für die kapitalistischen Verhältnisse im Rahmen der gegenwärtigen sozialen Ordnung zu entwickeln, die sich auf das Latifundiensystem⁸⁾ und die nordamerikanische Herrschaft gründet. Ein solcher Weg wird alle Widersprüche noch mehr verschärfen, die strukturelle Krise vertiefen und alle Lasten der berüchtigten „Industrialisierung“ und „Modernisierung“ der Landwirtschaft auf die Schultern der breiten Volksmassen abwälzen.

Der Programmentwurf der KPdSU nennt die Alternative „Kapitalismus oder Sozialismus“ als die Hauptalternative für die Völker, die sich politisch vom Imperialismus befreit haben. Dies ist aber im gewissen Sinne auch das Problem der Völker Lateinamerikas. In diesen vom Imperialismus abhängigen Ländern mit einer Ordnung, in der vorkapitalistische Überbleibsel erhalten bleiben, wird die Revolution als eine demokratische Revolution definiert, die zeitlich mit dem Prozeß des weltweiten Übergangs zum Sozialismus zusammenfällt. Diese Revolutionen werden eine Reihe von Etappen durchlaufen, sie werden von den Besonderheiten der Lage in jedem Land ausgehen müssen, aber sie werden letztlich die Völker Lateinamerikas auf den Weg des Sozialismus führen.

Stellt nicht Bolivien zum Beispiel mit seiner Armut und seinen Leiden in gewissem Sinne ein Experiment mit dem kapitalistischen Weg für die schwachentwickelten Länder dar?

Es ist festzustellen — und dies gilt ganz besonders für Lateinamerika —, daß der Kampf zwischen den beiden rivalisierenden Hauptideologien — zwischen der kapitalistischen

7) Terminus — Fachwort, Fachausdruck

8) Latifundiensystem — Form des Großgrundbesitzes

und der sozialistischen Ideologie — die Schärfe annimmt, wie sie den letzten und entscheidenden Kämpfen eigen ist. In dem Maße, wie die Züge der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft exakter und klarer hervortreten, wird immer augenfälliger, daß der Antikommunismus zum Scheitern verurteilt ist. Im ideologischen Kampf wird sich die sozialistische Ideologie durchsetzen.

Eine der markantesten Strömungen in der antikolonialistischen Befreiungsbewegung war zweifellos der Nationalismus. Der Nationalismus der kolonialen und abhängigen Völker hat einen anderen Charakter als der Nationalismus der imperialistischen Staaten. Der Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein-demokratischen Inhalt, der sich gegen die Unterdrückung richtet. Ausdruck dieses Inhalts ist das Streben der unterdrückten Völker nach Befreiung vom imperialistischen Joch, nach nationaler Unabhängigkeit und nationaler Wiedergeburt. Zugleich hat der Nationalismus einer unterdrückten Nation auch eine andere Seite, in der die Ideologie und die Interessen der reaktionären Oberschicht von Ausbeutern zum Ausdruck kommt.

Die nationalistische Ideologie hat in einigen Ländern Lateinamerikas nicht den Charakter einer Doktrin oder Lehre angenommen, wie das auf anderen Kontinenten der Fall war, wo der Nationalismus eine wichtige Rolle gespielt hat. Es würde hier zu weit führen, wollte man die möglichen historisch-ökonomischen und sozialen, politischen und geistigen Ursachen analysieren, die diese Unterschiede bewirkt haben. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß in einigen Ländern Lateinamerikas die nationalistische Ideologie die zurückweichenden Gutsbesitzerklassen gegen den Ansturm der Bourgeoisie gedeckt hat. Doch als ausgeprägteste nationalistische Ideologie mit einer antiimperialistischen Orientierung fand sie bis zu einem gewissen Grade Ausdruck in Brasilien und Bolivien.

Das soll nicht heißen, daß der gegenwärtige Aufschwung des patriotischen Widerstandes gegen den USA-Imperialismus, der alle Dogmen über den Haufen wirft, nicht mit einem Aufblühen nationalistischer Ideen verbunden ist, die sich im gesellschaftlichen Denken, im literarischen Suchen und in der Unruhe der Mittelschichten abzeichnet. Aber diese Ideen nehmen nicht immer die Form einer nationalistischen Ideologie oder einer nationalistischen Bewegung an. Wir erleben hier den Aufschwung des Nationalgefühls und des nationalen Selbstbewußtseins, der von der Revolution hervorgehoben und aufgegriffen wird. Bei diesem Aufschwung treten auch nationalistische Strömungen auf, doch der Volksstrom in Lateinamerika ist eher national und patriotisch als nationalistisch im eigentlichen Sinne des Wortes.

Die nationalistische Ideologie in den kolonialen und abhängigen Ländern bringt im allgemeinen die Ansichten der nationalen Bourgeoisie und zuweilen das zutiefst beleidigte

patriotische Gefühl des Kleinbürgertums zum Ausdruck. Die wachsenden Widersprüche zum USA-Imperialismus und der Prozeß zur kapitalistischen Entwicklung schaffen die materiellen Grundlagen für das Aufblühen dieser ideologischen Tendenzen. Die antikolonialistische Revolution, die die Karte der Welt verändert und sie mit neuen Farben versieht, inspiriert und stimuliert diese Tendenzen.

Ideen nationalistischen Einschlags waren in der Vergangenheit der lateinamerikanischen Länder allen nationalen Epöen⁹⁾ und großen Erhebungen der Jugend beigemischt, solchen wie zum Beispiel die Universitäts-Reform¹⁰⁾ oder der brasilianische „tenentismo“¹¹⁾. Aber diese patriotischen Bewegungen können nicht als nationalistisch definiert werden. Die typische Äußerung der bürgerlichen Ideen war in Lateinamerika der Nationalreformismus, der positive Züge, aber auch eine spürbare Tendenz zu Kompromissen mit den Imperialisten aufweist. Nationalistische Ideen traten in vielen Ländern Lateinamerikas auf, eng verbunden mit einer sehr starken Bewegung der Mittelschichten, die sich in der akuten Periode des kalten Krieges unter dem Banner des „dritten Weges“ tarnte.

Auch in dieser Hinsicht bedeutete Kuba eine neue Periode der kontinentalen Revolution. Sie ermöglichte es, den anti-imperialistischen Inhalt der Massenbewegung zu zeigen, und trug zum Zusammenbruch der ideologischen Fälschungen bei. Danach folgte der Zusammenbruch der ursprünglichen falschen Vorstellung, daß Kuba angeblich den „dritten Weg“ verkörpere. Aus der damals richtigen Feststellung Fidel Castros, daß die Revolution auf Kuba „national und kubanisch wie die Palmen Kubas“ ist, versuchte man den Schluß zu ziehen, sie sei antikommunistisch und stelle sich in Gegensatz zum sozialistischen Weltssystem. Es ist das große Verdienst Kubas, dem ganzen lateinamerikanischen Kontinent vor Augen geführt zu haben, daß sich die nationale demokratische Revolution historisch mit einer siegreichen sozialistischen Revolution vereinbaren läßt. Damit hat Kuba Lateinamerika den Weg gewiesen, dadurch wurde die kubanische Revolution zu einer gesamtkontinentalen Erscheinung.

Wo steht Lateinamerika heute?

In Lateinamerika hat eine neue Etappe der Befreiung begonnen — der Kampf geht um die Verteidigung der nationalen Souveränität, der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und

⁹⁾ Epöe — Epos

¹⁰⁾ Universitätsreform — die Bewegung für die Universitätsreform, die 1918 in Argentinien aufkam und auf andere Länder Lateinamerikas übergriff

¹¹⁾ „tenentismo“ — eine kleinbürgerliche Strömung in Brasilien Ende der zwanziger Anfang der dreißiger Jahre, die besonders in der Armee Einfluß besaß

des Friedens. Dieser Kampf führt mit jedem Tag immer mehr alle patriotischen und demokratischen Kräfte gegen die Faktoren zusammen, die die vollständige Entwicklung und Auswertung des menschlichen und materiellen Potentials der lateinamerikanischen Länder verhindern.

Die grundlegende Kraft, die die Entwicklung Lateinamerikas blockiert, ist der amerikanische Imperialismus. Sein enges Bündnis mit den nationalen Oligarchien¹²⁾, die verderblichen Auswirkungen seiner Politik der wirtschaftlichen und kulturellen Durchdringung sind die Hauptursachen für die allgemeine Stagnation, die heute in Lateinamerika vorherrscht. Die Niederlage des Imperialismus ist also die Grundbedingung für jede weitere und fortschrittliche Entwicklung Lateinamerikas.

Ohne die wirtschaftliche Unabhängigkeit gibt es für die lateinamerikanischen Länder keine politische Unabhängigkeit. Um diese zu erreichen, sind umfassende Agrarreformen und eine bevorzugte Aufmerksamkeit für die eingeborene Bevölkerung, Rückgabe der Staatsschätze, die heute in Händen der ausländischen Monopole sind, Förderung der grundlegenden Energiequellen und der Grundindustrien, freier Zutritt zu allen Märkten und technische und wirtschaftliche Hilfe ohne schädliche Bedingungen unerlässlich.

Die Länder Lateinamerikas benötigen erhebliche Umwandlungen ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur, um die erschreckenden und beunruhigenden Mängel ihres Lebensniveaus beseitigen zu können.

Die Völker Lateinamerikas erheben sich gegen den unterdrückenden Panamerikanismus und kämpfen für einen Lateinamerikanismus, der die Produktivkräfte befreit, ihre Entwicklungsmöglichkeiten erweitert, die Solidarität und Zusammenarbeit zwischen allen Völkern stärkt und in wirksamer Weise zum Frieden auf der westlichen Hemisphäre und in der Welt beiträgt.

Die Errungenschaften der kubanischen Revolution weisen den Weg zur Beendigung der ausländischen Herrschaft. Ihr lehrreicher revolutionärer Prozeß ist ein wirksamer Beitrag zu der Sache der Befreiung Lateinamerikas. Er ist Vorbild und Ansporn zugleich. Das zeigt allein die Tatsache, daß die Völker Lateinamerikas wiederholt energisch betonten, daß sie Kuba gegen jede Aggression verteidigen werden, weil sie wissen, daß sie damit ihr eigenes Geschick verteidigen.

Wo Lateinamerika heute steht, zeigt sich sehr deutlich, wenn wir die Ergebnisse der Lateinamerikanischen Konferenz für Nationale Souveränität, wirtschaftliche Emanzipation und Frieden (5. bis 8. März 1961 in Mexiko City) und der Sitzung der 21 Außenminister der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Punta del Este (Uruguay) im Januar 1962 untersuchen.

¹²⁾ Oligarchie — Herrschaft einer bevorrechteten Minderheit

Die Konferenz in Mexiko City im vergangenen Jahr wurde von General Lazaro Cardenas, Mexiko, Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrates, dem katholischen Abgeordneten Domingos Vellasco, Brasilien, Ingenieur T. Casella, Argentinien, und der Universitätsprofessorin Olga Poblete, Sekretär des Weltfriedensrates, Chile, einberufen. Die Konferenz gewann von allem Anfang an die größte Sympathie und Unterstützung aller Völker und demokratischen Bewegungen Lateinamerikas.

An der Konferenz beteiligten sich mehr als 2000 Delegierte — ungefähr 300 aus den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, die übrigen aus Mexiko selbst. Gastdelegierte aus verschiedenen Ländern anderer Kontinente brachten der Konferenz ihre Solidarität zum Ausdruck. Die Gastdelegierten kamen aus der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, der Chinesischen Volksrepublik, Guinea, der ČSSR, Frankreich und Kanada. Der Weltfriedensrat war durch eine starke Delegation vertreten.

In einer ausführlichen Resolution der Konferenz findet die Arbeit der vier Kommissionen ihren Niederschlag. Bei der Vielseitigkeit und dem Umfang dieses bedeutenden Dokuments ist es an dieser Stelle nicht möglich, den vollen Wortlaut wiederzugeben. Der Verfasser beschränkt sich deshalb auf Auszüge und Zusammenfassungen, die geeignet sind, dem Leser einen Überblick zu vermitteln.

Kommission I

NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT

I. Allgemeine Prinzipien

„In Anbetracht der Tatsache, daß die Rechtsgleichheit der Staaten, die Selbstbestimmung und die Nichteinmischung unverletzliche, für die Emanzipation der unterentwickelten Staaten und für den Weltfrieden unumgängliche Prinzipien sind; daß die direkte oder indirekte Verletzung dieser Prinzipien durch die Regierung eines Landes als eine Verletzung aller lateinamerikanischen Völker angesehen werden muß, die die Pflicht und das Recht haben, konsequent für ihre Verteidigung einzutreten; daß jedes Volk das unabdingbare Recht hat, sich zu bewaffnen, um die nationale Souveränität zu verteidigen oder durch Mittel zurückzugewinnen, die das Volk selbst bestimmt; daß die Völker das Recht haben, in Ausübung ihrer Souveränität alle natürlichen Ressourcen und Reichtümer zu ihrem Nutzen auszuwerten; wird beschlossen, die Kündigung aller Verträge, Konventionen und Abkommen zu fordern, die die nationale Souveränität schmälern.“

In einem zweiten Abschnitt behandelt die Kommission den Kampf gegen den Imperialismus. Darin heißt u. a.:

„Unsere Völker haben die Pflicht und das Recht:

1. innerhalb der großen antiimperialistischen und antikolonialistischen Weltfront organisiert zu sein und ständig für die Befreiung vom amerikanischen Imperialismus zu kämpfen;
2. den amerikanischen Monopolen die nationalen Reichtümer abzunehmen...;
4. die Manöver des Imperialismus zurückzuweisen, die darauf abzielen, Konflikte und Reibungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern hervorzurufen;
5. sich den Militärmissionen und der Existenz der Interamerikanischen Verteidigungsjunta zu widersetzen sowie den Expertenkommissionen zur Leitung der nationalen Wirtschaft, den Kommissionen, die sich in die Ausrichtung des Unterrichts einmischen, der Kontrolle der Presse, der Verbreitung wichtiger imperialistischer Presseorgane in spanischer Sprache, der systematischen Kampagne der amerikanischen Nachrichtenagenturen, der Tätigkeit der Interamerikanischen Pressevereinigungen (SIP) und der Interamerikanischen Journalistenföderation, ihrer Einmischung in die Gewerkschaftsorganisationen mit Hilfe von Instrumenten wie der ORIT und der ständigen Verbreitung und Anwendung von Punkt IV des Truman-Planes...;
8. zu erklären, daß die Organisation der Amerikanischen Staaten ein Instrument des Eindringens des amerikanischen Imperialismus in die Länder Lateinamerikas ist, das niemals die Funktion erfüllte oder erfüllen kann, die es im Einklang mit seinen Statuten ausüben müßte...;
10. die Ideologie des Antikommunismus zu verurteilen als einen Faktor der Spaltung der Völker und als Instrument der Penetration¹³⁾ des amerikanischen Imperialismus...“

Im dritten Abschnitt wird zum Kampf gegen den Kolonialismus gesagt:

„Das Kolonialsystem zieht eine der schmachvollsten Formen der Versklavung und Knechtung eines Landes durch die herrschende Klasse einer fremden Macht nach sich. Der Kongreß beschließt daher:

1. Jede Form des Kolonialismus abzulehnen, weil er anachronistisch und ein Anschlag auf die elementarsten Rechte der Völker ist;
2. mit allen den Völkern zur Verfügung stehenden Mitteln die Beseitigung der Kolonialmacht auf dem ganzen Territorium Amerikas wie auch in Asien und Afrika zu fordern;
3. zu erklären, daß der Kampf gegen die kolonialen Mächte unteilbar ist...“

Der vierte Abschnitt des Berichts der ersten Kommission befaßt sich mit der Verteidigung der kubanischen Revolution. Darin heißt es:

¹³⁾ Penetration — Durchdringung

„In Anbetracht der Tragweite und der großen historischen Bedeutung der kubanischen Revolution für alle Völker Lateinamerikas und der Welt, die für ihre Freiheit kämpfen, beschließt die Konferenz:

1. Jede Form der Aggression des amerikanischen Imperialismus gegen Kuba zu verurteilen . . . ;
3. die Solidarität und Unterstützung für die lateinamerikanischen Völker und für die kubanische Revolution auszusprechen und zu organisieren . . . ;
5. das Recht Kubas und aller lateinamerikanischer Nationen anzuerkennen, von jedem beliebigen Land der Welt Hilfe und Unterstützung gegen die imperialistische Aggression in allen ihren Formen zu erbitten und anzunehmen.“

Die Kommission II beschäftigte sich mit der wirtschaftlichen Emanzipation. Nach der Zurückweisung der Durchdringung der lateinamerikanischen Wirtschaft durch die imperialistischen Monopole befaßt sich das Dokument mit der Notwendigkeit umfassender Agrarreformen, der Verstaatlichung der nationalen Reichtümer, dem Arbeitsrecht, der Autonomie und der Demokratie.

Eine dritte Kommission untersuchte den Fragenkomplex „Lateinamerika und der Weltfriede“ und stellt in ihrem Arbeitsbericht eindeutig fest, daß der USA-Imperialismus der Störenfried der Welt ist. In diesem Abschnitt heißt es u. a. wörtlich:

„Die Politik des kalten Krieges, die sich der Imperialismus zu eigen gemacht hat, hat die Tendenz, die politische, wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit der Länder Lateinamerikas von den Vereinigten Staaten zu verstärken. Die gleiche Politik wird dazu benützt, sich in die souveränen Rechte der Völker und ihrer nationalen Unabhängigkeit einzumischen. Diese Politik wird auch als Waffe der Unterdrückung des demokratischen Lebens und der bürgerlichen Freiheiten benützt . . .

So geschehen im Namen des kalten Krieges ernste Einmischungen in das Recht der lateinamerikanischen Völker, Beziehungen mit allen Völkern der Erde aufrechtzuerhalten.

Die lateinamerikanischen Völker sind daher zutiefst daran interessiert, daß dem Kalten Krieg ein Ende gesetzt wird und die friedliche Koexistenz zwischen den Nationen mit verschiedenen sozialen Systemen herrscht. Sie sind auch in gleicher Weise an der allgemeinen und vollständigen Abrüstung interessiert, die das Ziel verfolgt, die imperialistische Aggression unmöglich zu machen . . .

Der Imperialismus fördert den Kalten Krieg und benützt ihn als Vorwand für die Einmischung in das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben unserer Völker, die er zu seinem Nutzen ausbeutet und sie in Bedingungen der wirtschaftlichen Rückständigkeit und der politischen Unterdrückung hält. Der Kalte Krieg verursacht das Wettrüsten

und hohe Militärbudgets. Die Elemente, die dazu beitragen könnten, die Ausnützung unserer menschlichen Ressourcen und Naturschätze zugunsten unseres Fortschritts zu verwenden, dienen der Verschärfung unserer Rückständigkeit, der Erhöhung von Unterdrückung und Gewalt.

Die Konferenz empfiehlt daher, daß wir uns entschlossen und energisch gegen die Fortsetzung des Kalten Krieges wenden, der die Völker entzweit, die internationale Zusammenarbeit erschwert und die Gefahr eines Weltkrieges nach sich zieht.“

Abschließend wendet sich die dritte Arbeitskommission gegen die imperialistische Kriegspropaganda und die Kernwaffenversuche. Sie fordert die allgemeine Abrüstung und einen entschlossenen Kampf gegen die antidemokratischen Gesetze und gegen die Unterdrückung.

Die vierte Kommission befaßte sich schließlich mit den notwendigen gemeinsamen Aktionen in Lateinamerika und schreibt:

1. Allgemeine Resolution

„Die Ideale der nationalen Souveränität, der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und des Friedens wohnen den Ursprüngen und der Geschichte Lateinamerikas, dem gemeinsamen Vaterland inne, für das sich die Befreiungsgeneration opfert.

Die Konferenz, die diesem Gedankengut neuen Inhalt gibt, ruft die Völker zu einem Kampf von gleicher Tragweite und Bedeutung für die Zukunft dieser Nationen und die Würde ihrer Kinder auf.

Dieser Kampf muß im wesentlichen mit Hilfe der Mobilisierung aller demokratischen und Volkskräfte in jedem Land geführt werden. Er wird nur mit der größten Solidarität im Handeln aller lateinamerikanischen Völker verwirklicht werden können.

Die Konferenz beschließt:

1. Nationale Bewegungen für die Souveränität, die wirtschaftliche Emanzipation und den Frieden zu schaffen, anzuregen oder zu erweitern, die die Beschlüsse dieser Konferenz diskutieren und durchführen; mit allen Mitteln den Geist ihrer Resolution verbreiten und mit Hilfe der Einheit aller demokratischen Kräfte den Kampf ihrer jeweiligen Länder führen; die Mittel der Verbindung schaffen, damit die Arbeiter und Bauern, die Studenten, die freiberuflich Schaffenden und alle übrigen wirklich nationalen und fortschrittlichen sozialen Schichten die allgemeinen Probleme kennen und empfinden, sich gegenseitig helfen und die Aktion unternehmen, die jedem Sektor innerhalb der allgemeinen Bewegung entspricht.
2. Die Informations- und Koordinierungsarbeit der nationalen Bewegung wird durch das derzeitige Generalsekretariat der lateinamerikanischen Konferenz gesichert sein, die die Unterstützung und Anerkennung des Präsidiums hat.

3. Zu empfehlen, daß die nächste lateinamerikanische Konferenz zeitgerecht stattfindet. Zu diesem Zweck muß eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen nationalen Bewegungen aufrechterhalten bleiben.

II. Arbeiteraktion

Um den Prozeß des Kampfes und des patriotischen Zusammenschlusses aller antiimperialistischen Kräfte in unseren Ländern zu garantieren, ist es von gebieterischer Notwendigkeit, in erster Linie die Einheit der Arbeiterklasse in ihren Gewerkschaften und nationalen Zentralen sowie die Verständigung und die gemeinsame Aktion auf dem lateinamerikanischen Territorium zu erreichen.

Die Konferenz beschließt:

1. Einen Appell an alle Gewerkschaftsorganisationen Lateinamerikas zu richten, in jedem Land die größte Mobilisierung zu entfalten, um die Einheit aller Arbeiter in einer einzigen nationalen Zentrale zu garantieren.
2. Im kontinentalen Maßstab die Aktionseinheit für die gemeinsamen Probleme der Arbeiter zu fördern, um zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und zur Erreichung der vollständigen Einheit der Arbeiterklasse in einer einzigen lateinamerikanischen Gewerkschaftszentrale beizutragen.
3. Die Beschlüsse der Tagung der autonomen nationalen Gewerkschaftszentralen zu begrüßen, die vom 14. bis 18. Februar 1961 in Santiago de Chile stattfand, weil sie die Erreichung der Einheit aller Arbeiter des Kontinents auf der Basis eines gemeinsamen Aktionsprogramms propagieren.¹⁴⁾

In dem Abschnitt III wendet sich die Konferenz gegen die Behinderung der nationalen Presse und die Verbreitung antinationaler Veröffentlichungen der imperialistischen Kreise Amerikas.

Der IV. Abschnitt beinhaltet den Beschluß, die Solidarität mit der kubanischen Revolution zu verstärken und die anderen lateinamerikanischen Staaten besser als bisher über die revolutionären Vorgänge in Kuba zu informieren¹⁴⁾.

Nichts erscheint mehr geeignet, die Interessen aufzuzeigen, die die verschiedenen Schichten der lateinamerikanischen Länder an der Lösung ihrer Lebensprobleme haben, als die in der Resolution der Lateinamerikanischen Konferenz zusammengefaßten Arbeitsergebnisse. Dies kam auch in der Schlußrede von General Lazaro Cardenas, Mexiko, zum Ausdruck.

Nicht weniger interessant sind die Ergebnisse und der Verlauf der Sitzung der 21 Außenminister der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Punta del Este (Uruguay) im Januar 1962.

¹⁴⁾ vgl. hierzu Bulletin des Weltfriedensrates, Mai 1961, Sondernummer

Diese Konferenz sollte eine Art Scherbengericht über die kubanische Revolution werden. So wenigstens wollten es die Inspiratoren der Tagung, die Herren vom State Department in Washington. Das Programm des amerikanischen Außenministers Rusk verlangte von allen Teilnehmerstaaten den sofortigen Abbruch der Beziehungen zu Kuba und gleichzeitig schärfste „wirtschaftliche und politische Sanktionen“. Dieses Programm schlug fehl — trotz mehrfacher Verschiebung des Konferenzbeginns, trotz Verlängerung der Konferenzdauer, trotz Dollarschecks, Drohungen und Repressalien, mit denen Rusk sein Ziel zu erreichen suchte. Das Programm wurde zu einem Fehlschlag, weil sich außer Kuba eine Gruppe von lateinamerikanischen Staaten gegen die Einnischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates, gegen die offensichtliche Verletzung des Rechts auf Selbstbestimmung zur Wehr setzten.

Gewiß gelang es Rusk mit einer formellen Zweidrittel-Mehrheit der Konferenz, den Ausschluß Kubas aus der OAS zu erwirken. Wie aber sieht die Zweidrittel-Mehrheit tatsächlich aus? Zu den Gegnern Rusks gehörten die bedeutendsten Staaten des lateinamerikanischen Kontinents: Brasilien, Chile, Mexiko und damals auch Argentinien, das erst nach der Konferenz unter dem Druck der reaktionären Militärkreise die Beziehungen zu Kuba abbrach. Zwei Drittel der Bevölkerung Lateinamerikas stehen hinter Kuba und wenden sich gegen den Ausschluß Kubas aus der OAS. Und auch das ist noch nicht das reale Spiegelbild des Volkswillens. In zahlreichen Staaten des lateinamerikanischen Kontinents, die sich für den Ausschluß Kubas aussprachen, fanden gewaltige Protestkundgebungen fortschrittlicher Organisationen und Parteien statt.

Selbst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ spricht in ihrer Ausgabe vom 2. Februar 1962 von einem „bescheidenen Ergebnis“ der OAS-Konferenz. Sie schreibt u. a.: „Die Washingtoner Regierung kann kaum sehr glücklich sein mit dem Ergebnis, das sie auf der zehntägigen Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Punta del Este erzielte...“ In dem gleichen Artikel stellt das Blatt fest: „Die Enttäuschung für die Nordamerikaner besteht vor allem darin, daß gerade die größeren lateinamerikanischen Staaten sich dem Ausschluß Kubas versagt haben... Das bedeutet etwas für die Politik in Lateinamerika. Man darf es nicht unterschätzen. Schon der Bevölkerungszahl nach liegt das Übergewicht bei den sechs ‚Enthaltern‘...“

Nicht Kuba wurde auf der Konferenz in Punta del Este isoliert, sondern jene Politiker, die glaubten, man könne das Rad der Geschichte mit diplomatischen Manövern aufhalten. Das ist der Sieg von Punta del Este, ein Sieg, der den fortschrittlichen Kräften Lateinamerikas gehört.

Die gegenwärtige Lage in Argentinien

Am 18. März diesen Jahres fanden in fast allen Gebieten Argentiniens¹⁵⁾ Wahlen statt. Gewählt wurden die Gouverneure von 14 Provinzen, ein großer Teil des Nationalkongresses sowie hunderte Abgeordnete der Provinzkongresse und Ortsverwaltungen.

Der Kampf um die 9 $\frac{1}{2}$ Millionen Wähler wurde vor allem zwischen der Regierungspartei, dem Bürgerlich-Radikalen Bund der Unversöhnlichen, und den Oppositionsparteien, dem Bürgerlich-Radikalen Bund des Volkes und der Perónistenpartei ausgetragen. Die zweitgenannte Oppositionspartei ist nach dem im Exil lebenden Expräsidenten Juan Perón benannt, der 1955 durch einen Umsturz der Armeeführer abgesetzt wurde. Bei den diesjährigen Wahlen wurden die Perónisten von der illegal tätigen Kommunistischen Partei Argentiniens unterstützt, ebenso von den Sozialisten, von der Volksbewegung Argentiniens und einigen anderen politischen Gruppen.

Mit dieser Unterstützung siegten die Perónisten, ihre Kandidaten wurden in 10 Provinzen Gouverneure, darunter auch die Provinz Buenos Aires, in der ein Drittel aller Wahlberechtigten lebt. Durch das Wahlergebnis errangen die Perónisten gleichzeitig auch die Mehrheit im Kongreß.

Die Führer der Streitkräfte forderten sogleich, daß die Regierung die Wahlen für ungültig erklärt und ließen Panzer und Panzerwagen in den Straßen der Hauptstadt auffahren. Die Militärbehörden übernahmen die Stellen der Gouverneure, die von Perónisten besetzt werden sollten.

Die Perónistenpartei und die Kräfte, die sie bei den Wahlen unterstützt hatten, erklärten, sie würden sich die Aufhebung der Wahlergebnisse nicht gefallen lassen. Die von den Perónisten kontrollierten großen Gewerkschaften riefen zu einem Proteststreik im ganzen Lande auf.

Die Regierung Frondizi stand also praktisch zwischen zwei Feuern. Am 20. März trat das alte Kabinett zurück. Die Füh-

rer der Streitkräfte nahmen Verhandlungen auf, bei denen es, wie die USA-Presse zu berichten weiß, um das Schicksal Frondizis ging. Man einigte sich schließlich auf ein Koalitionskabinett, das aus Militärs und Zivilpersonen gebildet werden sollte. Die Perónisten antworteten mit einem 24stündigen Proteststreik, an dem sich etwa 2 Millionen Arbeiter beteiligten.

Fronidizi gab dennoch die Bildung eines neuen Kabinetts bekannt. Namhafte Vertreter der Armee protestierten gegen diesen Weg zur Lösung der politischen Krise und forderten Frondizis Rücktritt. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, ließen diese Militärs am 28. März alle strategisch wichtigen Punkte besetzen und kontrollierten Fernsprechämter und Sender. Präsident Frondizi wurde seines Amtes enthoben und durch Streitkräfte auf der Insel Martín-García im Río de la Plata festgesetzt. Zum Präsidenten wurde der bisherige Senatsvorsitzende Guido ernannt.

Wie gewöhnlich gut informierte Kreise wissen wollen, soll Guido seine Bereitschaft erklärt haben, sich mit den sechs Forderungen der Militärs einverstanden zu erklären. Dazu gehört u. a., daß „alle Kommunisten, Perónisten und Castroisten“ geächtet, die Kabinettsmitglieder nur „mit Zustimmung der Streitkräfte“ ernannt, die Betätigungsmöglichkeiten der Gewerkschaften eingeschränkt werden sollen usw.

Was hatte diese Krise veranlaßt? Der Kampf der Arbeiter und der Volksmassen in Argentinien hatte in letzter Zeit eine Breite angenommen, wie sie das Land lange nicht gekannt hat. Und zugleich traten alle Schichten der Werkstätigen im Kampf für die Befriedigung ihrer dringenden Forderungen entschlossen der Gutsbesitzeroligarchie, dem Imperialismus und dem großen Kompradorenkapital¹⁶⁾ entgegen, forderten grundlegende Umgestaltungen im wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes. Diese ihrem Charakter nach demokratische, antiimperialistische Bewegung übte einen starken Einfluß auf die Völker Lateinamerikas aus und versetzte die argentinischen Reaktionäre, die nordamerikanischen und die britischen Imperialisten in größte Unruhe.

Diese antiimperialistische Bewegung, die den Zusammenschluß aller demokratischen, patriotischen und fortschrittlichen Kräfte, die friedliche Lösung der nationalen Probleme und eine sich auf die Respektierung des Volkswillens und der nationalen Souveränität stützende Einheit anstrebte, errang unter den breiten Massen, wie die Wahlen deutlich gezeigt haben, eine immer stärker werdende Unterstützung. Die ehemalige Regierung Frondizi versuchte den Kampf der Volksmassen mit härtesten Repressalien aufzuhalten.

Die zurückgetretene Regierung Frondizi kam mit den Wahlen vom 23. Februar 1958 an die Macht. Frondizi war mit

¹⁵⁾ Argentinien — Staat in Südamerika mit 2 808 000 km² und 16 900 000 Einwohnern. Bevölkerung besteht hauptsächlich aus Nachkommen spanischer, deutscher, französischer, tschechoslowakischer, polnischer und aus anderen Ländern stammender Einwanderer. Die indianischen Ureinwohner sind (bis auf etwa 30 000 Menschen) vollständig ausgerottet. Die Bevölkerung bekennt sich überwiegend zum katholischen Glauben. Die Amtssprache ist Spanisch. Hauptstadt: Buenos Aires (3 674 000 Einwohner). — Argentinien ist in ökonomischer Hinsicht eines der am weitesten entwickelten Länder Lateinamerikas. Das Land verfügt über reiche Bodenschätze, eine gut entwickelte Landwirtschaft (vorwiegend Viehwirtschaft) und eine entwicklungsfähige Industrie, die sich z. Z. noch vorwiegend mit der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte befaßt.

¹⁶⁾ Kompradorenkapital — Komprador: einheimischer Vermittler zwischen Inlandsmarkt und ausländischem Kapital

dem Programm einer agrarischen und antiimperialistischen Revolution vor das Volk getreten. Aber an die Macht gekommen, begann er die traditionellen Interessen der Gutsbesitzeroligarchie und des mit den imperialistischen Monopolen der USA und Englands liierten Großkapitals eifrig zu verfechten.

Das Beispiel Frondizi ist keine Ausnahme. Die moderne argentinische Geschichte bietet eine Fülle von Tatsachen, die davon zeugen, daß die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Führer, die bei Wahlen oder durch Staatsstreich an die Macht kamen, immer wieder die Interessen des Volkes verrieten.

Dies geschah, weil es der Gutsbesitzeroligarchie, den nord-amerikanischen und englischen Monopolen sowie dem großen Kompradorenkapital stets gelang, ihre wirtschaftlichen und politischen Positionen unangetastet zu erhalten. Jedesmal, wenn sich das Volk zusammenschloß und den Kampf für fortschrittliche Umwandlungen aufnahm, griffen die Streitkräfte ein, um Menschen an die Macht zu bringen, die den herrschenden Klassen gehorchten — wie uns das Beispiel der Wahlen vom März 1962 deutlich zeigt.

In Argentinien bestanden in den letzten Jahrzehnten faktisch immer zwei Mächte: eine formale und eine reale. Die formale regierte unter dem Druck der realen Macht, die sich auf die Armee stützte und in kritischen Augenblicken als Schiedsrichter auftrat und ihre Entscheidung aufzwang. Diese Entscheidungen wurden stets im Interesse der Gutsbesitzeroligarchie und der imperialistischen Monopole getroffen. Deshalb stehen in Argentinien mit nur rd. 20 Millionen Einwohnern 150 000 Soldaten und 50 000 Offiziere unter Waffen. Hinzu kommen 25 000 Polizisten, 10 000 Gendarmen und außerdem Einheiten der politischen Polizei.

Fronidizi, der seinerzeit mit Unterstützung der breiten Massen an die Macht kam, war in den letzten zwei Jahren seiner Regierungszeit nur noch eine Marionette in den Händen der Militärs. In Argentinien gibt es in Wirklichkeit zwei Kabinette: ein militärisches und ein ziviles. Das erste entscheidet, und das zweite führt aus.

Fronidizi verriet in der Vergangenheit das Volk. Doch das bei den Wahlen vorgebrachte Programm wird nun zur Plattform für den Kampf, der jetzt von der Mehrheit des Volkes geführt werden wird, nachdem die Militärs wieder gegen den Volkswillen entschieden haben. Dieses Programm, dem alle fortschrittlichen Kräfte zustimmen, entspricht den objektiven Erfordernissen der Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Argentinien.

Die Landwirtschaft stagniert: Allein im Jahre 1959 wurden eine Million ha weniger Land mit Weizen bestellt als im Jahr zuvor. Die Entwicklung der Industrie stockt, und nach den Direktiven des Internationalen Währungsfonds werden eine

Reihe nationaler Betriebe geschlossen, die von den imperialistischen Monopolen geschluckt werden oder durch den kräftezehrenden Konkurrenzkampf mit den ausländischen Waren ruiniert worden sind.

Die Lage der Arbeiter hat sich bedenklich verschlechtert. Die Reallöhne sind um 50 bis 60 Prozent gesunken. Der Volksverbrauch an solchen lebenswichtigen Gütern wie Fleisch ist um 34 Prozent, der an Kartoffeln um 33 Prozent und an Milch um 10 Prozent zurückgegangen. Und dieser Rückgang hält an. Der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen ist um nahezu 20 Prozent gesunken.

Die Hauptursache der Krise ist das Bestehen der Latifundien¹⁷⁾, deren Zahl und Stärke im wesentlichen die gleiche blieb. 58 Prozent der Fläche, die für den Ackerbau und die Viehzucht genutzt wird, ist in den Händen von 13 000 Gutsbesitzern konzentriert, die 2 500 bis 10 000 ha und mehr besitzen (einige verfügen über riesige Ländereien von 50 000 bis 200 000 ha); 30 Prozent der Fläche stehen 88 000 Landwirten und Viehzüchtern mit Bodenstücken von 200 bis 2 500 ha zur Verfügung. Und nur 10 Prozent des Bodens gehören den 450 000 Bauern (von 5 bis 200 ha). Weniger als ein Prozent der Viehzuchtbetriebe — 3 000 von 345 000 — besitzen fast 45 Prozent des Viehs. 26 Millionen ha Land sind Eigentum argentinischer und ausländischer Aktiengesellschaften.

Die großen Latifundienbesitzer befassen sich vorwiegend mit der Viehwirtschaft, weniger mit dem Ackerbau. Deshalb verpachten sie den Boden. Auf diesen Ländereien arbeiten 63 Prozent der Bauern. Unter den großen Latifundienbesitzern befinden sich vorwiegend Ausländer. 560 Großbetriebe sind in Händen englischer Gesellschaften. Aber auch hier versucht der USA-Imperialismus ins Geschäft zu kommen. In den letzten Jahren begannen die Nordamerikaner große Ländereien zu erwerben, angeblich für die Viehwirtschaft und den Ackerbau; aber sie kaufen nur dort Land, wo Bodenschätze vorhanden sind.

Die Interessen und das Kapital der großen nationalen und ausländischen Industrie- und Handelsgesellschaften verflechten sich immer stärker mit den Interessen und dem Kapital der argentinischen Gutsbesitzeroligarchie. Im zweiten Weltkrieg und danach haben die einheimischen und ausländischen Großkapitalisten riesige Gewinne geschneidelt (z. T. über 300 Prozent). Da es schwierig war, Ausrüstungen zu kaufen, wurde ein großer Teil der Profite nicht für die Erweiterung von Betrieben benutzt, sondern in den hocheinträglichen Ackerbau- und Viehzuchtbetrieben investiert. Die Agrarmagnaten, die argentinischen und ausländischen Aktiengesellschaften, legten ihrerseits einen Teil ihrer Überprofite in den Handels- und Industriebetrieben an.

¹⁷⁾ Latifundien — Großgrundbesitz

Die Interessen der Gutsbesitzeroligarchie und des nationalen Großkapitals haben sich auf das engste verflochten, und allesamt sind sie wiederum mit den imperialistischen Monopolen der USA und Englands verbunden. Das bedeutet, daß die Aufgaben der agrarischen und der antiimperialistischen Revolution in Argentinien nur im Kampf gegen die Gutsbesitzeroligarchie, gegen die imperialistischen Monopole und gegen das große Industrie-, Handels- und Finanzkapital gelöst werden können.

Bolivien sucht den Weg des Fortschritts

Bolivien¹⁹⁾ hat sich aus dem Zustand der Not und des Elends erhoben und verhalf der Nationalrevolutionären Bewegung (MNR) 1951 bei den Wahlen zu einem überzeugenden Sieg. Diesem Volksentscheid stellte sich eine Militär-Junta unter General Ballivian entgegen, die die Interessen der bis dahin herrschenden Klasse vertrat. Im April 1952 fand der Unwille des Volkes in einer Revolution Ausdruck, und die Regierung ging zum erstenmal in der Geschichte Boliviens in die Hände der Vertreter des kämpfenden Volkes über.

Diese kämpferischen Aktionen des Volkes haben dazu geführt, daß in Bolivien eine Reihe fortschrittlicher Maßnahmen durchgeführt werden konnten, so z. B. die Agrarreform, die durch einen Gesetzerlaß vom 2. August 1953 verfügt wurde. Darin wurden folgende Arten des Eigentums festgelegt: 1. das Landhaus, 2. der kleine Familienbesitz, 3. der mittlere Grundbesitz mit Lohnarbeitern, 4. die Genossenschaftsgüter und 5. das mit modernen Betriebsmitteln ausgerüstete und von einem Verwalter geleitete kapitalistische landwirtschaftliche Unternehmen. Die Großgrundbesitze werden unter Bevorzugung der Ansiedler und der Landarbeiter, die länger als zwei Jahre auf ihnen gearbeitet haben, aufgeteilt. Den früheren Eigentümern wird eine Entschädigung zuerkannt.

Eine weitere entscheidende Maßnahme war die Nationalisierung der großen Bergwerke, die sich fast ausschließlich in den Händen der drei Familien Patimo, Aramayo und Hochschild befanden. Mit der Nationalisierung der Gruben erfolgte zugleich die Gewährung des Rechts für die Werktätigen, an deren Verwaltung durch die Arbeiterkontrolle teilzunehmen. Die Arbeiterkontrolle hat das Vetorecht und die Vollmacht, jede Entscheidung der Verwaltung zu revidieren,

¹⁹⁾ Bolivien — Staat im zentralen Teil Südamerikas mit 1 099 000 km² und 3 273 000 Einwohnern, davon 52 Prozent indianische Ureinwohner. Die Bewohner sind vorwiegend katholischen Glaubens. Die Amtssprache ist Spanisch. Hauptstadt: Sucre (40 000 Einwohner), Regierungssitz: La Paz (335 600 Einwohner). — Bolivien ist ein schwachentwickeltes Agrarland, verfügt über wertvolle Bodenschätze. Der Bergbau ist von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Die verarbeitende Industrie ist nur schwach entwickelt.

wenn sie die Interessen der gesamten Nation oder die Interessen der Arbeiterklasse schmälert. Bei der praktischen Verwirklichung der Kontrolle gibt es natürlich Schwierigkeiten; aber sie werden durch die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik überwunden.

Die Durchführung des Gesetzes zur Reform des Bildungswesens unter Berücksichtigung der modernen technischen Errungenschaften wird durch den akuten Mangel an Mitteln erschwert und hinausgezögert. Dennoch sind hier schon gute Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Analphabeten sinkt.

Die Annahme des Kodexes über eine allumfassende Sozialversicherung war eine weitere fortschrittliche Maßnahme in Bolivien. Darin sind vorgesehen: eine materielle Hilfe für Frauen vor und nach der Entbindung, die Auszahlung von Familienbeihilfen, materielle Hilfe bei Krankheit und Unfall, Subsidien¹⁹⁾ für die Familie beim Tod des Ernährers, Altersrenten, medizinische Hilfe für die Arbeiter und ihre Familienangehörigen sowie Gewährung billiger Wohnungen. Die Arbeiter führen 7,5 Prozent ihres Verdienstes an den Fonds der Sozialversicherung ab.

Gegenwärtig stößt die Verwirklichung dieses Kodexes auf große finanzielle Schwierigkeiten, da das Absinken des Produktionsniveaus nicht gestattet, die entsprechenden Summen an den Versicherungsfonds abzuführen. Außerdem ist der Wohnungsbau ungenügend geplant, und der Staatshaushalt verfügt auch hier nicht über die erforderlichen Mittel.

Trotz all dieser Schwierigkeiten und vieler anderer Probleme, die einer Lösung bedürfen (Bolivien unterliegt der Gefahr einer einseitigen Produktion und der Abhängigkeit seiner Wirtschaft von internationalen Interessen, besonders von Interessen der nordamerikanischen Monopole, die die Zinn- und Erdölvorkommen des Landes ausbeuten), geht das Volk Boliviens entschlossen und zuversichtlich seinen Weg, den Weg des Fortschritts, der auch ihm die nationale Freiheit und Souveränität bringen wird.

Die Nationale Befreiungsfront Brasiliens

Brasilien²⁰⁾, das größte Land Lateinamerikas, dem die herrschenden Kreise der USA die „Schlüsselposition“ anweisen, ist in letzter Zeit darangegangen, sich von der Vormundschaft Washingtons frei zu machen, und tritt in internationalen Angelegenheiten immer selbständiger auf. Auf der Interamerikanischen Wirtschaftskonferenz in Punta del Este protestierte die brasilianische Delegation gegen die Einmischung in die

¹⁹⁾ Subsidien — Hilfgelder

²⁰⁾ Brasilien — Staat in Südamerika mit 8 516 000 km² und mehr als 63 Millionen Einwohnern. Die Bevölkerung besteht vorwiegend aus portugiesischen und anderen europäischen Einwanderern, daneben aus Mestizen, Mulatten, Negern und nur

Angelegenheiten Kubas und setzte sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Brasilien hat die diplomatischen Beziehungen zu Ungarn, Bulgarien, Rumänien und auch zur Sowjetunion wiederaufgenommen. Die Handelsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten haben sich erweitert.

Diese „Eigenmächtigkeit“ paßte Washington ganz und gar nicht in die Konzeption. Um Brasiliens Übergang zu einer unabhängigen Politik aufzuhalten, beauftragten die USA-Imperialisten — wie schon oft in der Vergangenheit — die reaktionären Militärs in Brasilien, eine profaschistische Diktatur zu errichten. Denselben Zweck hatten der Militärputsch vom August 1954, der zum Selbstmord Präsident Getulio Vargas' führte, und der Putschversuch vom November 1955, mit dessen Hilfe die Reaktion den Amtsantritt Präsident Juscelino Kubitscheks vereiteln wollte. In beiden Fällen erlitten die USA-Imperialisten und ihre Agenten in Brasilien eine Niederlage. Auch spätere Versuche dieser und ähnlicher Art scheiterten.

Im August 1961 benutzte der Militärklüngel den plötzlichen Rücktritt Präsident Jânio Quadros' zu einem neuen Versuch, eine Militär-Diktatur aufzurichten und einen Hieb gegen die demokratischen Kräfte zu führen. In Rio de Janeiro und São Paulo sprengten Panzertruppen und andere Militäreinheiten Kundgebungen und Demonstrationen der Werktätigen. Die Lokale vieler Gewerkschaften wurden geschlossen, ihre Führer verhaftet. Eine strenge Zensur wurde über die Presse verhängt. Auch viele demokratisch gesinnte Offiziere wurden inhaftiert. Die Anführer dieses Komplotts erklärten, sie würden nicht zulassen, daß Vizepräsident Goulart Präsident wird, obwohl das laut Verfassung doch geschehen mußte.

Dieses Komplott war die Ursache zu einer breiten Bewegung zum Schutz der Demokratie. Unter der Losung „Die Verfassung gilt! Goulart muß Präsident werden!“ gingen die Volksmassen auf die Straße. Bei der Aufbietung der Volksmassen zum Kampf gegen das Komplott spielte das organisierte Proletariat die entscheidende Rolle. Es wandte die verschiedensten Formen des Kampfes an, vor allem aber den politischen Streik. In jenen Tagen streikten die Hüttenarbeiter, die Eisenbahner, die Seeleute und Hafentarbeiter. General-

2 Prozent indianischen Ureinwohnern. Portugiesisch ist die Amtssprache. Die Bevölkerung bekennt sich vorwiegend zum katholischen Glauben. Hauptstadt: Brasilia (z. Zt. erst rund 70 000 Einwohner, die Stadt ist eine Neugründung und wurde im Mai 1960 ihrer Bestimmung übergeben). Die frühere Hauptstadt ist Rio de Janeiro mit 2 940 000 Einwohnern. — Brasilien ist ein Agrarland mit einseitig entwickelter Landwirtschaft. In der Industrie sind die Textil- und die Nahrungsmittelindustrie von hervorragender Bedeutung. Es sind reiche Bodenschätze, große Wasserkraftvorräte und riesige Waldbestände vorhanden. Die gesamte Wirtschaft ist stark von nordamerikanischem Kapital durchsetzt.

streiks wurden in Rio de Janeiro und São Paulo durchgeführt.

Am entschiedensten trat die Bevölkerung in den industriell entwickelten Südstaaten Rio Grande do Sul, Santa Catarina, Parana und São Paulo für die Verfassung ein. Der Brennpunkt des Widerstandes war der Staat Rio Grande do Sul. In den Straßen von Porto Alegre, seiner Hauptstadt, wurden Barrikaden gebaut. Arbeiter, Bauern, Studenten und Intellektuelle bildeten eine patriotische Miliz, die bald über 300 000 Mann zählte. Im Staate Goiás wurden ebenfalls Freiwilligentrupps der Patriotischen Miliz aufgestellt. Im ganzen Land entstanden demokratische Widerstandsausschüsse und forderten, daß die Verschwörer von ihren Posten abgesetzt werden.

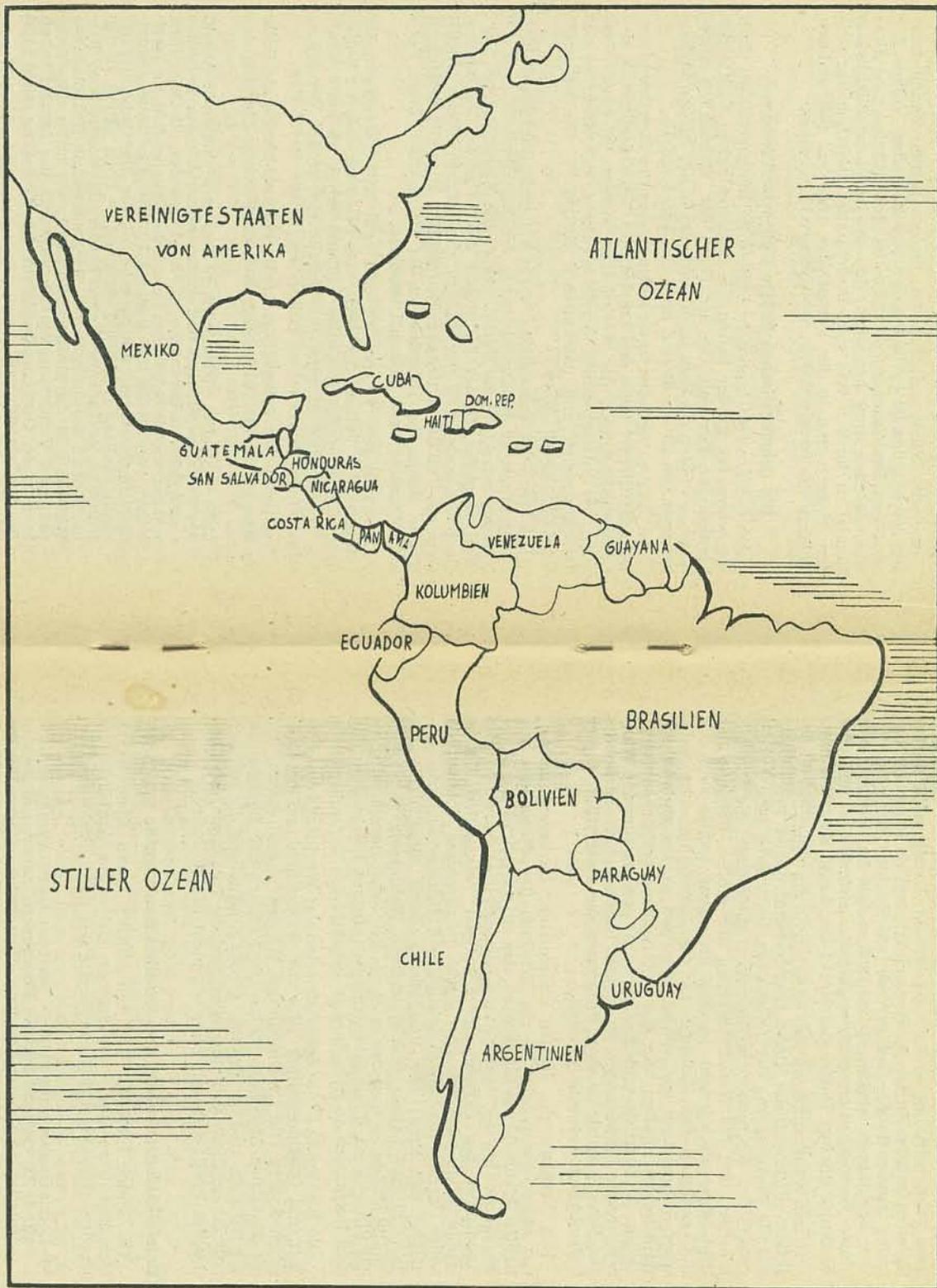
Die Kommunisten und die Sozialistische Partei traten sofort gegen die Verschwörer auf. Diese beiden Parteien veröffentlichten ein gemeinsames Manifest, in dem sie die Pläne der Reaktion enthüllten und das Volk aufriefen, sich hinter Goulart zu stellen. Die Sozialdemokratische Partei und der Nationaldemokratische Verband gelten in Brasilien als Rechtsparteien; aber in dieser für Brasilien so schicksalsschweren Stunde bekannten sich auch viele ihrer Funktionäre, darunter führende, zur Verfassung. Viele Abgeordnete und Senatoren dieser Parteien verurteilten die Absicht der Verschwörer, Goulart nicht Präsident werden zu lassen.

Selbst in der Armee sahen sich die Verschwörer getäuscht. General Lopes, der Befehlshaber der 3. Bundesarmee, die im Süden Brasiliens konzentriert ist, verweigerte Kriegsminister Denys, einem der Hauptführer des Komplotts, den Gehorsam. Lopes erklärte, der Stab der 3. Armee erkenne Goulart als rechtmäßigen Landespräsidenten an. Viele andere Truppenteile vertraten die gleiche Auffassung und verhielten sich entsprechend.

Diese Bewegung zum Schutz der Verfassung hat gezeigt, daß die demokratischen Kräfte in Brasilien erstarkt sind und daß die weitesten Bevölkerungskreise des Landes nach Unabhängigkeit und Fortschritt streben.

Als sich die Verschwörer isoliert sahen, änderten sie ihre Taktik und schlugen einen Kompromiß vor: das Parlament solle einen Zusatz zur Verfassung annehmen, in dem die Befugnisse des Präsidenten eingeschränkt werden. Auf Grund dieses Zusatzes bestimmt der Präsident Brasiliens jetzt die Innen- und Außenpolitik gemeinsam mit dem Ministerrat. Im Kongreß hat eine Mehrheit für den Verfassungszusatz gestimmt. Goulart ist vereidigt und zum Präsidenten von Brasilien ernannt worden.

Im großen und ganzen verheißt die Entwicklung in Lateinamerika den USA nichts Gutes. Der Sieg der Revolution auf Kuba, der Sturz USA-freundlicher Militärdiktaturen in einigen Ländern, schließlich das Scheitern des reaktionären Kom-



allein des Gesetzes über den sogenannten „Schutz der Demokratie“. Mit Hilfe dieses Gesetzes wurde von der Reaktion alles Fortschrittliche und Progressive im Lande erstickt. Die Kommunistische Partei wurde verfolgt, und ihre besten Vertreter wurden in die Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt. Vor vier Jahren, also im Jahre 1958, wurde im Ergebnis von Massendemonstrationen dieses Gesetz aufgehoben und der Kommunistischen Partei das Recht der Legalität zuerkannt.

In der Wahlkampagne 1961 entwickelte die Front der Volksaktion ein konkretes, klares und fortschrittliches Programm, das die Verbesserung der Lebenslage des Volkes, eine Agrarreform zur Übergabe des Bodens an diejenigen, die ihn bearbeiten, und die Nationalisierung der großen Betriebe der USA-Monopole vorsieht. In dem Programm wurde auch die Notwendigkeit des Kampfes für die Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern, für die Entwicklung breiter kommerzieller, kultureller und anderer auf gegenseitigem Vorteil beruhender Beziehungen zu diesen Ländern hervorgehoben; gleichzeitig wurde in dem Programm die Unterstützung der kubanischen Revolution betont.

Das Ergebnis der letzten chilenischen Parlamentswahlen vor etwa einem Jahr ist ein Triumph der demokratischen Kräfte. Mehr als 410 000 Wähler, das ist ein Drittel der Wähler, die sich an der Abstimmung beteiligten, stimmten für die Kandidaten der Parteien der Front der Volksaktion. Dieses Wahlergebnis spiegelt aber nicht den echten Volkswillen wider, wenn man berücksichtigt, daß Hunderttausende Anhänger der Front der Volksaktion keine Möglichkeit zur Stimmabgabe hatten. Das chilenische Wahlgesetz verweigert Analphabeten — und das sind rd. 28 % der Bevölkerung — das Stimmrecht. Jugendliche unter 21 Jahren haben ebenfalls kein Recht, sich an der Wahl zu beteiligen.

Die Wahlen in Chile demonstrierten das Wachstum der Einheit und Geschlossenheit aller demokratischen und patriotischen Kräfte. Die Ergebnisse der Wahlen zeugen davon, daß die einfachen Menschen Chiles die Parteien der Bourgeoisie, der Bankiers und der Besitzer großer Kaufhäuser, die mit den USA-Monopolen verbunden sind und die Interessen des Landes des Profites wegen verraten, nicht unterstützen.

Dominikanische Republik — Trujillos Spuk wurde vertrieben

Der kleine Inselstaat²²⁾ in den Antillen ist zu einem neuen Nervenzentrum der Washingtoner Lateinamerikapolitik geworden. Die demokratischen Kräfte der Dominikanischen Re-

²²⁾ Dominikanische Republik — Staat im Ostteil der Insel Haiti mit 48 700 km² und 2 689 000 Einwohnern, darunter 61 Prozent Mulatten, 29 Prozent Kreolen und 10 Prozent Neger. Die Be-

publik haben eine weitere Schlacht gegen die Schatten des ermordeten Diktators Trujillo geschlagen und gewonnen. Der letzte Mächtegern-Diktator General Echavarría, der zwei Tage lang mit Hilfe der Trujillo-Oligarchie eine Militärdiktatur errichtet hatte, suchte in der vatikanischen Botschaft Asyl. Die Brüder des Diktators Trujillo, die vor ein paar Monaten ihrerseits zu putschen versuchten, sitzen in ihrem luxuriösen Asyl in Miami Beach. Die Familienoligarchie, der zur Zeit der Herrschaft Trujillos buchstäblich das ganze Land gehörte, versuchte zwischen den Putschern so viel Geld aus dem Lande zu bringen und in Gold zu verwandeln, daß es eine ernste Krise auf dem Londoner Goldmarkt gab und die Goldabflüsse aus den Vereinigten Staaten stark anstiegen.

Jahre hindurch hatten Trujillo und der nordamerikanische Imperialismus den Kampf des Volkes der Republik für die Demokratisierung des Landes mit Terror und Repressalien abgewürgt. Allein in der Zeit von Januar bis August 1960 wurden über 2500 Menschen aus politischen Motiven eingekerkert. Im August 1960 mußten 107 Jugendliche in ausländischen Botschaften Zuflucht suchen und ins Ausland gehen, um sich vor den Verfolgungen der Trujillo-Banden zu schützen.

Die Führer der dominikanischen Volksbewegung, einer kleinen politischen Gruppe, die als legale Opposition auftreten wollte, wurden von Faschisten im Dienste des damaligen Regimes auf offener Straße mißhandelt. Die Räumlichkeiten dieser Gruppe wurden demoliert und in Brand gesteckt. Die Führer der Bewegung wurden eingekerkert. Die Trujillo-Tyrannie fabrizierte falsche Anklagen und ließ ihre Marionettengerichte Schuldsprüche fällen. Zahlreiche Angehörige der dominikanischen Volksbewegung verschwanden spurlos, und über ihr Schicksal besteht auch heute noch Ungewißheit; denn zahlreiche Patrioten wurden von der Polizei ermordet.

Im Kampf gegen die proimperialistische Tyrannie Trujillos beteiligten sich verschiedene politische Kräfte einschließlich bedeutender Kreise der katholischen Jugend. An der Spitze dieses Kampfes stand stets die Dominikanische Sozialistische Volkspartei. Sie konnte jedoch in der Vergangenheit nicht die nötige Wirksamkeit erreichen; denn der Diktator Trujillo hat durch jahrelangen Mord und Terror jeden politischen Geist im Lande derart unterdrückt, daß sich jetzt die Parteien erst langsam bilden können und nur dann Lebenschancen haben, wenn das Militär zumindest neutral bleibt.

wohner sind fast ausschließlich katholisch. Amtssprache ist das Spanische. Hauptstadt: Santo Domingo mit 256 700 Einwohnern. — Grundlage der dominikanischen Wirtschaft ist die Landwirtschaft. Die zumeist kleinen industriellen Unternehmen verarbeiten hauptsächlich agrarische Rohstoffe. Die bekannten Bodenschätze sind unbedeutend.

Die revolutionären Kräfte haben ganz besonders während des Echavarría-Putsches durch viele Todesopfer erkennen müssen, daß man nicht mit nackter Brust und dem Ruf „Liberdad!“ gegen Panzer anrennen kann.

Die Dominikanische Republik befindet sich weiter in revolutionärer Gärung. Eine der politischen Schlüsselfiguren scheint der 57jährige Anwalt und Diplomat Dr. Rafael Bonnelly zu sein. Er ist Mitglied einer der führenden Familien des Landes und stand bis zum Januar 1960 selbst im Dienst Trujillos. Als sein jüngster Sohn mit vielen Studenten und Intellektuellen gegen die Diktatur Trujillos rebellierte, wurde er mit diesen zusammen inhaftiert. Nach der Ermordung Trujillos wurde er der Begründer der sich neubildenden „Zivilen Union“, die schnell zur wichtigsten Oppositionspartei heranwuchs. Sein aus dem Gefängnis befreiter Sohn wurde Führer einer radikalen Jugendgruppe, die sich vor allem aus Studenten zusammensetzt.

Dr. Bonnelly, der sich selbst als Liberalen bezeichnet, übernahm, als nach dem letzten Putsch auch die halbdiktatorische Nachfolgeregierung des Präsidenten Balleguer zurücktreten mußte, die provisorische Regierung bis zu den Neuwahlen. Noch ist ungewiß, welchen Weg Bonnelly gehen wird, und es bleibt abzuwarten, in welchem Maße die Dominikanische Sozialistische Volkspartei in die politische Entwicklung eingreifen kann.

Der USA-Imperialismus hat natürlich auch hier wieder seine Hände im Spiel. Washington versuchte durch die Entsendung von Flotteneinheiten vor die Küste der Dominikanischen Republik, Einfluß auf die politische Entwicklung zu nehmen, und drohte bei dem zweiten Putsch mit dem diplomatischen und wirtschaftlichen Boykott. Kennedy gab zu verstehen, daß er möglicherweise zur Gewährung einer Notstandsanleihe von 25 Mill. Dollar bereit sei. Dies natürlich nur dann, wenn die neue dominikanische Regierung eine Demokratie nach amerikanischen Vorstellungen gewährleistet.

Welchen Weg wird die Regierung der Dominikanischen Republik gehen? — Der Kampf der demokratischen Volkskräfte ist noch nicht zu Ende.

Ekuador — der Wind hat sich gedreht

Der Rücktritt der Regierung Ekuadors²³⁾ am 7. November 1961 war das Ergebnis der Aktionen der Volksmassen, die auf Grund des brutalen Vorgehens der Regierungstruppen gegen eine Studentendemonstration organisiert worden waren.

²³⁾ Ekuador — Staat im nordwestlichen Teil des südamerikanischen Kontinents mit 271 000 km² und 3 890 000 Einwohnern (10 Prozent europäischer Herkunft, 39 Prozent Indianer, 41 Prozent Mestizen und 10 Prozent Neger und Mulatten). Amtssprache ist das Spanische. Hauptstadt: Quito (237 000 Einwohner). — Ekuador ist ein rückständiges Agrarland. Die

Entsprechend der Verfassung des Landes mußte Julio Arosemena der Nachfolger des zurückgetretenen Präsidenten Velasco Ibarra werden. Die Ernennung erfolgte am 8. November durch den Nationalkongreß. Dieser Berufung widersetzten sich reaktionäre Kreise der Armee mit Waffengewalt und zwangen dem Land den damaligen Vorsitzenden des Obersten Gerichts, Camillo Gallegos Toledo, auf.

Diese Aktionen der reaktionären Kreise wurde zu einem Fehlschlag. Arosemena wurde von großen Teilen der Luftstreitkräfte und der Marine sowie von den Volksmassen unterstützt, die in einem Kommuniqué erklärt hatten, daß nur der Nationalkongreß den Präsidenten ernennen kann. Noch am gleichen Tage, dem 8. November, bildete Arosemena die neue Regierung.

Der Wechsel der Macht von einer Person zur anderen erfolgt in den Ländern Lateinamerikas häufig und bedeutet keinesfalls immer eine vorteilhafte Veränderung für die betroffenen Länder. Es gibt in Lateinamerika Staaten, die in ihrer Geschichte weit über hundert sogenannte Revolutionen aufweisen können. In Ekuador war es diesmal aber anders. Was verbirgt sich also hinter diesen Ereignissen? Wodurch wurden sie verursacht?

Mehr als ein Drittel der Bevölkerung Ekuadors sind Indianer. Während sie in der Vergangenheit selbst über Grund und Boden verfügten, wurde er ihnen in der Zeit der spanischen Kolonialherrschaft geraubt. Aber auch nach der Erringung der Unabhängigkeit wurde das Leben der Indianer nicht besser, und auch heute noch leben sie unter unmenschlichen Bedingungen. Ihres Bodens beraubt, sind sie gezwungen, auf mittelalterliche Arbeitsbedingungen einzugehen. In Ekuador findet noch das sogenannte Yacipungo-System²⁴⁾ Anwendung.

Die kleinen Pächter befinden sich ebenfalls in einer sehr schwierigen Lage. Sie müssen hohe Pachten für den Boden zahlen und haben nicht das Recht, ihre Erzeugnisse auf dem Markt zu verkaufen, sondern nur über einen Händler. Die Ursachen hierfür liegen mit darin begründet, daß in Ekuador 241 Gutsbesitzer genausoviel Grund und Boden besitzen wie 329 000 Klein- und Mittelbauern. Auch die katholische Kirche besitzt große Ländereien.

Landwirtschaft befindet sich im Zustand der Stagnation. Das Land wird von der United Fruit Comp. ausgeplündert; die Erdölvorkommen sind in Händen einer Tochtergesellschaft der Standard Oil Comp. Die extraktive Industrie macht eine rückläufige Entwicklung durch.

²⁴⁾ Yacipungo-System — Nach diesem System erhält der Indianer einen kleinen Anteil schlechten Bodens zur Bearbeitung und muß dafür vier Tage in der Woche auf den Ländereien des Feudalherren für 75 Centavo pro Tag (weniger als 0,30 DM) arbeiten.

In Ekuador nimmt die Arbeitslosigkeit ständig zu. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Analphabeten.

Das ekuadorianische Volk kennt die Gründe seines Elends; es kennt seine Hauptfeinde, die großen Feudalherren und den nordamerikanischen Imperialismus. Die USA-Monopole haben die Erdöl-Vorkommen an sich gerissen. Die Produktion von Bananen, des wichtigsten Ausführprodukts, wird von dem „grünen Ungeheuer“, der „United Fruit Company“ und ihren Tochtergesellschaften, kontrolliert. Diese Monopolgesellschaft, die in fast allen Staaten Lateinamerikas vertreten ist, bemächtigte sich des Außenhandels und legt die Preise eigenmächtig fest.

Die Imperialisten Nordamerikas nutzen alle Möglichkeiten, um die Preise auch für andere Exportwaren, in der Hauptsache für Kakao und Kaffee, zu senken. Ekuadors Wirtschaft kann sich nur durch umfangreiche Handelsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern stabilisieren. Die nordamerikanischen Märkte sind für die Exportprodukte des Landes kaum aufnahmefähig.

Auch industriell ist Ekuador äußerst schwach entwickelt. Die Imperialisten haben jede Entwicklung in dieser Richtung zu verhindern gewußt, und die von den USA gegebenen Anleihen erfolgten unter den für Ekuador denkbar ungünstigsten Bedingungen.

Arosemena sieht sich mit seiner Regierung schweren Aufgaben gegenüber. Wenn er sich durch seine parteioffene Regierungsbildung auch auf weite Kreise der Bevölkerung stützen kann, es darf doch nicht übersehen werden, daß der größere Teil des Volkes ungeachtet der imperialistischen Unterjochung immer aktiver für seine Rechte und Freiheiten eintritt. Im ganzen Land wird eine durchgreifende Agrarreform gefordert. Die Bauern bilden eigene Gewerkschaften und andere Organisationen. Ihr Ziel ist die Herstellung der Aktionseinheit aller Werktätigen mit der Konföderation der Werktätigen Ekuadors an der Spitze.

Die Solidarität des ekuadorianischen Volkes mit der kubanischen Revolution begünstigt den Zusammenschluß der patriotischen und demokratischen Kräfte des Volkes. Diese Tatsache zwang schon die ehemalige Regierung Velasco Ibarra, Beziehungen zu Kuba zu unterhalten und für die Verteidigung des Prinzips der Selbstbestimmung des Volkes und gegen die Intervention in Kuba einzutreten. Die USA aber, denen es um eine Koalition gegen Kuba ging, wollten nicht warten, bis die Regierung Ibarra unter ihrem Druck eine kubafeindliche Haltung beziehen würde. Deshalb sollte die Unzufriedenheit des Volkes mit der Innenpolitik Ibarras ausgenutzt werden und die Regierung Ibarra durch eine reaktionäre Militärdiktatur ersetzt werden.

Arosemena befindet sich in einer nicht einfachen Situation. Sein parteioffenes Kabinett vereint Vertreter fast aller Par-

teien, die Kommunisten ausgenommen, und auch parteilose Volksvertreter. Das bedeutet, daß er in all seinen Entschlüssen spezielle Parteiansichten berücksichtigen muß. Andererseits ist Arosemena selbst ein Mann, der aus Kreisen der Großbourgeoisie stammt, und auch dadurch gewissen Einengungen in seinem politischen Wirken unterworfen. Verrät Arosemena die Interessen des Volkes und verbindet er sich gleich seinem Vorgänger mit der einheimischen Oligarchie, werden seine Tage als Regierungschef gezählt sein. In Ekuador besteht die Basis für einen breiten Massenkampf, der die Lage des Landes radikal verändern muß.

Die Kommunistische Partei Ekuadors unterstützt die Regierung Arosemena; sie hat zu der Bildung einer breiten nationalen Bewegung — der nationalen Befreiungsfront — aufgerufen. Diese Front soll die Arbeiter, die Bauern, die städtischen Mittelschichten, die Studenten, die Lehrer, Handwerker, Angestellten sowie auch gewisse Kreise der nicht im Dienst des Imperialismus stehenden Bourgeoisie vereinen.

Diesen Kräften stemmen sich die volksfeindlichen und anti-patriotischen Kräfte Ekuadors entgegen: die Feudalherren und ihre Parteien — die Konservative Partei, die Sozial-Christliche Gruppe —, die Vertreter der Bourgeoisie, die im Dienst des Imperialismus stehen und die Führung der Liberalen Partei an sich gerissen haben, die oberen Schichten der Katholischen Kirche und die imperialistischen Agenten.

Die Ereignisse in Ekuador bestätigen die Richtigkeit des Weges, auf dem das Volk — mit oder ohne die Regierung Arosemena — zu seiner Befreiung schreitet. Dieser Weg wird das ekuadorianische Volk zur Befreiung von USA-Imperialismus und feudalem Joch führen.

El Salvador sucht den Weg zur nationalen Befreiung

El Salvador²⁵⁾ wird zur Zeit von einem USA-hörigen Regime der Großbourgeoisie regiert. Regierungspartei ist die Revolutionäre Partei der Demokratischen Union, die die Belange der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer wahrnimmt und engste Beziehungen zu den USA-Monopolen unterhält. Ihre Politik ist antidemokratisch und antinational, sie ist gegen die Interessen des Volkes gerichtet, dessen überwältigende Mehrheit in Not und Elend lebt.

²⁵⁾ El Salvador — Staat in Mittelamerika mit 34 125 km² und 2 345 000 Einwohnern, darunter etwa 75 Prozent Mestizen, 15 Prozent Indianer, 10 Prozent Spanier und Kreolen. Amtssprache ist das Spanische. Das Glaubensbekenntnis ist römisch-katholisch. Hauptstadt: San Salvador mit 191 000 Einwohnern. — El Salvador ist ein rückständiges Agrarland, dessen Landwirtschaft vorwiegend Kaffee in Monokulturen anbaut. Die Industrie ist denkbar schwach entwickelt und stellt Erzeugnisse für den Inlandsbedarf her. Lediglich auf dem Gebiet der Kaffeeaufbereitung verfügt El Salvador über größere Betriebe.

El Salvador ist ein rückständiges Agrarland, dessen Landwirtschaft überwiegend Kaffee anbaut, daneben auch Baumwolle und Sisalagaven²⁶⁾. Es handelt sich dabei aber um Exportkulturen, die überwiegend von den Großgrundbesitzern angebaut werden. So entfallen beispielsweise 83 Prozent der Gesamtfläche der Kaffeepflanzungen auf nur 15 Prozent der Betriebe. Die verschiedenen Formen der Pacht (Geld-, Teil- und Halbpacht) unterwerfen die Bauern erniedrigenden Bedingungen, die ihnen kaum das Existenzminimum gewähren. Die Bauern sind im Absatz ihrer Erzeugnisse von den Aufkäufern abhängig, die zugleich gegen Wucherzinsen (bis zu 12 Prozent) Kredite vergeben.

Die Wirtschaft El Salvadors ist von ausländischem, hauptsächlich USA-Kapital durchdrungen. Amerikanische Monopole beherrschen das Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen sowie die Goldgewinnung des Landes. Auch militärisch wurde El Salvador durch seinen Beitritt zum Vertrag über die gemeinsame Verteidigung der westlichen Hemisphäre den USA unterworfen.

Unter dem Druck der USA-Imperialisten wurde 1952 die „kommunistische Propaganda“ unter Gefängnisstrafe gestellt. Seit dieser Zeit, also mit dem Beginn der Amtszeit des Präsidenten Oscar Osorio (Revolutionäre Partei der Demokratischen Union), wurden die demokratischen Freiheiten und sozialen Rechte der Bevölkerung nach und nach abgebaut.

Für fast 2,5 Millionen Einwohner des Landes stehen keine 400 Ärzte und nur 3 853 Krankenhausbetten zur Verfügung. Rund 60 Prozent der Bevölkerung über 10 Jahre sind Analphabeten.

Die revolutionären Ereignisse in Kuba haben den Freiheitswillen des Volkes von El Salvador neu belebt, und der Gewerkschaftsbund, mehrere andere fortschrittliche Organisationen der Arbeiterschaft und die Revolutionäre Partei „April und Mai“ fanden sich zu gemeinsamen Solidaritätskundgebungen für Kuba zusammen. Sie erhoben Protest gegen die Haltung der Delegation El Salvadors auf der Außenministerkonferenz der OAS in Punta del Este, die bekanntlich den Ausschluß Kubas aus der OAS befürwortete. Diese Kundgebungen wandten sich gegen die Intrigen der USA und des Imperialismus und gegen die Unterdrückung Lateinamerikas unter dem Deckmantel des Antikommunismus.

Diese ersten gemeinsamen Kampfkationen lassen erkennen, daß sich auch in El Salvador eine einheitliche, demokratische und antiimperialistische Einheitsfront zu bilden beginnt, in der die Revolutionäre Partei „April und Mai“ und die patriotische Studentenbewegung eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen werden.

²⁶⁾ Sisalagaven – tropische Agavenart, aus deren Blättern grobe Fasern zur Herstellung von Säcken, Stricken oder Bindegar-
nen gewonnen werden.

Guatemalas Kampf für eine antiimperialistische Politik

Die derzeitige Regierung Guatemalas²⁷⁾ unter dem reaktionären General Fuentes sieht sich heute einer breiten Unzufriedenheit des guatemalteckischen Volkes gegenüber. Diese Unzufriedenheit ist hauptsächlich auf das Terror-Regime und die Krisenerscheinungen in der Wirtschaft zurückzuführen. Die Krisenerscheinungen sind auch der Grund dafür, daß sich außer den Werktätigen auch selbst breite Kreise der Bourgeoisie gegen die Regierung Fuentes stellen. Die Entwicklung ist bereits soweit fortgeschritten, daß sich die Regierung nicht einmal mehr auf die gesamte Armee verlassen kann. Die Unzufriedenheit, die im ganzen Lande herrscht, greift auch in der Armee immer mehr um sich.

Besonders nach einem militärischen Aufstand im November 1960, an dem über 200 Offiziere beteiligt waren, hat sich gezeigt, wie schwach die jetzige USA-hörige Regierung ist. In der letzten Zeit hat deshalb die Regierung Fuentes in starkem Maße zu Folterungen, Kerkerstrafen und Ausweisungen gegriffen. Angesichts dieser Lage würde eine einheitliche Organisation des guatemalteckischen Volkes diesem Terror-Regime entscheidend entgegenzutreten können. Aber die politische Organisation des Volkes und die Gewerkschaftsbewegung sind noch schwach entwickelt.

Diese Schwächen haben natürlich ihre Ursache, die vor allem in folgendem zu suchen sind: Nach dem Sturz der revolutionär-demokratischen Regierung Arbenz im Jahre 1954 durch den USA-Günstling Oberst Armas und seine bewaffneten Söldner wurden gegen die Arbeiter besonders schändliche Unterdrückungsmaßnahmen angewandt; weiter wurden alle Errungenschaften des Volkes, die unter der Regierung Arbenz erkämpft worden waren, beseitigt; es wurde den Landarbeitern und Bauern verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren; dies war möglich, weil die Gewerkschaftsbewegung in Guatemala an sich über keine Traditionen verfügt. Obwohl es Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung schon in den zwanziger Jahren gab, wurden die von ihr organisierten spontanen Kämpfe in den Jahren der Diktatur grausam unterdrückt und niedergeschlagen. Die junge und schwachentwickelte Arbeiterklasse Guatemalas besitzt zum Teil noch

²⁷⁾ Guatemala – Staat in Mittelamerika mit 108 900 km² und 3 349 000 Einwohnern, davon rund 60 Prozent Indianer; der Rest sind Mestizen, Kreolen spanischer Herkunft und Neger. Amtssprache ist das Spanische. Der katholische Glaube herrscht vor. Hauptstadt: Guatemala (350 000 Einwohner). – Guatemala ist ein rückständiges Agrarland. Die Landwirtschaft ist ökonomisch am bedeutungsvollsten, vor allem die auf Plantagen angebauten Kulturen (Kaffee und Bananen). Die Industrie ist nur geringfügig entwickelt. Die Wirtschaft wird in starkem Maße vom amerikanischen Monopolkapital beherrscht.

kein entwickeltes Klassenbewußtsein. Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse zwar zahlenmäßig gewachsen, aber wenig entwickelt ist, hemmt die Entwicklung einer Gewerkschaftsbewegung.

Hervorzuheben ist die sehr gute Organisation der Studenten in Guatemala. Große Teile der Studenten sind bestrebt, ihre Verbindung mit der Arbeiterklasse immer mehr zu erweitern und zu festigen. Das ist für ein Land mit einer schwachentwickelten Arbeiterklasse und halbfeudalem Charakter von großer Bedeutung; denn in diesem Falle sind die Studenten die Kräfte, die die Möglichkeit haben, sich mit der revolutionären Literatur vertraut zu machen und ihre Kenntnisse weiterzugeben. Dies ist unerlässlich, wenn man bedenkt, daß rund 72 Prozent der Bevölkerung Analphabeten sind.

Bezüglich der nationalen Bourgeoisie treffen die Feststellungen der Moskauer Erklärung des Jahres 1960 auch auf die Lage in Guatemala voll und ganz zu. In der Erklärung wurde gesagt, daß unter den jetzigen Umständen die nicht mit den imperialistischen Kreisen verbundene nationale Bourgeoisie der kolonialen und abhängigen Länder objektiv daran interessiert ist, daß die Hauptaufgaben der antiimperialistischen, antifeudalen Revolution gelöst werden.

In Guatemala kann man die Bourgeoisie in zwei Gruppen einteilen: die nationale Bourgeoisie, deren Interessen denen der Imperialisten entgegenstehen, und demgegenüber die Kompradonbourgeoisie, die mit dem USA-Imperialismus eng verbunden ist. Von einer Kleinbourgeoisie kann man in Guatemala nicht sprechen. Im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen die Bourgeoisie über starke Positionen verfügt, ist das in Guatemala nicht der Fall.

Die Wirtschaft Guatemalas wird in starkem Maße von Monopolen und Gesellschaften der USA, wie der „United Fruit Company“, der „International Railways of Central America“ und der „Expreß Electric“, beherrscht. Auch westdeutsche Monopole versuchen heute in immer stärkerem Maße, ihren Einfluß in Guatemala geltend zu machen. Die raubgierigste der amerikanischen Gesellschaften ist auch hier wieder die „United Fruit Company“, die riesige Flächen des Landes, Plantagen, Eisenbahnen und die Schifffahrt beherrscht. Sie allein verfügt über 14 Prozent des Bodens. Ihre ausgedehnte Herrschaft und ihre Monopolstellung in anderen Unternehmen ermöglichen es ihr, jährlich enorme Profite zu erzielen. Die unerträglichen Arbeitsbedingungen, das Elend und der Hunger der Werktätigen Guatemalas enthüllen die verlogenen Behauptungen der Imperialisten und ihrer Ideologen, daß die Tätigkeit der amerikanischen Monopole Guatemala „Zivilisation“ und „wirtschaftlichen Aufstieg“ gebracht hätte.

Den Machenschaften der USA-Monopole hat das guatemaltekeische Volk niemals tatenlos zugesehen. Ausdauernd und

beharrlich war und ist sein Kampf gegen den Imperialismus. Haupttriebkraft dieses Kampfes ist die Guatemaltekeische Partei der Arbeit; sie forderte erst kürzlich in einer Erklärung die Bildung einer revolutionären, demokratischen und patriotischen Regierung, die an die Stelle der USA-hörigen Regierung Fuentes treten soll. In der Erklärung fordert diese Partei gleichzeitig ein breite Einheitsfront aller Kräfte, die für eine konsequente Lösung der wichtigsten nationalen Probleme eintreten. Die Bevölkerung Guatemalas wird aufgerufen, den Kampf für die Umgestaltung der halbfeudalen Landwirtschaft und für eine entschieden antiimperialistische Politik aufzunehmen. Das Leitprinzip dieser Politik soll die Verteidigung der patriotischen und freiheitlichen Traditionen des Volkes sein. Weiter will die Einheitsfront für die vollständige Wiederherstellung der nationalen Souveränität und für die Anerkennung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker kämpfen.

Haiti – erste Negerrepublik der Welt

Die Negerrepublik Haiti²⁸⁾ wurde im Jahre 1804 proklamiert. Sie verdankte ihre Entstehung der Tatsache, daß rund 95 Prozent der Bevölkerung Neger sind. Derzeitige Regierungspartei ist die Bewegung der Arbeiter und Bauern, die 1950 gegründet wurde, die einzige noch legale Partei ist und ausschließlich die Interessen der nationalen Bourgeoisie wahrnimmt.

Die 1943 gegründete Kommunistische Partei (seit 1944 Sozialistische Volkspartei) wurde 1948 für ungesetzlich erklärt. Eine Anzahl fortschrittlicher Gewerkschaftsorganisationen wurden schon 1946 verboten, die anderen unterstehen seither der Regierungskontrolle.

Die Wirtschaft Haitis unterliegt in starkem Maße dem Einfluß nordamerikanischer Monopole, die vor allem an dem Abbau der sehr umfangreichen Bauxitvorkommen interessiert sind.

In der Landwirtschaft wurden der gemischten Haitisch-Amerikanischen Gesellschaft zur Entwicklung der Landwirtschaft riesige Landflächen überlassen, auf denen vorwiegend Kaffee, Sisal, Zucker, Baumwolle, Ölfrüchte und Bananen angebaut werden, die ausschließlich für den Export bestimmt sind.

²⁸⁾ Haiti – Staat in Mittelamerika mit 27 750 km² und 3 400 000 Einwohnern, von denen rund 95 Prozent Neger sind. Die Amtssprache ist das Französische. Die Bevölkerung bekennt sich überwiegend zum römisch-katholischen Glauben. Die Mehrzahl der Einwohner spricht Kreol, einer Mischung von Französisch, Spanisch, Indianisch und Afrikanisch. Hauptstadt: Port au Prince (152 000 Einwohner). – Haiti ist ein Agrarland mit wenig entwickelter Industrie. Letztere besteht überwiegend aus Kleinbetrieben, die Waren für den Inlandsmarkt herstellen. Die Wirtschaft wird von ausländischem Kapital beherrscht.

Seit Gründung der Haitisch-Amerikanischen Gesellschaft zur Entwicklung der Landwirtschaft, die in Wahrheit ein nordamerikanisches Unternehmen zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes ist, setzte eine Verarmung der Bauern ein, die nach und nach ihr Land an diese Gesellschaft verloren. Charakteristisch für die Bodennutzung in Haiti ist die Vielzahl kleiner Landstücke.

Große Landkäufe nahm auch die amerikanische Gesellschaft Haytian American Sugar Co., S. A. vor, als das Gesetz, das Ausländern den Erwerb von Grundeigentum untersagte, aufgehoben wurde. Die Gesellschaft beschäftigt sich ausschließlich mit dem Anbau von Zuckerrohr, das für den Export bestimmt ist.

Haiti ist unter dem Einfluß und dem Druck der amerikanischen Vorherrschaft ein in jeder Beziehung unterentwickeltes und rückständiges Land. Die Lage der werktätigen Massen ist infolge der sehr geringen Löhne, einer äußerst schlechten Sozialfürsorge und ungenügender Wohnverhältnisse denkbar ungünstig. Proportional zu dem ständig steigenden Gesamtpreisindex steigt auch die Arbeitslosigkeit in Haiti.

Unter dem strengen Regime der Staatspartei sind dem Volk von Haiti wenig demokratische Freiheiten verblieben und vor allen Dingen keine legale Möglichkeit, sich zu einem nationalen und demokratischen Befreiungskampf zu organisieren.

Honduras unter dem Diktat der USA-Imperialisten

„Wenn die Hondurener, um mit den Worten eines jungen Dichters zu sprechen, früher gedacht haben, daß das Wort ‚Heimat‘ sich mit sechs Buchstaben schreibe, so wissen sie jetzt, daß es mit unzähligen Tränen geschrieben wird und daß dahinter ein unglückliches Land steht, wo unzählige Menschen an der Ausbeutung sterben, wo viele nicht wissen, was Brot ist.“ So beginnt Celedonio Fuentes aus Tegucigalpa einen Brief, in dem er aus Honduras ²⁹⁾ berichtet.

Diese wenigen Zeilen charakterisieren die wahren Verhältnisse in Honduras. Bis 1954 war die einzige entscheidende Kraft in Honduras der USA-Imperialismus, der durch die Bananengesellschaften und die Kompradorenbourgeoisie herrschte. Die direkten Kapitalanlagen der USA werden auf

²⁹⁾ Honduras — Staat in Mittelamerika mit 112 000 km² und 1 711 000 Einwohnern (91 Prozent Mestizen). Amtssprache ist das Spanische. Die Bevölkerung bekennt sich überwiegend zum römisch-katholischen Glauben. Hauptstadt: Tegucigalpa (100 000 Einwohner). — Honduras ist ein rückständiges Agrarland, dessen Landwirtschaft einseitig auf den Anbau weniger Exportkulturen (Bananen, Kaffee) spezialisiert ist. In den letzten Jahren hat die Viehwirtschaft eine günstige Entwicklung genommen. Von den vorhandenen Mineralien werden die Gold- und Silbervorkommen durch kanadische und amerikanische Unternehmen ausgebeutet.

380 Millionen Lempiras³⁰⁾ geschätzt. Die USA-Monopole sind die mächtigsten Latifundienbesitzer und Kapitalisten des Landes. Zusammen mit den einheimischen Gutsbesitzern verfügen sie über 1 427 123 ha Land, während 94,9 Prozent der Betriebe nur 1 080 291 ha besitzen.

Nachdem diese Kräfte die ersten revolutionären Aktionen der Arbeiter und Bauern in den Jahren 1931 und 1932 niedergeschlagen und die junge Kommunistische Partei Honduras' (gegründet im Jahre 1927) zerschlagen hatten, errichteten sie eine blutige Diktatur. Die USA-Monopole wurden von den Steuern befreit und erzielten in den Jahren 1932 bis 1943 allein dadurch 142 Millionen Lempiras zusätzlichen Gewinn. (Das Steueraufkommen, das der Staat während der ganzen Periode erhielt, machte nur 115 Millionen Lempiras aus.) Laut den Abkommen vom Jahre 1949 mit der „United Fruit Company“ unterstand dieses Monopol nicht mehr der Rechtsprechung der Honduraner Behörden, und Honduras verwandelte sich faktisch in die Kolonie dieser Gesellschaft. Das bilaterale³¹⁾ Militärabkommen mit den USA stellte die Armee unter die uneingeschränkte Kontrolle der nordamerikanischen Militärkommission. Verantwortlich für diesen Verrat sind die halbfeudalen Gutsbesitzer und die Kompradorenbourgeoisie, die sich in der Nationalistischen (konservativen) Partei und der National-Reformistischen Bewegung gruppiert haben.

Im Ergebnis des demokratischen Aufschwungs, der durch die Zerschlagung des Faschismus im zweiten Weltkrieg ausgelöst worden war, gründeten revolutionäre Arbeiter sowie Vertreter der kleinen und antiimperialistischen Bourgeoisie im Jahre 1944 ihre illegale politische Organisation mit einem fortschrittlichen Programm der nationalen Befreiung. Das war die Revolutionär-Demokratische Partei von Honduras, die bei der Entlarvung der Gewaltherrschaft der USA-Monopole und ihrer Verbündeten eine wichtige Rolle gespielt hat. Die Repressalien der Regierung und die innere Schwäche der Partei, die darauf zurückging, daß sie in ihrer Zusammensetzung nicht homogen³²⁾ war, führten die Partei zum Niedergang. Aus den Resten der Partei bildeten sich marxistische Zirkel, die sich 1954 zur Kommunistischen Partei Honduras zusammenschlossen.

Es war kein Zufall, daß die Partei in den Tagen der Vorbereitung des größten Streiks der Landarbeiter, der Docker und der Eisenbahner in der Geschichte des Landes geboren wurde. Die „Mai-Streiks“ des Jahres 1954 bahnten den folgenden demokratischen Errungenschaften den Weg, leiteten eine neue Etappe im Leben des Landes ein, für die das Auf-

³⁰⁾ Lempiras — 1 Lempira = 50 USA-Cent

³¹⁾ bilaterale — zweiseitig

³²⁾ homogen — gleichartig, übereinstimmend

treten der Arbeiterklasse als eines wichtigen Faktors im politischen Kampf charakteristisch ist. Es wurden die ersten Arbeitsgesetze in Honduras erlassen, die Frauen erhielten Bürgerrechte usw. Während der USA-Imperialismus bis dahin in Honduras ganz ungeniert und offen vorging, mußte er seit den „Mai-Streiks“ nach raffinierteren Methoden zur Unterwerfung des Landes suchen.

Unter dem Druck der Volksmassen mußte die Regierung die Präsidentschaftswahlen erstmalig unter den Bedingungen einer relativen Freiheit durchführen. Es siegte Ramón Villeda Morales, der Kandidat der Liberalen Partei, die Ende des 19. Jahrhunderts die bürgerliche Revolution unter der Losung des Kampfes gegen die Kirche und die Gutsbesitzer vollzogen hatte. Diese Partei, die in den dreißiger und vierziger Jahren Verfolgungen ausgesetzt war, genoß die Unterstützung der Volksmassen.

Aber die Oligarchie des Landes erkannte den Sieg der Liberalen nicht an. Das Tyrannenregime blieb bestehen. Darauf wurde von der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften eine demokratische Front geschaffen: das Patriotische Komitee zum Schutze der Volksrechte. Die Führer der Liberalen Partei verzichteten unter dem Druck der USA-Monopole und der Armeeführung auf ihr fortschrittliches Programm, nahmen, um selbst an der Macht zu bleiben, Beamte aus der National-Reformistischen Bewegung in die Regierung und verrieten das Volk um den Preis der Zusicherung einer Millionenanleihe von den USA.

Selbst die wenigen fortschrittlichen Maßnahmen der Regierung Villeda, die in der Folgezeit vollzogen wurden, riefen bei den Imperialisten Verärgerung hervor. Die USA-Monopole organisierten einen Druck auf die Hondurener Regierung, von innen mit Hilfe der Armee und von außen unter Einsatz der sogenannten „Befreiungskräfte“, die sich auf dem Territorium von Nikaragua unter Oberst Velasquez zusammengedrängt hatten.

In einer solchen Situation machte die Regierung der Liberalen im Dezember 1958 neue Zugeständnisse an die Imperialisten. Die Arbeitsgesetzgebung erhielt eine noch ausgeprägtere arbeiterfeindliche Ausrichtung. Es erfolgten Arbeiter-Aufstände, die aber mit militärischen Mitteln niedergeschlagen wurden. Die Regierung schwenkte noch weiter nach rechts und erließ das „antikommunistische“ Dekret Nr. 183, das die demokratischen Presseerzeugnisse verbot. Fortschrittliche Partei- und Gewerkschaftsführer wurden verfolgt, gefoltert und eingekerkert. Die Schaffung neuer Organisationen der Bauernschaft wurde verboten.

Die antidemokratischen Handlungen der Regierung Villeda, die unter der Flagge des Antikommunismus durchgeführt

wurden, verstärken die Abhängigkeit des Landes von den USA-Imperialisten und die Willkür des Militärklüngels.

Das Volk sieht dieser Entwicklung nicht tatenlos zu. Es wurden gemeinsame Komitees der Arbeiter und Studenten gebildet, die sich für die demokratische Freiheit, für die Souveränität und die Unabhängigkeit von Honduras einsetzen und gegen die proamerikanische Politik der Militaristen, für die Nichteinmischung der Regierung und der Unternehmer in die Angelegenheiten der Gewerkschaften sind. Die Komitees der Arbeiter und Studenten sind bestrebt, die Bauern zu organisieren, und fordern die Durchführung einer Agrarreform. Sie unterstützen die Streiks der Arbeiter in den USA-Betrieben.

Dadurch erschließen sich den demokratischen und antiimperialistischen Kräften Honduras neue Perspektiven. Es werden günstige Bedingungen geschaffen, um die Macht der Reaktionäre und der Imperialisten zu brechen und das Volk von Not und Ausbeutung zu befreien.

Kolumbien – die Krise des oligarchischen Systems

Kolumbien³³⁾ ist seit geraumer Zeit von ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen, die durch die Herrschaft des USA-Imperialismus ausgelöst worden sind. In den letzten Jahren sind ganze Industriezweige nach und nach unter die Kontrolle des nordamerikanischen Kapitals geraten.

Die Landwirtschaft Kolumbiens ist zurückgeblieben; das offenbart sich vor allem darin, daß der Boden zu einem großen Teil primitiv genutzt wird und daß solche Formen der Pacht wie Halbpacht, Teilpacht, Naturalzins, Abarbeiten auf dem Gutsbesitzerland usw. weit verbreitet sind.

Von den 114 Millionen ha Land in Kolumbien werden nur 33 Millionen ha genutzt, davon 30 Millionen ha für die Viehwirtschaft. 70 Prozent dieses Landes sind natürliche Weiden, in die nichts investiert worden ist. Obgleich die wenigen Hirten in der einen oder der anderen Form Lohn erhalten, trägt

³³⁾ Kolumbien – Staat im Nordwestteil Südamerikas, einschließlich der Inseln Providencia, San Andrés, Courtown Bank und Albuquerque Cays in der Karibischen See sowie der Insel Malpelo im Stillen Ozean. Kolumbien umfaßt 1 139 200 km² und hat 13 227 000 Einwohner. Die Bevölkerung setzt sich vorwiegend aus Mestizen, Nachkommen europäischer Siedler und Mulatten zusammen. Amtssprache ist das Spanische, das Glaubensbekenntnis ist überwiegend römisch-katholisch. Hauptstadt: Bogotá (800 000 Einwohner). – Kolumbien ist ein schwachentwickeltes Land. Die auf den Anbau von Kaffee spezialisierte agrarische Produktion bildet die Grundlage der Wirtschaft. Die Erdöl- und Goldgewinnung steht hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung an zweiter Stelle. Die verarbeitende Industrie setzt sich vorwiegend aus Betrieben zur Aufbereitung von Rohstoffen zusammen.

ein solcher Typ der extensiven³⁴⁾ Viehwirtschaft halbfeudalen Charakter.

Für die Viehwirtschaft werden fruchtbare Täler und Ebenen beansprucht, während unebenes Gebiet und Bodenstücke an den Berghängen, wo Maschinen schwerlich einzusetzen sind, der Feldwirtschaft überlassen werden. Das verschlechtert die Lage der Landarbeiter und der kleinen Pächter noch mehr. Wenn auch die letzten Angaben über die soziale Differenzierung im Dorfe fehlen, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß es insgesamt in Kolumbien etwa 500 000 arme Pächter gibt; und das entspricht rund 20 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung im Dorfe.

Bekanntlich kam es in Kolumbien zu regelrechten Bauernkriegen gegen die Gewaltherrschaft der reaktionären Diktaturen, die dem Volk vom nordamerikanischen Imperialismus aufzuzwingen worden waren. In einigen Gebieten Kolumbiens besteht auch jetzt noch eine starke Bauernbewegung, doch sie ist nicht im Landesmaßstab zu einem einheitlichen Ganzen organisiert und verliert daher an Wirksamkeit.

Der Außenhandel Kolumbiens wird durch die Kaffeefuhr bestimmt. Das spiegelt sich in der Entwicklung der gesamten Wirtschaft Kolumbiens wider; denn das Land beschafft sich die für den Import benötigten Devisen fast zu 90 Prozent aus dem Kaffee-Export. Die Kaffeepreise sinken unerbittlich: von 90 Cents je Pfund im Jahre 1954 auf 43 Cents (amerikanischer Währung) als heutiger Preis.

Indessen steigen die Preise für die eingeführten Erzeugnisse immer weiter. Der nicht äquivalente Austausch mit den Monopolen der USA bedeutet für Kolumbien einen ungeheuerlichen Aderlaß. Aus den von der Wirtschaftskommission der UNO für Lateinamerika veröffentlichten Zahlen geht hervor, daß die Bedingungen für den Warenaustausch immer schlechter werden. So erhielt Kolumbien im Jahre 1960 für die ausgeführten Waren fast um die Hälfte weniger Einfuhrgüter als im Jahre 1954.

In den letzten Jahren haben sich unter der kolumbianischen Bourgeoisie monopolistische Tendenzen entwickelt und zur Herausbildung einer mit den USA-Monopolen eng liierten Oligarchie von Großkapitalisten und Gutsbesitzern geführt. Gerade diese Oligarchie oktroyiert dem Lande die proamerikanische Politik der „Stabilisierung“, der „harten Wirtschaft“, die sowohl den nordamerikanischen als auch den kolumbianischen Monopolen riesige Profite einbringt.

Die Durchführung dieser Politik hat ein Absinken des Lebensstandards der Massen zur Folge. Es wächst die Zahl der

³⁴⁾ extensiv – räumlich ausgedehnt, umfassend; extensive Wirtschaft: auf großer Fläche mit geringem Aufwand betriebene Landwirtschaft.

Arbeitslosen, da die sich entwickelnde Industrie keine neuen Arbeitskräfte aufnimmt. Die Kapitalisten wenden Antreibermethoden an; die Bauernschaft wird von einer neuen Welle der Gewalttaten bedroht.

Der Internationale Währungsfonds und seine Zwillinge, die Internationale Bank für Rekonstruktion und Entwicklung sowie die Interamerikanische Bank für Entwicklung, schalten und walten immer ungenierter in der kolumbianischen Wirtschaft. Der vor kurzem erfolgte Beitritt Kolumbiens zur Lateinamerikanischen Freihandelsvereinigung stellt einen Versuch dar, Illusionen darüber zu verbreiten, daß eine selbständige industrielle Entwicklung des Landes möglich sei, auch ohne mit der Abhängigkeit vom USA-Imperialismus zu brechen.

Während das Volk für die Lösung seiner dringenden Probleme kämpft und die Schaffung demokratischer Rechte und Freiheiten fordert, verschärft sich der Druck der Regierung in entgegengesetzter Richtung immer mehr. Sie ist bestrebt, die wachsende demokratische Opposition zu erledigen.

Zusammen mit den USA-Monopolen gibt die Großbourgeoisie riesige Summen für die antikommunistische Propaganda aus. Man ging sogar so weit, eine unter der Bezeichnung „Schwarze Hand“ bekannte terroristische Organisation zu gründen, die dazu bestimmt ist, die aktiven Teilnehmer und die Führer der fortschrittlichen Bewegung zu beseitigen.

Die derzeitige Lage in Kolumbien zeigt, daß die objektiven Bedingungen für die Entwicklung der Revolution heranreifen und daß es demnach möglich wird, die Krise, die alle Aspekte des wirtschaftlichen und politischen Lebens im Lande erfaßt hat, radikal zu lösen.

Kostarika im Schlepptau der amerikanischen Imperialisten

Seit dem Einfall bewaffneter Gruppen aus Nikaragua unter der Führung des Sohnes des früheren Präsidenten Picado, eines Zöglings der Militärakademie West Point (USA), werden die demokratischen Freiheiten und Errungenschaften in Kostarika³⁵⁾ allmählich beseitigt. Das State Department³⁶⁾ der USA und die oligarchischen Kreise Kostarikas versuchen,

³⁵⁾ Kostarika – Staat in Mittelamerika mit 50 900 km² und 1 035 000 Einwohnern, davon 80 Prozent Kreolen. Amtssprache ist das Spanische. Die Bevölkerung bekennt sich überwiegend zum römisch-katholischen Glauben. – Kostarika ist ein Land, dessen Landwirtschaft einseitig auf den Anbau einiger Exportkulturen spezialisiert ist (Kaffee, Bananen und Kakao). Die United Fruit Co. kontrolliert rund 60 Prozent der Gesamtausfuhr. In der Industrie gibt es eine bedeutende Anzahl kleiner Unternehmen, die Nahrungsmittel, Schuhe, Bekleidung und andere Gebrauchsgegenstände für den Inlandsmarkt herstellen.

³⁶⁾ State Department – das Auswärtige Amt der USA

die linken Kräfte des Landes und insbesondere die Arbeiterklasse und ihre Partei zu lähmen. Die von den Kommunisten unterstützte Sozialistische Partei Kostarikas (Partido Socialista Costaricense) wurde verboten. Die Kommunistische Partei Kostarikas (Partei der Volksavantgarde Kostarikas) wurde 1948 durch den antikommunistischen Aufstand von Ulate³⁷ und Figueres³⁸) in die Illegalität gedrängt. Seitdem ist sie illegal. Die Agrarpartei durfte sich ebenfalls nicht für die Teilnahme an den Wahlen registrieren lassen.

Die allmähliche Beseitigung der demokratischen Einrichtungen Kostarikas unter dem Einfluß der USA und insbesondere unter dem Druck der United Fruit Co. stößt auf den Widerstand der Volksmassen, die sich immer entschlossener zum Kampf erheben. Trotz schärfster Repressalien ist die Partei der Volksavantgarde Kostarikas gerade in der letzten Zeit gewachsen. Die Gewerkschaftsbewegung, in der bislang (mit Ausnahme der Zone der Bananenplantagen) eine gewisse Stagnation herrschte, zeigt eine Tendenz zur Festigung. Die Bauernbewegung erlangte nie dagewesene Ausmaße. Die Forderung nach einer radikalen Agrarreform wird von den Bauern und den kleinen Pächtern immer nachdrücklicher gestellt. In einigen Orten erhoben sich die Bauern zu bewaffnetem Widerstand, wenn sie durch die USA-Imperialisten von ihrem Boden vertrieben werden sollten. Unter der Studentenschaft wächst das Interesse für Politik und entfaltete sich eine große Bewegung der Solidarität mit der kubanischen Revolution.

Die nationalen und demokratischen Kräfte Kostarikas werden sich im Kampf und durch die Verteidigung der noch verbliebenen Freiheiten weiter festigen. Wenn die herrschende Klasse weiterhin jede freiheitliche Regung des Volkes mit Gewalt zu unterdrücken sucht, wenn die Imperialisten und die mit ihnen verbündete Reaktion versuchen, das Volk und die werktätigen Massen gewaltsam zu unterwerfen, bleibt den letzteren nichts anderes übrig, als der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Sie werden sich dann – und dies gewiß nicht in ferner Zukunft – eine Regierung der nationalen Demokratie erkämpfen. Das wird eine Regierung der Arbeiter, der Bauern, des Kleinbürgertums und der nationalen Bourgeoisie sein, die imstande ist, die nationale Befreiung und eine radikale Agrarreform durchzuführen.

Kuba auf dem Wege zum Sozialismus

Im Mai 1959 wurde die kubanische Revolution³⁹) als eine fortgeschrittene patriotische, demokratische und antiimperialistische Volksrevolution definiert. Diese Definition entsprach

³⁷) Ulate – 1949 bis 1953 Diktatur des Präsidenten Ulate

³⁸) Juli 1953: Wahl von José Figueres zum Präsidenten

³⁹) Kuba – vgl. hierzu S. Welz, Kubas Weg in die Freiheit, „Hefte aus Burgscheidungen“ Nr. 71, S. 5 bis 16

dem historischen Zeitpunkt, den Kuba damals durchlief. Die kubanische Revolution war eine soziale Revolution unter den Bedingungen eines halbkolonialen und rückständigen Landes. Die damaligen Aufgaben der Revolution waren nicht die Aufgaben, die sie heute erfüllt, es waren die Aufgaben der nationalen Befreiung und der Beseitigung des Feudalismus.

Die Definition vom Mai 1959 entspricht nicht mehr der gegenwärtig bestehenden Realität. Die Revolution hat sich weiterentwickelt, sie hat die ihr zu Anfang gestellten Aufgaben erfüllt, sie hat die erste Etappe, die Etappe der nationalen und antifeudalen Befreiung, durchschritten und ist in eine neue, höhere Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung eingetreten, in die sozialistische Etappe. D. h. Kuba ist in eine Übergangsperiode zur Errichtung der sozialistischen Grundlagen der Revolution, des Aufbaus und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft eingetreten⁴⁰).

Am 26. März 1962 hielt der Erste Sekretär der Nationalen Leitung der Vereinigten Revolutionären Organisationen (ORI), Fidel Castro, eine Rundfunk- und Fernsehrede, in der er grundsätzliche Fragen der weiteren Entwicklung der kubanischen Revolution und des Aufbaus einer marxistisch-leninistischen Partei behandelte. In seiner Rede rief Fidel Castro die Mitglieder der ORI und das ganze kubanische Volk auf, noch beharrlicher die Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen zur Entwicklung ihrer Revolution und zur Verteidigung ihrer Errungenschaften zu festigen.

Dieser Aufruf gewinnt zum gegenwärtigen Zeitpunkt besondere Bedeutung, da die kubanische Revolution große Aufgaben beim Aufbau des neuen Lebens löst. Zugleich ist Kuba ein leuchtendes Beispiel für alle lateinamerikanischen Länder, weil es zeigt, welche Erfolge ein Volk erringen kann, das die Willkürherrschaft des USA-Imperialismus gebrochen hat und seine Geschicke in die eigenen Hände nahm.

Die Einheit des kubanischen Volkes sicherte ihm den Sieg über die Batista-Diktatur, ermöglichte ihm den Sieg über die konterrevolutionären Banden und USA-Söldner bei den Landungsversuchen in Playa Giron. Das weitere Streben nach Einheit und insbesondere nach der Einheit aller revolutionären Kräfte findet seinen sichtbaren Ausdruck in der neuen Bewegung zur Schaffung einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei, die alle schöpferischen Kräfte des Landes vereint und sie auf die Verwirklichung der Aufgaben der sozialistischen Revolution orientiert.

Diese einheitliche marxistisch-leninistische Partei entsteht aus den drei politischen Kräften, die zum Hauptträger der kubanischen Revolution wurden, der von Fidel Castro geführten „Bewegung des 26. Juli“, der Sozialistischen Volkspartei,

⁴⁰) ebenda, S. 40 f.

der Partei der kubanischen Kommunisten, und aus dem „Revolutionären Direktorium des 13. März“, der Bewegung der patriotischen Studentenschaft.

Die Einheit des Willens und des Handelns des kubanischen Volkes, das sich fest um seine revolutionäre Regierung geschlossen hat, die Vereinigten Revolutionären Organisationen, ihre Nationale Leitung und der anerkannte Führer der kubanischen Revolution, Fidel Castro, sowie das Entstehen einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei geben die absolute Gewähr dafür, daß alle weiteren Störversuche oder ein Aggressionsversuch der USA-Imperialisten mit einer Niederlage der nordamerikanischen Machthaber enden würde.

Geführt von den kubanischen Revolutionären, beschreitet das kubanische Volk frei und zuversichtlich den Weg des siegreichen Sozialismus.

Mexiko — die Kräfte des Sozialismus, der Demokratie und der nationalen Befreiung sammeln sich

Die kubanische Revolution rüttelte auch das Volk Mexikos⁴¹⁾ auf, beflügelte es zu antiimperialistischen Aktionen und revolutionären Umgestaltungen, die das Proletariat und das gesamte Volk von Unterdrückung, Ausbeutung und Elend befreien sollen. Für die derzeitige innenpolitische Lage Mexikos ist ein Aufschwung des Kampfes der Volksmassen für bessere Lebensbedingungen, für die Demokratisierung des Landes, gegen das imperialistische Joch charakteristisch. Die Verschlechterung der materiellen Lage und die Regierungspolitik der Repressalien lassen die Unzufriedenheit im Volk wachsen. Die Klassenwidersprüche spitzen sich immer weiter zu, der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und der Bauern gegen die Gutsbesitzer verstärkt sich. Die antiimperialistischen, fortschrittlichen Kräfte sind dabei, sich im Kampf für die nationale Befreiung zusammenzuschließen.

Die machtvolle Unterstützung für die kubanische Revolution, die in Aktionen von Millionen Mexikanern gegen die Intervention der USA-Söldner auf Kuba zum Ausdruck kam, hat die Regierung Lopez Mateos dazu veranlaßt, das Prinzip der Nichteinmischung zu verkünden, was dem Gefühl der breitesten Schichten des mexikanischen Volkes entspricht.

⁴¹⁾ Mexiko — Staat im Südteil des nordamerikanischen Kontinents mit einer Fläche von 1 969 000 km² und 31 400 000 Einwohnern, davon 50 Prozent Mestizen und 33 Prozent Indianer. Amtssprache ist das Spanische. Mehr als 95 Prozent der Bewohner bekennen sich zum römisch-katholischen Glauben. Hauptstadt: Mexiko (4 Millionen Einwohner). — Mexiko ist ein Agrarland mit entwickelter extraktiver Industrie. Die Landwirtschaft ist wenig leistungsfähig. Die Wirtschaft ist in starkem Maße von ausländischem Kapital abhängig.

Gleichzeitig hat die Regierung aus Furcht vor den Massen und dem Imperialismus zuliebe die Volksbewegung der Solidarität mit Kuba unterdrückt.

Die Grundlage für die Herstellung der Einheit der demokratischen Kräfte ist die mexikanische Bewegung für nationale Souveränität und ökonomische Befreiung. Diese Bewegung wird von allen fortschrittlichen Kräften als der Keim der demokratischen Front der nationalen Befreiung angesehen, die imstande sein wird, die Politik des Landes entscheidend zu beeinflussen.

Die vorrangige Aufgabe dieser Bewegung in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe besteht darin, den Kampf für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften, für die Befreiung der Gewerkschaftsbewegung aus der Vormundschaft der Regierung zu verstärken, denn diese macht es der Arbeiterklasse schwer, die Führung in der antiimperialistischen und demokratischen Bewegung zu übernehmen, und engt die Möglichkeit ein, ihre Klassenforderungen in aller Breite zu erheben und den Kampf gegen die Herrschaft der von der Regierung und den Unternehmern gekauften Gewerkschaftsführer zu entfachen.

Die demokratische Bewegung unterstützt auf jede Weise die Schaffung einer von der Regierung und den Gutsbesitzern unabhängigen Bauernorganisation. Die breiten Schichten der Bauern (mit Land und ohne Land) haben unlängst beschlossen, aus der Nationalen Bauernkonföderation (Confederación Nacional Campesina) auszutreten, da ihre Erfahrungen besagen, daß sie nur den Interessen der herrschenden Großbourgeoisie dient und ein Instrument darstellt, das vom Kampf für die Durchführung einer demokratischen Agrarreform abhalten soll. Nicht eine der bestehenden Vereinigungen schützt wirksam die Interessen der Bauern, nicht eine stellt sich das Ziel, mit der Unterdrückung der Bauernschaft durch die Großbourgeoisie Schluß zu machen. Die in Samora (Michoacán) entstandene unabhängige Bewegung, die über 100 000 Bauern aus den wichtigsten landwirtschaftlichen Regionen im Kampf vereint hat, verleiht dem jahrhundertelangen Ringen der mexikanischen Bauernschaft um Boden und Freiheit neue Kräfte.

Die Jugend hat in den letzten Jahren aktiv an den demokratischen Aktionen des mexikanischen Volkes teilgenommen. Die Solidarität mit Kuba kam in großen Jugenddemonstrationen zum Ausdruck. Bei den Aktionen der Jugend steht die Studentenschaft an der Spitze, die mit größter Sorgfalt um die Reinhaltung ihrer Organisationen von antinationalen Elementen besorgt ist.

Mit größter Wahrscheinlichkeit sind in Mexiko eine weitere Radikalisierung der Massen, eine Verstärkung des Kamp-

fes in Stadt und Land, eine Einengung der sozialen Basis der Regierung, eine Polarisierung der politischen Kräfte und der Ausbruch einer gesamtpolitischen Krise zu erwarten, die günstige Bedingungen für eine nationale demokratische Befreiungsrevolution schaffen wird.

Nikaragua kämpft gegen die proimperialistische Diktatur

Nikaragua ⁴²⁾ ist im wesentlichen ein Agrarland mit großen potentiellen Hilfsquellen, die jedoch unter den veralteten, überlebten Produktionsverhältnissen nicht genutzt werden. 67 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. 362 Gutsherren besitzen ein Drittel des gesamten privat bewirtschafteten Bodens, während auf die 26 000 kleinen bäuerlichen Wirtschaften nur ein Anteil von 5,62 Prozent entfällt. Über die Hälfte der Anbaufläche bleibt unbestellt. Für Hunderttausende von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch Ackerbau oder Viehzucht bestreiten, ist es kaum möglich, Industriewaren zu kaufen. Über 13 Prozent der Landarbeiter erhalten keine Löhne.

Die Wirtschaft Nikaraguas hängt ganz und gar von den USA-Imperialisten ab. Ein großer Teil der Bodenschätze und Waldungen befindet sich in den Händen nordamerikanischer und kanadischer Gesellschaften, die auf Grund für das Land erniedrigender Abkommen tätig sind. In den Jahren 1956/57 haben die Besitzer der Goldfelder 500 000 Cordobas ⁴³⁾ an Steuern bezahlt. Der Wert des im Jahre 1956 geförderten Goldes dagegen belief sich auf 8 Millionen Dollar. Die Holzbeschaffungsgesellschaften haben dem Fiskus nicht einmal 3 Prozent des Wertes des jährlichen Holzexports bezahlt. Beim Raubbau an den Waldungen ignorieren die Gesellschaften Amerikas und Kanadas die elementarsten Normen der Forstwirtschaft. Auf den Holzschlägen, wie übrigens auch in den Bergwerken, werden die Bestimmungen der sozialen Gesetzgebung mißachtet.

Fast alle Waren Nikaraguas werden nach den USA ausgeführt. Die USA, die die Rohstoffe des Landes gegen einen Spottpreis erwerben, verkaufen Nikaragua Industriewaren, Maschinenausrüstungen und Brennstoffe zu hohen und ständig steigenden Preisen.

⁴²⁾ Nikaragua – Staat in Mittelamerika mit 148 000 km² und 1 310 000 Einwohnern, davon 70 Prozent Mestizen, 17 Prozent Kreolen spanischer Herkunft, 9 Prozent Neger und 3 Prozent Indianer. Amtssprache ist das Spanische. Der römisch-katholische Glaube herrscht vor. Hauptstadt: Managua (109 300 Einwohner). – Nikaragua ist ein schwachentwickeltes Agrarland. Die wichtigsten wirtschaftlichen Positionen befinden sich in der Hand ausländischen, überwiegend USA-Kapitals. Das bedeutendste Exportprodukt der Landwirtschaft ist Kaffee.

⁴³⁾ Nach offiziellem Kurs 7 Cordobas = 1 USA-Dollar

Die Abhängigkeit der nationalen Wirtschaft hemmt die industrielle Entwicklung des Landes und verhindert eine Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes. Jedes Mal, wenn die Wirtschaft der USA von einer Krise betroffen wird, wirkt sich diese auf Nikaragua – wie natürlich auch auf die anderen lateinamerikanischen Staaten – aus. Ganz besonders hart wurde Nikaragua im Jahre 1958, insbesondere auf dem Gebiet des Kaffeeanbaus, betroffen.

Bei einer derartig rückständigen und abhängigen Wirtschaft bietet das Leben des Volkes ein trauriges Bild. Über 65 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten. Nur 5 Prozent der Jungen und 0,5 Prozent der Mädchen schulpflichtigen Alters besuchen die Schule der zweiten Stufe. Die Werktätigen sind gezwungen, in Häusern zu leben, die den Forderungen der Hygiene nicht entsprechen, und dennoch muß ein Arbeiter ein Viertel seines Lohnes für die Miete aufbringen. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Nikaragua liegt bei 30 Jahren und ist nur noch mit der in den Ländern Zentralafrikas vergleichbar. Die Kindersterblichkeit erreicht unvorstellbare Ausmaße: über die Hälfte der Kinder stirbt, ohne das Alter von 5 Jahren erreicht zu haben.

Auf dieser Basis – der halbkolonialen Wirtschaft – erhebt sich der Überbau – die Diktatur. In der Geschichte des Landes war das bis auf seltene, kurze, aber ruhmreiche Perioden die Grundform der Herrschaft. Dazu muß bemerkt werden, daß die herrschenden Gruppen der sogenannten Traditionsparteien – der Konservativen und der Liberalen Partei, die die Kreise der Gutsbesitzer, der Importkaufleute, Industriellen und Bankiers vertreten – immer wieder das Volk ver-raten haben und die gleiche Verantwortung dafür tragen, daß sie den Ausländern, besonders den Amerikanern, gestattet haben, in Nikaragua zu schalten und zu walten, seine Reichtümer zu plündern, die Würde und die nationale Souveränität mit Füßen zu treten.

Die gleichen Traditionsparteien – die Konservativen und die Liberalen – sind für die Einmischung der Imperialisten mit Hilfe des sogenannten Punkt-4-Programms Trumans in Fragen der nationalen Bildung. Schließlich verantworten sie die Konzessionen, die den durch die kubanische Revolution verjagten amerikanischen Gesellschaften Tür und Tor öffnen. Selbst die Diktatur der Somoza-Dynastie, die seit 28 Jahren im Lande herrscht, ist ein Ergebnis des Komplotts zwischen der Führung der Liberalen und Konservativen.

Natürlich gibt es auch unter den Liberalen und den Konservativen nicht wenige fortschrittliche und ehrliche Menschen. Sie haben aber noch nicht erkannt, daß eine demokratische Opposition nur unter der Führung der Sozialistischen Partei Nikaraguas zu der notwendigen Einheit der oppositionellen demokratischen Kräfte führen kann. Diese Einheit

würde den Weg zur nationalen Befreiung bahnen, und das wiederum würde den Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz, den Kampf für den sozialen Fortschritt fördern. Sie würde dem Volk zum vollen Sieg über die Diktatur verhelfen.

Panama steht unter dem Einfluß nordamerikanischer Interessen

Panama⁴⁴⁾ ist durch die Kanalzone in zwei Teile geschieden. Es verdankt seine Entstehung einer von den USA 1903 organisierten Revolte in Kolumbien, weil sich Kolumbien, bis dahin gewiegt hatte, den Bau eines Kanals auf seinem Territorium zu dulden. Durch diese Revolte wurde das Staatsgebiet Panama von Kolumbien abgetrennt, und die Staatsbildung Panamas erfolgte nach den Bedürfnissen der USA.

Gemäß einem Panama aufgezwungenen Vertrag (1903) wurde die Panama-Kanalzone (ein Gebiet in einer Breite von 5 Meilen zu beiden Seiten des Panama-Kanals) an die USA abgetreten. Die Verwaltung des Kanals wurde der 1951 von der Regierung der USA gegründeten Panama-Kanalgesellschaft übertragen. 1955 wurde zwischen Panama und den USA ein neuer Vertrag abgeschlossen, durch den sich die jährlichen Zahlungen der USA an Panama von 430 000 auf 1 930 000 Dollar erhöht. Diese Summe ist die Pachtgebühr der USA für die Benutzung der Kanalzone.

Panama selbst ist ein ausgesprochenes Agrarland mit rückständiger Landwirtschaft und wenig entwickelter Industrie. Auch in der Wirtschaft macht sich der Einfluß Amerikas in jeder Weise bemerkbar. Die nordamerikanischen Monopole beherrschen die wertvollen Bodenschätze wie Quecksilber, Mangan und Gold sowie die umfangreiche Plantagenwirtschaft, die Exportkulturen wie Bananen und Kakao liefert.

Die National-Patriotische Koalition, eine proamerikanische Partei bürgerlichen Charakters, ist Regierungspartei. Sie ent-

⁴⁴⁾ Panama — a) Panama, b) Panama-Kanalzone

a) Staat in Mittelamerika, der durch den Panamakanal und die Kanalzone (5 Meilen zu beiden Seiten des Kanals) in zwei Teile geschieden ist. Das Land umfaßt 74 000 km² und hat 934 000 Einwohner, wovon 50 Prozent Mestizen und 31 Prozent Neger sind. Amtssprache ist das Spanische. Die Bewohner bekennen sich vorwiegend zum römisch-katholischen Glauben. Hauptstadt: Panama (128 000 Einwohner). — Panama ist ein Agrarland mit rückständiger Landwirtschaft und wenig entwickelter Industrie.

b) Das Gebiet der Kanalzone steht unter Verwaltung der USA und hat eine Ausdehnung von 1 432 km², die Zahl der Bewohner (Zivilisten) beträgt 42 000, davon 21 000 Amerikaner. Verwaltungssitz ist Balboa Heights. Es besteht ein militärisches Sonderkommando der USA. Das System der Befestigungsanlagen umfaßt Forts, Marinestützpunkte und Flugplätze.

stand aus der Verschmelzung fünf kleiner Parteien und wurde 1953 gegründet.

Die Regierung Panamas hat seit 1954 die Kommunistische Volkspartei verboten und behindert alle fortschrittlichen Organisationen und den Gewerkschaftsbund der Republik Panama in ihren antiimperialistischen und national-demokratischen Bestrebungen.

Paraguay — es gibt keinen anderen Weg als den des Kampfes

Die Lebensbedingungen in Paraguay⁴⁵⁾ werden von Tag zu Tag schlechter. Die Wirtschaftskrise des Landes verschärft sich weiter. Der Rückgang in der industriellen, pflanzlichen und tierischen Produktion, die Arbeitslosigkeit und die sinkende Kaufkraft der Bevölkerung, die Steigerung der Preise, Steuern und Tarife, das Elend der Massen, der nicht mehr zu beschreibende Gesundheitszustand des Volkes, die Landesflucht, die unerhörte Korruption und die zunehmende Dekadenz des terroristisch-militaristischen Regimes, die empörende Verfolgungspolitik, mit der die Stroessner-Clique verzweifelt versucht, sich an der Macht zu halten — all das hat eine politische und wirtschaftliche Krise hervorgerufen, die das Volk auf den Weg der demokratischen Revolution geführt hat.

Der revolutionäre Charakter der Einstellung und der Kämpfe des Volkes ist nicht zu übersehen. Es kämpft für mehr als nur für die Verwirklichung seiner unmittelbaren Teilforderungen. Das paraguayische Volk ist sich dessen voll bewußt. Es weiß sehr wohl, daß es einen entscheidenden Kampf gegen ein terroristisches Militärregime mit antinationalen Charakter führt. Und es weiß auch, daß es dieses Regime mit der Wurzel vernichten muß, wenn es das Elend beseitigen und die wirtschaftliche Rückständigkeit überwinden will. Das paraguayische Volk hat begriffen, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise nur durch tiefgreifende sozial-ökonomische Veränderungen überwunden werden kann.

In seinen friedlichen Aktionen und den sich mehr und mehr verschärfenden Partisanenkämpfen bringt das paraguayische Volk unmißverständlich seinen Willen zum Ausdruck, so lange zu kämpfen, bis das terroristische, die Nation verratende

⁴⁵⁾ Paraguay — Staat im zentralen Teil des südamerikanischen Kontinents mit 406 800 km² und 1 638 000 Einwohnern, davon 65 Prozent Indianer und 30 Prozent Mestizen. Amtssprache ist das Spanische. In der Mehrzahl bekennt sich die Bevölkerung zum katholischen Glauben. Hauptstadt: Asunción (205 600 Einwohner). — Paraguay ist ein wenig entwickeltes, von ausländischem Kapital abhängiges Land. Die vorkommenden Bodenschätze und die Wasserkraftvorräte werden fast nicht genutzt. Die Landwirtschaft erbringt 60 Prozent des Nationaleinkommens. Der wichtigste Erwerbszweig innerhalb der Landwirtschaft ist die Viehwirtschaft.

Militärregime durch eine Regierung der Demokratie und der Freiheit abgelöst wird. Erst dann wird Paraguay ein unabhängiger und souveräner Staat werden, wird die Bevormundung von seiten der USA aufhören, wird eine Agrarreform durchgeführt werden können.

Mit ihrer offenen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Paraguays verfolgt die Regierung Kennedy eine wohlüberlegte Absicht. Der Besuch Stevensons in Paraguay und seine Erklärung sollten der ganzen Welt zeigen, daß der USA-Imperialismus auch weiterhin das Fortbestehen der Marionettendiktatur Stroessner unterstützt. Das Versprechen, im Jahre 1963 „freie Wahlen“ durchzuführen, dient einem zweifachen Zweck:

Erstens soll dem paraguayischen Volk glaubhaft gemacht werden, daß es nach Ablauf der Amtsperiode des jetzigen Regimes im Jahre 1963 die Demokratie ohne Kampf und Blutvergießen erringen kann. Oder anders gesagt: Das Volk soll auf die Revolution verzichten.

Zweitens ist das Versprechen, „freie Wahlen“ durchzuführen, das Argument, das die Regierung Kennedy braucht, um die Einbeziehung der Stroessner-Regierung in den Plan der Anleihen im Rahmen der sogenannten „Allianz für den Fortschritt“ zu rechtfertigen. Damit wollen die USA-Imperialisten die demokratische Volksrevolution bis 1963 aufhalten und in der Zwischenzeit der Stroessner-Regierung für deren Stärkung neue Anleihen gewähren, damit diese aus den „Wahlen“ 1963 wieder „siegreich“ hervorgehen kann.

Die sogenannte „Allianz für den Fortschritt“ ist nichts anderes als ein Plan zur Verhinderung der demokratischen Revolutionen in den anderen lateinamerikanischen Ländern, nachdem Kuba ein leuchtendes Beispiel der nationalen Befreiung gegeben hat. Die „Allianz für den Fortschritt“ ist einzig und allein ein politisches Instrument, um mit neuen Formen die alte Politik der Kolonialisierung des Kontinents weiter fortführen zu können. Somit ist die „Allianz für den Fortschritt“ nicht ein Instrument der „Revolution“, sondern der Konterrevolution. Sie ist ein Instrument der offiziellen Einmischung der USA in die wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten der lateinamerikanischen Länder.

Deshalb sind die Dollars der „Allianz für den Fortschritt“ namentlich für jene Regierungen bestimmt, die klar unter Beweis gestellt haben, daß sie bereit sind, sowohl die revolutionären Bestrebungen des kubanischen Volkes als auch die ihrer eigenen Völker im Blut zu ersticken.

Obleich die rechten Führer aller bürgerlichen Parteien genau die Ziele der USA-Intervention in Paraguay kennen, unterstützen sie offen die Politik der USA. Der Grund dafür ist, daß sie Furcht vor der demokratischen Revolution, Furcht

vor dem Volk haben und deshalb das terroristische Militärregime nur ein wenig „reformiert“ sehen wollen, es aber im Prinzip erhalten bleiben soll. Aus diesem Grund ziehen es die rechten Führer der bürgerlichen Parteien vor, ein Übereinkommen mit der herrschenden Militärelite zu erzielen.

Das ist die wirtschaftliche und politische Situation, der sich das paraguayische Volk gegenüber sieht. Es wird sich nur auf dem Wege des bewaffneten Kampfes von dem Terrorregime Stroessners befreien können, und dieser Kampf wird erst mit dem Sieg einer demokratischen Volksrevolution sein Ende finden.

Perus Nationale Befreiungsfront — ihre Rolle und Bedeutung

Am 4. November 1961, anlässlich des 181. Jahrestages des Aufstandes von Túpac Amaru in der peruanischen Provinz Cuzco, da sich in Peru⁴⁶⁾ und in ganz Lateinamerika zum erstenmal bewaffnete Kräfte der einheimischen Bauern gegen die Fremdherrschaft und für die Verwirklichung ihrer Forderungen nach Land und Freiheit erhoben, wurde in der Hauptstadt Perus, in Lima, die Nationale Befreiungsfront Perus gegründet.

Das Programm dieses politischen Organs der kämpferischen Einheitsfront des Volkes umfaßt den Kampf für die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes, die nationale Souveränität, die Freiheit, für Land und Brot für alle, den Kampf gegen die Herrschaft der Imperialisten, den Kampf für die Verwirklichung des revolutionären Prozesses der „Zweiten Unabhängigkeit“, für die unmittelbare Lösung aller nationalen Probleme, einschließlich der Veränderung des bestehenden Wahlsystems, für die Schaffung eines neuen Perus.

Der Zusammenschluß zur Nationalen Befreiungsfront Perus war ein arbeitsreicher und langwieriger Prozeß der Annäherung zwischen den linken Parteien, den Massenorganisationen und Gewerkschaften sowie exponierten Vertretern der demokratischen und fortschrittlichen Bewegung Perus. Er war zugleich aber auch ein Ergebnis der im ganzen Lande vorhandenen Bereitschaft, die Einheit des Volkes gegenüber seinen Feinden zu schaffen.

Mit großer Begeisterung geht das Volk Perus daran, die Nationale Befreiungsfront in ganz Peru zu organisieren. Be-

⁴⁶⁾ Peru — Staat im westlichen Teil des südamerikanischen Kontinents mit 1 311 000 km² Fläche und 9 651 000 Einwohnern. Amtssprache ist das Spanische. Hauptstadt: Lima (1 086 000 Einwohner). — Grundlage der peruanischen Wirtschaft bilden die Gewinnung mineralischer Rohstoffe, der Anbau von Baumwolle und die Produktion von Rohrzucker. Diese Waren sind vorwiegend für den Export bestimmt. Die USA sind der Haupthandelspartner.

sonders in den Produktionszentren, in Verwaltungen, Hochschulen usw., überall dort, wo Peruaner bereit sind, für ein freies Peru zu kämpfen, werden Grundeinheiten der Nationalen Befreiungsfront aufgestellt. In der kurzen Zeit ihres Bestehens ist es der Nationalen Befreiungsfront gelungen, die Volksmassen zu mobilisieren und sie mit den Prinzipien und den Zielen ihres Kampfes vertraut zu machen. In dem Entwurf der „Deklaration der Prinzipien“ der Nationalen Befreiungsfront heißt es u. a.:

- „Die Nationale Befreiungsfront verteidigt die nationale Souveränität gegen die ausländischen Eindringlinge, den Imperialismus und seine Verbündeten, die unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit und die Reichtümer unseres Landes rauben wollen.
- Die Nationale Befreiungsfront kämpft, unermüdlich für eine wahrhafte Agrarreform, die das Latifundiensystem beseitigt und das Land denen gibt, die es bearbeiten.
- Die Nationale Befreiungsfront kämpft für die sofortige Nationalisierung unserer Erdölquellen von Brea und Pariñas.
- Die Nationale Befreiungsfront kämpft für die Abschaffung des Artikels 53 der Verfassung und aller Gesetze, die die Grundlage für die Verfolgung unserer Bürger aus Gründen des Glaubensbekenntnisses oder der Weltanschauung bilden, die die im Politischen Grundgesetz des Staates verankerten Menschenrechte angreifen.
- Die Nationale Befreiungsfront kämpft kompromißlos gegen die herrschenden Kreise und deren Verbündete, die dem Volk die Macht vorenthalten.
- Die Nationale Befreiungsfront kämpft gegen das Analphabetentum, gegen das Fehlen jeglicher Gesundheitsfürsorge von seiten des Staates, gegen das Elend und die Rückständigkeit, die im ganzen Lande herrschen und unter denen besonders unsere Landsleute, die Quichua- und Aimara-Indianer, zu leiden haben.
- Die Nationale Befreiungsfront fordert eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Freiheit der Organisation und die Hebung des Lebensstandards aller peruanischen Werktätigen.
- Die Nationale Befreiungsfront fordert die intensive Entwicklung aller Quellen der Produktion, die weitestgehende Ausnutzung aller Ressourcen⁴⁷⁾ des Landes im Rahmen eines Wirtschaftsplanes, der den Interessen der Nation und des Volkes entspricht.

⁴⁷⁾ Ressourcen – Hilfsmittel; Hilfs- und Rohstoffquellen

- Die Nationale Befreiungsfront fordert eine gleichmäßige Entwicklung und Förderung aller peruanischen Provinzen und Regionen.
- Die Nationale Befreiungsfront fordert, daß Peru eine selbständige Außenpolitik betreibt und in allen Organen gegenüber allen internationalen Problemen eine unabhängige, demokratische und friedliche Position vertritt.
- Die Nationale Befreiungsfront fordert diplomatische und Handelsbeziehungen mit allen Ländern der Welt.
- Die Nationale Befreiungsfront wendet sich gegen alle Pläne und Machenschaften, die gegen das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker gerichtet sind, und verurteilt die Politik der Einmischung von seiten der Imperialisten in die inneren Angelegenheiten sowohl unseres Landes als auch anderer lateinamerikanischer Staaten.“

Die „Deklaration der Prinzipien“ der nationalen Befreiungsfront läßt deutlich erkennen, wie kritisch die Lage in Peru ist und in welcher tiefgreifender Wirtschaftskrise sich das Land befindet.

Die Wirtschaftskrise findet ihren Ausdruck hauptsächlich im Elend des Volkes, in den ständig steigenden Lebenshaltungskosten, in den niedrigen Löhnen und Gehältern, in der Arbeitslosigkeit, in den hohen Mieten, in den unzureichenden Wohnungen und den Elendsvierteln an den Stadträndern, in Fällen von Hungertod, im Verkauf von Kindern, in der schrecklichen Bettelei, in der zunehmenden Tuberkulose und in dem Anwachsen aller möglichen Krankheiten, hervorgerufen durch die Armut, unter der das Land leidet. Das heißt, daß das Gesetz der absoluten Verelendung der werktätigen Massen in Peru voll wirksam ist.

Die Wirtschaftskrise Perus äußert sich mehr im Haushalt der Familie als im Staatshaushalt und hat ihre Ursache nicht nur im Wert der Währung, sondern auch im Stand der Produktion und der äußerst begrenzten Konsumtion der Bevölkerung. Die Versuche, diese wirkliche Lage im Lande und ihre Ursachen zu verfälschen, sind nichts anderes als ein Manöver, das das Ziel verfolgt, die neuen Bedingungen für eine weitergehende Unterwerfung des Landes unter den USA-Imperialismus und eine größere Ausbeutung durch ihn durchzusetzen. Diese Politik wird verwirklicht vom Internationalen Währungsfonds unter Mithilfe der in Peru an der Macht befindlichen Oligarchie der Exporteure und der Bankiers.

Unter diesen Bedingungen wäre es eine Illusion, anzunehmen, daß die gegenwärtige Regierung Perus imstande wäre, das Land aus dieser tiefen Krise herauszuführen. Ihre soziale Zusammensetzung und ihre engen Beziehungen zum USA-Imperialismus machen sie unfähig, die Probleme des Landes im Interesse des Volkes und der nationalen Souveränität zu lösen. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Perus ist die

gleiche, wie sie der USA-Imperialismus mit Hilfe der Mission Klein-Saks⁴⁰⁾ unter der Militärdiktatur Odrías durchsetzte.

Es besteht kein Zweifel, daß die herrschenden Kreise, die von jeher Peru in Unwissenheit und Elend gehalten haben, einen verzweifelten Kampf gegen die Bestrebungen des Volkes und seine Nationale Befreiungsfront entfachen werden. Andererseits zeigen Hunderte von Kampfaktionen des Volkes klar und deutlich die historische Notwendigkeit der peruanischen Revolution, einer nationalen, demokratischen, anti-feudalen und antiimperialistischen Revolution. Und ganz Peru durchlebt diese revolutionäre Etappe.

Welchen Weg wählt Uruguay?

In Uruguay⁴⁹⁾ vollziehen sich nach dem zweiten Weltkrieg zu gleicher Zeit zwei Prozesse der Entwicklung. Der eine Prozeß verläuft in folgender Richtung: Die Politik der herrschenden Klasse hat zur Unterordnung des Landes unter den USA-Imperialismus geführt, während die Wirtschaftskrise die Krise der ökonomischen Struktur Uruguays noch mehr verschärft hat. Der Niedergang des Außenhandels, immer stärkere Einseitigkeit der nationalen Wirtschaft, verbunden mit der Monokultur in der Landwirtschaft, die wachsende Monopolisierung von Grund und Boden, den sich eine Handvoll Großgrundbesitzer aneignete — das sind die sichtbarsten Zeichen dieses Prozesses.

Auf politischem Gebiet widerspiegelt sich das im Machtantritt der mit den Großgrundbesitzern, mit den Großindustriellen, Finanzleuten und Außenhandelsmonopolen liierten Kreise im Jahre 1958. Das Diktat des Internationalen Währungsfonds treibt Uruguay dem wirtschaftlichen Bankrott entgegen, führt zum Verlust der Souveränität, zu immer häufigeren Anschlägen auf die sozialen Errungenschaften und zur Verelendung der Massen, verankert die Gewaltherrschaft der nordamerikanischen Imperialisten im ganzen Lande.

⁴⁰⁾ Klein Saks — Gruppe von Sachverständigen aus den USA, die unter dem Deckmantel der „Hilfe“ für Peru einen Plan ausarbeitete, um den ökonomischen Einfluß des USA-Imperialismus in Peru zu verstärken.

⁴⁹⁾ Uruguay — Staat im südöstlichen Teil des südamerikanischen Kontinents mit 186 900 km² und 2 650 000 Einwohnern, bei denen es sich hauptsächlich um Nachkommen spanischer und italienischer Einwanderer handelt. Die indianischen Ureinwohner sind ausgerottet. Amtssprache ist das Spanische. Der römisch-katholische Glaube herrscht vor. Hauptstadt: Montevideo (940 000 Einwohner). — Uruguay ist ein Agrarland mit stark entwickelter Land- und Viehwirtschaft. Bisher wurden kleinere Vorkommen an Bodenschätzen erforscht. Ausländische Monopole haben wichtige Positionen in der Wirtschaft inne.

Aber es wäre grundfalsch, den anderen, für das heutige Uruguay charakteristischen Prozeß zu übersehen — das Anwachsen der antiimperialistischen und anti-feudalistischen Stimmungen der breiten Massen, die Entfaltung einer breiten Arbeiter- und Volksbewegung, die einen einheitlichen Strom bilden, in dem der Kampf der Arbeiterklasse, der Werktätigen des Dorfes, der Studenten, der patriotischen Intelligenz, der mittleren und kleineren Unternehmer und Händler zusammenfließt. In den letzten Jahren haben die Massen 15 allgemeine Streiks durchgeführt. Gerade dieser entschlossene Kampf hat die Pläne der Reaktion durchkreuzt, die darauf aus war, die wichtigsten sozialen Errungenschaften abzuschaffen, die demokratischen Freiheiten zu schmälern, die nationale Souveränität an den Imperialismus zu verschachern und Uruguay durch den Abbruch jeglicher Beziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern zu isolieren.

Der Reaktion ist es nicht gelungen, eine einheitliche Front gegen das Proletariat zu schaffen. Im Gegenteil, die herrschenden Kreise, die sich mit dem Imperialismus und mit den Großgrundbesitzern liiert hatten, wurden immer mehr isoliert. Mitten aus der Massenbewegung heraus erwächst die Idee einer breiten und unabhängigen Vereinigung aller anti-imperialistischen, demokratischen, fortschrittlichen Kräfte Uruguays, die dem Land einen fortschrittlichen Entwicklungsweg gewährleisten würde. Damit ist die Herstellung einer breiten Koalition der fortschrittlichen Kräfte in Uruguay zu dem dringendsten Problem geworden.

Im Lande gehen bemerkenswerte Veränderungen vor. Die Frage, welchen Weg Uruguay einschlagen wird, ist heute besonders aktuell. Wird die sozialökonomische und politische Entwicklung des Landes durch das Proletariat im Bündnis mit der Bauernschaft und unter der Führung der Kommunisten gelenkt, oder wird die Bourgeoisie die entscheidende Kraft dieses Prozesses sein? Sind die gegenwärtige Unzufriedenheit und Erregung Vorboten einer wahren Erneuerung in Uruguay, oder erleichtern sie lediglich den Machtantritt dieser oder jener Schicht der Bourgeoisie, die darauf bedacht sein wird, das derzeitige Regime im Grunde nicht anzutasten? Werden nach wie vor die zwei traditionellen Parteien einander in der Macht ablösen, oder wird der Kampf der Massen die soziale und ökonomische Entwicklung des Landes auf den neuen Weg lenken?

Diese Fragen stellen im heutigen Uruguay das politische Grundproblem dar. Das Ausmaß des antiimperialistischen Kampfes bringt eine scharfe Auseinandersetzung über seinen Charakter und seine Perspektiven, über seine Triebkräfte hervor, darüber, welche Klassen in diesem Kampf die Hauptrolle spielen müssen.

Venezuela — ein Satellit des USA-Imperialismus

Im Jahre 1958 errang in Venezuela⁵⁰⁾ eine große Koalition verschiedener politischer Parteien und der patriotische bestimmte Teil der Streitkräfte einen Wahlsieg. Die Hauptverdienste um diesen Sieg kamen der Arbeiterklasse, den Studenten und dem städtischen Kleinbürgertum zu, denen sich im letzten Augenblick auch Vertreter der Großbourgeoisie angeschlossen hatten. Gerade das aber wurde der weiteren Entwicklung zum Verhängnis. Der Großbourgeoisie ging es nicht um den Sturz der Diktatur, sondern darum, die politische Macht an sich zu reißen, um die demokratischen Kräfte niederzuwerfen, damit die sozialökonomischen Grundlagen des Staates unangetastet blieben. Sie war bemüht, die politische Entwicklung in den engen Rahmen von Reformen zu zwingen, die ihren eigenen Interessen entsprachen.

Durch die Großbourgeoisie wurde der Führer der Partei „Demokratische Aktion“, Rómulo Betancourt, gewählt, der engste Beziehungen zu den amerikanischen Erdölmonopolen unterhält. Die Diktatur der reaktionärsten Schichten der örtlichen Oligarchie unter dem Tyrannen Pérez Jiménez, wurde durch eine Regierung der „Repräsentativdemokratie“ ersetzt, in der sich die proamerikanische Großbourgeoisie einer Schlüsselposition nach der anderen bemächtigte.

Betancourt versprach, die demokratischen Freiheiten in vollem Umfang wieder in Kraft zu setzen, die Lebensverhältnisse des Volkes zu verbessern und die nationale Wirtschaft zu fördern. Zur Erfüllung dieses Programms wäre es nötig gewesen, das Land von der Herrschaft der Auslandsmonopole zu befreien und eine radikale Agrarreform durchzuführen. Gerade die Bauern, denen Betancourt seinen Wahlsieg verdankte, hatten große Hoffnungen auf ihn gesetzt und erwartet, daß er der himmelschreienden sozialen Ungerechtigkeit auf dem Lande ein Ende bereiten würde.

Unter dem Druck der demokratischen Kräfte erließ die Regierung Betancourt ein Bodenreformgesetz, in dem aber nicht vorgesehen ist, daß die Latifundien als herrschendes System des Grundbesitzes abgeschafft werden. Unter Verwendung

⁵⁰⁾ Venezuela — Staat im Nordteil des südamerikanischen Kontinents mit 912 000 km² und 6 134 000 Einwohnern. Die Bevölkerung besteht zu 80 Prozent aus Mestizen. Die Amtssprache ist das Spanische. Die Bevölkerung bekennt sich überwiegend zum römisch-katholischen Glauben. Hauptstadt: Caracas (1 100 000 Einwohner). — Venezuela ist ein wirtschaftlich einseitig entwickeltes Land, dessen wichtigster Wirtschaftszweig die Erdölindustrie ist. Es ist hauptsächlich vom USA-Kapital abhängig. Die Landwirtschaft spielt in Venezuela nur eine untergeordnete Rolle. Die Nahrungsmittel- und die Textilindustrie sind die wichtigsten Zweige der verarbeitenden Industrie.

brachliegender Staatsländereien und Aufteilung einiger weniger angekaufter Güter wies die Regierung nach amtlichen Angaben in zwei Jahren rund 35 000 Bauernfamilien Felder zu. Bei Beibehaltung dieses Tempos würde die Bodenreform fast 20 Jahre dauern. In letzter Zeit ist sie faktisch ganz und gar eingestellt worden. Daneben wurde auch das Programm der Kreditgewährung für die Bauern stark eingeschränkt. Viele kleinbäuerliche Betriebe geraten dadurch in äußerster Not und müssen von ihren Besitzern aufgegeben werden.

Die venezolanische Wirtschaft ist unter dem Diktat des USA-Imperialismus völlig von der Erdölgewinnung abhängig geworden. Venezuela erhält fast 70 Prozent seiner Devisen durch das Erdöl; durch die Konjunkturverschlechterung auf dem internationalen Erdölmarkt ist der venezolanische Finanzhaushalt stärkstens in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Folge ist ein großes Haushaltsdefizit, das wiederum die Einschränkung der staatlichen Bautätigkeit den Abbau von Bauarbeitern, Arbeitern und Angestellten nach sich gezogen hat. In knapp zwei Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen von 250 000 auf 400 000 gestiegen. Die Waren sind von 1958 bis 1961 um rund 40 Prozent teurer geworden. Das sind die Ergebnisse der volksfeindlichen, antinationalen Politik der Regierung Betancourt!

Aber auch in der Außenpolitik tanzt die Regierung Venezuelas nach der Pfeife Washingtons. Entsprechend der Weisung der USA-Imperialisten wurden im November 1961 die diplomatischen Beziehungen zu der revolutionären Regierung Kubas abgebrochen. Im Januar 1962 stimmte Venezuela auf der Konferenz in Punta del Este für den Ausschluß Kubas aus der Organisation der Amerikanischen Staaten.

Der Grund für die antikubanische Politik Betancourts liegt auf der Hand. Angesichts der Errungenschaften Kubas tritt der Bankrott des Regimes Betancourt besonders deutlich zutage, und der antikubanische Kurs der Regierung hat die Mißstimmung des venezolanischen Volkes noch mehr verstärkt; denn es sieht in Kuba ein Vorbild, das auch ihm Hoffnung auf die Befreiung vom Joch der nordamerikanischen Monopole gibt. Die Regierung beantwortete die Forderungen nach einer anderen Innen- und Außenpolitik mit Massenrepressalien und der Unterdrückung der demokratischen Freiheiten.

All das läßt in dem venezolanischen Volk die Erkenntnis reifen, daß eine breite demokratische Kampffront gegen den Imperialismus, für die nationale Befreiung des Landes aufgebaut werden muß, wie der Führer der Republikanisch-Demokratischen Union, Jovito Villalba, im Namen seiner Partei erklärte.

Lateinamerika und die Kirche

Der „begegnung“, Monatsschrift deutscher Katholiken, Heft 2/1962, entnahmen wir den nachstehenden Beitrag von Karl Grobbel, der die Aussagen von Siegfried Welz über die ökonomische und politische Situation in den lateinamerikanischen Ländern in anschaulicher Weise ergänzt und in bezug auf die kirchlichen Verhältnisse vertieft.

Das Werden und Wirken der katholischen Kirche in Lateinamerika mit seinen aus spanischem und portugiesischem Kolonialbesitz entstandenen 20 Republiken ist mit der politischen Geschichte immer engstens verbunden gewesen. Kirchenpolitische Fragen standen meist im Vordergrund. So fühlten sich die Regierungen jeweils als Rechtsnachfolger vor allem des spanischen Staates, während sie hingegen vom Heiligen Stuhl in Rom anfangs als Rebellen betrachtet wurden, da sich dieser auf die Seite des spanischen Patronats stellte. So kam es, daß nach der Beendigung der Unabhängigkeitskämpfe gegen 1830 in ganz Lateinamerika kaum noch katholische Bischöfe vorhanden waren. Zunächst versuchte Rom, Apostolische Vikare wie in den Missionsländern zu ernennen, womit weder Spanien noch die Katholiken in Amerika einverstanden waren. König Ferdinand VII. von Spanien brach daraufhin sogar die diplomatischen Beziehungen mit Rom ab.

Die religiöse Lage in den neuen Republiken stand unter ungünstigen Vorzeichen. Es fehlte damals schon an Nachwuchs für den Klerus und an gebildeten Laien. Der liberale Antiklerikalismus, eine Erbschaft aus der letzten spanischen Zeit, kam zur Entfaltung. Der Kampf gegen Kirche und Klerus zeigte sich geradezu als Kampf gegen Spanien und das europäische System. Im Laufe der Zeit wurden mit einigen Republiken Konkordate abgeschlossen. Im übrigen herrscht Trennung von Staat und Kirche, die nach innen und außen doch größere Fortschritte machte, als man nach den ungünstigen politischen Verhältnissen hätte erwarten sollen. Aufschlußreich hierzu ist eine Feststellung des Jesuitenpaters Ludwig Hertling in seiner „Geschichte der katholischen Kirche“:

„Wenn man beispielsweise in der Geschichte dieser Staaten fortgesetzt von Unterdrückung oder Ausweisung der Orden hört, so bedeutete das zwar gewöhnlich Schädigungen an Hab und Gut, aber die Ordensleute gingen entweder überhaupt nicht fort, oder sie kehrten doch sehr bald zurück. So ging die Seelsorge, wenn auch unter allerhand Schikanen, meist ungestört weiter.“

Wie ist die Lage im heutigen Lateinamerika? Der 1955 ins Leben gerufene „Rat des lateinamerikanischen Episkopats“ (CELAM) mit Sitz in Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens, behandelte auf seiner Tagung 1960 die Grundlage der Seelsorge in den einzelnen Diözesen, da man erkannt hatte, daß sich

die Seelsorgebedingungen in Lateinamerika überaus schnell wandeln, einerseits wegen der großen Bevölkerungszunahme und des damit verbundenen ständig wachsenden Priestermangels, andererseits wegen wesentlicher Veränderungen im Aufbau der Gesellschaft. Dem CELAM wird eine besondere Bedeutung beigemessen, weil hier zum erstenmal die Hierarchie eines ganzen Kontinents über Staatsgrenzen hinweg zusammengefaßt ist. Entsprechend ist im Staatssekretariat des Vatikans seit 1958 eine Päpstliche Kommission für Lateinamerika im gleichen Sinne tätig. 200 Millionen Menschen bevölkern Lateinamerika; davon 180 Millionen Katholiken, die 34 Prozent der Katholiken der Welt ausmachen. Ungefähr 30 000 Priester stehen der Seelsorge zur Verfügung; das aber sind nur 9 Prozent der Gesamtzahl der katholischen Priester; im Durchschnitt ein Priester für 6000 Katholiken. In den einzelnen Republiken ist die Lage unterschiedlich. Das „Internationale Institut für kirchliche Sozialforschung“ in Genf gab im Mai 1957 folgende Vergleichszahlen an: Ein Seelsorger in Deutschland und den USA für rund 1100 Katholiken; in Chile 3532, Argentinien 5246, Mexiko 6000, Brasilien 8505, Bolivien 10 417, Mittelamerika 11 670. Inzwischen haben sich die Ziffern noch verschlechtert. „Orientierung“, Katholische Blätter für weltanschauliche Informationen, Zürich, vom 15. September 1957 schreibt dazu:

„Der Priestermangel Südamerikas ist darum so schwer zu beheben, weil er nicht ein vorübergehendes, erst in neuester Zeit entstandenes, etwa durch Kriege bedingtes Übel darstellt, sondern eine alte und geradezu traditionelle Krankheit dieser Länder bedeutet, deren man sich gar nicht mehr bewußt ist.“

Spanien und Portugal stellten immer einen erheblichen Teil der Geistlichen. So durften zum Beispiel in Brasilien unter der portugiesischen Kolonialregierung nicht mehr einheimische Priester geweiht werden als eingewanderte vorhanden waren, damit das „koloniale“ Element das europäische nicht überwiege.

Nur 6,5 Prozent praktizierende Katholiken

In Lateinamerika gibt es für die Europäer unwahrscheinliche Erscheinungen. So schreiben die genannten Blätter aus Zürich:

„So sehr hat man sich in Südamerika daran gewöhnt, in den religiösen Personen in erster Linie billige Arbeitskräfte zu sehen, daß sich das Verhältnis von Priester und Laien gelegentlich geradezu umkehrt. So gibt es eine katholische Tageszeitung, in der laut Vertrag die religiöse Orientierung und die Redaktion ausschließlich Laien zusteht, die zum guten Teil nicht einmal als Katholiken praktizieren, während die Patres einer Kongregation, die in anderen Erdteilen sich mit größtem Erfolg journalistisch betätigt, die Last der Propaganda und der technischen Verwaltung zu tragen haben.“

Das westdeutsche katholische „Echo der Zeit“ schrieb am 27. November 1960, daß in Südamerika 100 Millionen Katholiken praktisch ohne Priester leben: „Die Gründe dafür

liegen hauptsächlich in den schlechten Beziehungen zwischen Staat und Kirche, den positivistischen und materialistischen Einflüssen Europas, der Armut der Kirche und der Entfremdung zwischen Priestern und Laien.“ Für unsere Verhältnisse in der DDR ist es erstaunlich zu hören, daß in ganz Lateinamerika lediglich 9,5 Prozent der Frauen und sogar nur 3,5 Prozent der Männer als Katholiken praktizieren. Hier dürfte wesentlich ein Verschulden der gesamten Kirche liegen, in der noch nicht alle erkannt haben, daß sich der ganze Lebensraum des Christentums gewandelt hat.

Die sozialen und kulturellen Verhältnisse sind in dieser Hinsicht von ausschlaggebender Bedeutung. Alle Länder Lateinamerikas leiden, wenn auch unterschiedlich, an den Auswirkungen des Nicht-Lesen- und Schreibkönnens. Eine Statistik der UNESCO (einer Organisation der Vereinten Nationen) von 1958 gibt für die einzelnen Republiken die folgenden Zahlen der Menschen an, die lesen und schreiben können: In Mexiko sind es 56,8 Prozent, in Kolumbien rund 50 Prozent, in Brasilien 49,4 Prozent, in Guatemala 29,4 Prozent, in Haiti sogar nur 10,5 Prozent. Die einzige Republik, die mit Plan und Schwung der Ausrottung des Analphabetentums zu Leibe gerückt ist, bleibt bisher das revolutionäre Kuba.

Nach dem „Missionsdienst der Steyler Missionare“ vom 25. Februar 1958 beträgt die Zahl der schulpflichtigen Kinder, die keinerlei Schule besuchen, in Argentinien 15,3 Prozent, in Chile 39 Prozent, in Brasilien 47,8 Prozent und in Bolivien sogar 71,2 Prozent. Die Kirche ist sich bewußt geworden, daß die religiöse Belehrung der Bevölkerung nur im Rahmen einer allgemeinen Bekämpfung des Analphabetentums und des sozialen Elends auf Erfolg hoffen läßt. Man darf wohl fragen, warum diese Bestrebungen erst in den letzten Jahren stärker sichtbar werden. Haben die revolutionären Maßnahmen Kubas zum beschleunigten Handeln den direkten Anstoß gegeben?

Nur wenige Prozent des riesigen Erdteils sind landwirtschaftlich genutzt. 60 Prozent der Menschen leben auf dem Lande, die meisten ohne Grund und Boden. Ein Zehntel der landwirtschaftlich genutzten Fläche haben rund 80 000 Großgrundbesitzer in ihren Händen, die, wie der Bericht sagt, „mehr die Menschen als den Grund ausbeuten. Diesen 80 000 Großgrundbesitzern stehen etwa 90 Millionen Landproletarier gegenüber. Von den Einkünften aus der Landwirtschaft gehen über 55 Prozent allein an die Grundherren, der Rest an die große Masse der Landarbeiter“. Kein Wunder, daß zum Beispiel in der Republik Salvador, wo rund 80 Prozent der Menschen in ähnlichen ländlichen Verhältnissen leben, über 70 Prozent der Kinder unehelich sind. Eine grundlegende Landreform wie in Kuba ist in allen Republiken notwendig. Vor einiger Zeit gab ein Staat Brasiliens bekannt, daß 222 seiner Landgemeinden noch nicht einmal einen Pflug gesehen hätten.

Die unglaublichen Verhältnisse auf dem Lande führen zu einer starken Abwanderung in die Städte; hier allerdings erwartet die Menschen eine furchtbare Wohnungsnot. Städte mit modernen Hochhäusern wachsen zwar wie Pilze aus der Erde; aber für die Ärmsten der Armen ist Wohnraum nicht eingeplant. Auf der Flucht vom Lande lassen diese sich jährlich zu Hunderttausenden in den Elendsvierteln um den Stadtkern nieder, in Siedlungen, die durch mehr oder minder gewaltsame „Landnahme“ entstehen, die keine Straßen, keine Kanalisation, kein Licht und oft kein Fließwasser besitzen. Oft sucht man dieses Elend hinter Prachtbauten von unerhörter Großzügigkeit zu verbergen. Aber das Volk hat nichts davon. Das mußte auch der argentinische Bischof Dr. Emilio Di Pasquo in einem Hirtenbrief feststellen:

„Tausende von Familien in den Elendsvierteln und Massenquartieren sind zu einem Lebenswandel gezwungen, den man nicht einmal mehr als viehisch bezeichnen kann. Was soll aus den Kindern werden, die in solchen skandalösen Verhältnissen aufwachsen?“

Die Arbeiterschaft hofft nicht mehr auf die Kirche

Bitter ist die Klage des Bischofs über die von ihm selbst beobachteten menschenunwürdigen Lebensbedingungen in dem Industriebezirk seiner Diözese. Wenn Bischof Di Pasquo in seinem Hirtenbrief erklärt, daß der Kommunismus nicht von ungefähr zu einer weltbedrohenden Gefahr geworden sei, weil sein Erfolg auf der sozialen Ungerechtigkeit beruhe, unter der die arbeitenden Menschen unter dem kapitalistischen System leben müssen, dann dürfte das keineswegs eine folgerichtige Erkenntnis sein. In Kuba ist unter dem Sozialismus die Ausbeutung der arbeitenden Menschen sehr schnell beseitigt und der Grund für ein Leben in Wohlstand und Moral gelegt worden. Warum nicht ebenso schon früher in allen Republiken?

Gewiß, besonders in Lateinamerika ist die katholische Kirche in einer heiklen Lage, weil sie einerseits vorwiegend auf die Hilfe vermögender Gönner, die im kapitalistischen Lebensbereich stehen, angewiesen ist, andererseits aber ihre eigene Soziallehre nicht einengen kann. Auf jeden Fall besteht in der dortigen Arbeiterschaft die weitverbreitete Meinung, daß von Seiten der Kirche eine Hilfe nicht zu erwarten ist. Bischof Louis Rodriguez, vordem in dem bolivianischen Bistum Oruco, schreibt in seinem Reisetagebuch von einer Reise durch sein Bistum, das halb so groß wie die DDR ist, über das Wohnen seiner Diözesanen:

„Hütten? Löcher sind es. Es gibt kein anderes Wort, um auszudrücken, was wir sehen. Und hier schlafen, essen, kochen sie, hier liegen sie krank. Ich weiß nicht, wie die Leute in dieser abgeschlossenen Sandwüste leben können, wo die Natur nicht einmal ein paar Gräser hervorbringt.“

Ob in Bolivien oder Brasilien: die gleichen Bilder. Dabei ist Brasilien mit seiner achtzigfach größeren Ausdehnung als die DDR eines der reichsten Länder der Welt. Zucker, Baumwolle, Felle, Häute, Fleischkonserven, Orangen, Bananen, Kakao, Kautschuk, Gold, Eisenerz, Mangan, Kohle und Erdöl stehen als Ausfuhrgegenstände zur Verfügung. Der tiefe Grund für die wirtschaftliche Elendslage ist der mangelnde soziale Ausgleich. Land- und Industriearbeiter sind schlecht bezahlt. Die Besitzer der Großländereien und des Industrievermögens leben weitgehend noch in den sozialen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts. Wo einige richtig sehende Politiker diesen Teufelskreis zu sprengen versuchen, wie der vergangene Präsident von Brasilien, *Quadros*, da erhebt sich drohend und eingreifend die mächtige Wirtschaftsaustattung der nordamerikanischen Monopole.

Blindheit der Großgrundbesitzer

Es ist kühn zu glauben, daß in diesem zu 90 Prozent katholischen Kontinent die soziale Lehre der Kirche die riesigen sozialen Spannungen mildern wird, da die Kräfte des Kapitals in ihrer Wirksamkeit stärker sind. Interessanterweise haben die Bischöfe Ekuadors in einem Hirtenbrief die „nicht zu rechtfertigende Blindheit der Großgrundbesitzer“ angeprangert und zum Ausdruck gebracht, daß die Christen manchmal der „Drohung“ des Kommunismus bedürfen, um sich der Lehre des Evangeliums zu erinnern. Schlicht gedacht hat also der Kommunismus für die Kirche und ihr Wollen einen praktischen Sinn. So forderten die Bischöfe Kolumbiens in einem Hirtenbrief vom September 1960, „daß die Landreform einen Schritt vorwärts zu einem Leben in wahrer Gerechtigkeit und Liebe bedeute bei seiner vollen Anteilnahme von Stadt und Land an den Errungenschaften der modernen Technik“. Einen Schritt weiter sind die Bischöfe einiger brasilianischer Diözesen gegangen, indem sie die Verteilung kirchlichen Großgrundbesitzes eingeleitet haben. Das damit verfolgte Ziel ist, die Bewohner der Elendsquartiere am Rande der Großstädte wieder auf das Land hinauszubringen. Bereits vor einigen Jahren setzte sich der Weihbischof von Rio, *Helder Camara*, dafür ein, rund 10 000 Familien den Elendsquartieren zu entreißen und sie bei bescheidenem Mietzins in neue Wohnungen zu bringen.

Auf dem lateinamerikanischen Kontinent geht es dem Gesamt-Episkopat um die Erhaltung des religiösen und kirchlichen Einflusses. Dieses Bestreben wird durch den Advent-Hirtenbrief der westdeutschen Bischöfe unterstützt. Das erste Ziel ist, durch eine in allen Kirchen abgehaltene Kollekte insbesondere dem Priestermangel in Lateinamerika entgegenzutreten. Der westliche Teil der Diözese Berlin, obwohl er nicht zur Bundesrepublik gehört, hat sich dieser Kollekte angeschlossen. Es ist aber die Frage zu stellen, ob den Dingen in Latein-

amerika mit Kollekten beizukommen ist, besonders dann, wenn sie mit dem Hinweis auf eine angeblich vom Kommunismus drohende Gefahr gehalten werden. Die Ursachen der Misere liegen vorwiegend bei den Kräften, die sich direkt oder indirekt sogar als Beschützer der Kirche ansprechen lassen, obwohl sie mit ihr keine lebendige Verbindung haben oder diese nicht immer im Sinne der christlichen Gebote für sich in Anspruch nehmen. Die Hamburger Tageszeitung „Die Welt“ schrieb am 7. Dezember 1961 zu dem Hirtenbrief der westdeutschen katholischen Bischöfe unter der Überschrift: „Die kirchliche Bastion gegen den Fidelismus hat tiefe Risse“:

„Nun ist keineswegs jeder katholische Geistliche ein nützlicher und erfolgreicher Bundesgenosse im Kampf gegen den Kommunismus. Im Gegenteil, in vielen Ländern Lateinamerikas hat die katholische Kirche, die ja die Kirche der Kolonialmacht war, bis in die jüngste Gegenwart hinein die reiche Minderheit unterstützt und für die Forderungen der besitzlosen Masse nach sozialen Reformen keinerlei Verständnis gezeigt. Peru ist ein Beispiel dafür. Auch in Chile ist der Klerus noch heute gespalten in einen konservativen Flügel, der aus jahrhundertalter Übung fest auf seiten der reichen Großgrundbesitzer und Kaufleute steht, und in eine Gruppe jüngerer Geistlicher, die aus den Ereignissen in Kuba gelernt und begriffen haben, daß eine Kirche, die sich nicht für die sozialen Forderungen der Masse einsetzt, in Lateinamerika heute zwangsläufig ihren Einfluß verliert.“

Unter diesen Umständen werden in abertausenden katholischen Kirchen und Gottesdiensten Gelder gesammelt, um dem Vordringen des Sozialismus entgegenzutreten! Aber man bedenke, daß selbst jährlich rund 50 Milliarden USA-Dollar, die in die Rüstung gesteckt werden, nicht verhindern konnten, daß in dem den USA direkt vorgelagerten Kuba die revolutionäre Bewegung siegte. Die allgemeine und totale Abrüstung würde der Welt jährlich riesige Summen an Rüstungsausgaben ersparen, die dann zum großen Teil den wirtschaftsschwachen und sozial zurückgebliebenen Völkern zum Aufbau eines Lebens in Frieden und Wohlstand zufließen könnten. In einer solchen friedlichen Welt hätte auch die Kirche die für ihre anerkannten Seelsorgeaufgaben notwendigen Gelder leichter zur Verfügung, und zwar aus der Hand ihrer Anhänger in jedem Land, was die gegenseitige Hilfe nicht ausschließt.

Bezüglich Lateinamerikas ist noch ein Wort der „Orientierung“ vom Januar 1960 interessant:

„Ungeeignet sind jedenfalls Waffenlieferungen (etwa von seiten der Vereinigten Staaten) an Länder, in denen die Demokratie noch auf so schwachen Füßen steht. Schließlich müßte damit eine weitgehende Aufklärungsarbeit, nicht zuletzt von religiöser Seite, Hand in Hand gehen, damit man nicht allzu oft dem Ausspruch biederer Katholiken begegnen muß: ‚Dank der Mutter Gottes von Aparecida (dem bedeutendsten Wallfahrtsort Brasiliens) bin ich Kommunist‘...“

Literaturhinweise

- Länder der Erde, Berlin 1959
- William Z. Foster, Abriß der politischen Geschichte beider Amerika, Berlin 1957
- Prof. Dr. G. Reintanz, Die Integration des amerikanischen Kontinents nach dem zweiten Weltkrieg, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Jahrgang 3, Heft 6, S. 915-932
- Rudolf Kletza, Lateinamerika im Aufbruch, Berlin 1961
- Deutsche Außenpolitik, Berlin, Hefte Nr. 5, 8, 11/60; 12/61, 3/62
- Sonderheft Deutsche Außenpolitik, Gegenwartsprobleme Lateinamerikas, Berlin 1960
- Gonionski, Die Organisation der amerikanischen Staaten — ein Instrument der USA-Monopole, aus: Sowjetstaat und Sowjetrecht, Heft 5/1953, S. 144 ff., in: Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst, Nr. 7/54, Sp. 212 ff.
- Zamis, Die Panamerikanische Konferenz und der wachsende Widerstand Lateinamerikas gegen die USA-Imperialisten, in: Einheit Nr. 4/1954, S. 414
- Große Sowjet-Enzyklopädie, Leipzig 1953
- Aus der internationalen Arbeiterbewegung, Berlin, Hefte Nr. 8/61, 9/61, 18/61, 22/61, 5/62
- Neue Zeit, Wochenzeitschrift für Weltpolitik, Moskau, Hefte Nr. 48/61, 2/62, 11/62
- Probleme des Friedens und des Sozialismus, Hefte Nr. 2, 7, 8, 9/59; 3, 6, 8, 9, 10, 11/60; 1, 2, 6, 8, 9, 10/61; 1, 2, 3/62
- Siegfried Welz, Kubas Weg in die Freiheit, „Hefte aus Burgscheidungen“ Nr. 71
- Johanne und Edmund Brettschneider, Die Hoffnung bricht auf, Berlin 1961

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirche und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation

Verkaufspreis 0,50 DM — Doppelheft 1,— DM